



Der gegenwärtige Stand des Problems der Arbeitslosenversicherung.

Von
Paul Umbreit.
(Hamburg.)

Es giebt zur Zeit kaum ein zweites Problem der socialen Gesetzgebung, das so zahlreiche Gruppen von Interessenten beschäftigt und so widerspruchsvolle Vorschläge gezeitigt hat, wie die Frage der Arbeitslosenversicherung. Nachdem im Juni dieses Jahres der vierte deutsche Gewerkschaftscongress seine Leitsätze formuliert und mit der Parole der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung mit Reichszuschluss der deutschen Arbeiterklasse eine klare Marschroute gegeben hat, haben sich nacheinander der Katholikentag, der socialdemokratische Parteitag, der nationalsociale Vertretertag, die Jahresversammlung des Verbandes deutscher Ortskrankencassen und die Verbandsversammlung der deutschen Arbeitsnachweise mit dieser Frage beschäftigt. Aber wenn auch die Leitsätze des Gewerkschaftscongresses allen diesen nachfolgenden Beratungen mehr oder weniger ihren Stempel aufdrückten, so ist doch die Frage selbst trotz der stets erneuten Debatten für die öffentliche Meinung nichts weniger als geklärt. Die meisten dieser Tagungen sind bindenden Beschlüssen aus dem Wege gegangen. Konnten sie sich nicht dazu verstehen, die Leitsätze des Gewerkschaftscongresses ohne weiteres anzuerkennen, so wollten sie sich doch auch mit denselben nicht in directen Widerspruch setzen und zogen deshalb ein vorläufiges non liquet vor. Nur der Vertretertag der Handvoll Nationalsocialen decretierte frischweg: die Arbeitslosenversicherung müsse mit den Krankencassen vereinigt werden. Eine kleine Gruppe kann sich solche Beschlüsse schon einmal erlauben, und schliesslich hält's die Welt für einen Zug starker Originalität. Den Katholikentag, der die Forderung der Arbeitslosenversicherung in einer Resolution mit agrarischem Beiwerk versteckte, wird niemand eines beachtlichen socialpolitischen Einflusses für fähig halten. Und der Verbandstag der Arbeitsnachweise zu Berlin, in dem das für socialpolitische Experimente schwärmende Element der Communalpolitiker den Ton angiebt, enthielt sich jeder Beschlussfassung. Sie wäre bei der Gegensätzlichkeit der dort hervorgetretenen Ansichten auch nicht leicht gewesen. Es gab wohl überhaupt kein System,

das dort nicht vertreten worden ist. Den merkwürdigsten Standpunkt vertrat indes der Referent Professor H e r k n e r, der gegen die vom Stuttgarter Gewerkschaftscongress vorgeschlagene Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosigkeitscassen nur den einen Einwand erhob, dass dieser Vorschlag nur unter gewissen politischen Verhältnissen zur Durchführung gelangen könne, an welche in Deutschland heute nicht zu denken sei, — und der dann die Berufsgenossenschaften als Träger der Arbeitslosenversicherung empfahl. Nun haben allerdings ganz zweifellos, soweit es auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Deutschland ankommt, die Berufsgenossenschaften der Unternehmer weit mehr Aussicht, Reichssubventionen zur Unterstützung Arbeitsloser zu erhalten, als die Gewerkschaften, und dass Professor Herkner den in Regierungskreisen wehenden Wind ganz richtig gespürt, bewies die Zustimmung, die sein Vorschlag durch den anwesenden Regierungsvertreter Dr. Z a c h e r fand. Derselbe fühlte sich auch dazu berufen, die Forderung der Gewerkschaften, sie als Träger der Arbeitslosenversicherung anzuerkennen, als I l l u s i o n zu bezeichnen. Trotz der unzweifelhaften Sympathieen aller beruflichen und freiwilligen Regierungsvertreter für die Wohlfahrt der Unternehmer legen wir diesem Vorschlag doch keine ernstere Bedeutung bei. Die arbeiterfeindliche Tendenz der Berufsgenossenschaften ist längst zu offenkundig, als dass eine Reichstagsmehrheit diesen Unternehmervertretungen ein neues Machtmittel von so grosser Tragweite anvertrauen wird.

Um so charakteristischer ist es, dass der Parteitag der Socialdemokratie und der Ortskrankencassentag über die Form der Durchführung der Arbeitslosenversicherung keinen endgiltigen Entscheid formulierten, sondern diese Frage offen liessen. Gewiss war dabei für sie die Rücksichtnahme auf die Beschlüsse des Gewerkschaftscongresses ausschlaggebend; sie musste dies sein, weil die deutschen Gewerkschaften ein gewichtiger Factor sind, den man nicht ignorieren kann. Die Stuttgarter Leitsätze erzwangen diese Rücksichtnahme aber auch aus rein sachlichen Gründen. Die Gewerkschaften sind die Pioniere der Arbeitslosenversicherung, die einzigen, deren Einrichtungen auf diesem Gebiete sich bisher bewährt haben, und die daher aus eigener praktischer Erfahrung reden und beschliessen konnten. Und sie sind zugleich die Nächstinteressierten bei dieser Frage, die, deren Wohl und Wehe am meisten mit der gesetzlichen Regelung der letzteren verknüpft ist. Es war also die nüchterne Erkenntnis dieser Thatsachen, welche in der abwartenden Haltung der genannten Tagungen zum Ausdruck kam. Diese Haltung schliesst schon die directe Anerkennung in sich, dass der Stellungnahme der Gewerkschaften von ihrem Standpunkte aus eine gewisse Berechtigung nicht zu versagen ist. Von diesem Zugeständnis bis zur Anerkennung des Principes der Leitsätze selbst ist zwar noch ein weiter Schritt; er ist aber nicht zu

weit für den, der sich ernsthaft in das Studium der engen Wechselbeziehungen zwischen Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaften vertieft und daraus erkannt hat, wie sehr die Existenzbedingungen der Gewerkschaften mit dieser Versicherung verknüpft sind. Vor allem ist diese Erkenntnis von den in der modernen Arbeiterbewegung stehenden socialdemokratischen Politikern zu erwarten, da ihnen nicht nur reiche Gelegenheit geboten ist, die Wirksamkeit der Gewerkschaften und ihrer Arbeitslosenversicherungen zu studieren und sich darüber mit praktischen Gewerkschaftsorganisatoren auszusprechen, sondern auch, weil für sie die wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse gleich der politischen der Ausgangspunkt aller Erfolge der Arbeiterbewegung sein und die Förderung beider ihnen dringend am Herzen liegen muss. Die Socialdemokratie muss gerade in dieser Propaganda die natürlichste Bundesgenossin der Gewerkschaften sein; sie von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung zu überzeugen, muss die nächste Aufgabe der Gewerkschaften sein.

Von den bürgerlichen Socialpolitikern ist eine gleiche Rücksichtnahme auf die Gewerkschaften nicht ohne weiteres zu erwarten. Sie sind gewöhnt, die gesamte Arbeiterversicherung als eine obrigkeitliche Wohlfahrtseinrichtung aus Mitteln des Staates und der Unternehmerklasse zu betrachten, und können sich schwer mit der Auffassung befreunden, dass die Arbeiterklasse ein Recht auf eine Versicherung gegen alle socialen Schäden habe. Die eitle Selbstzufriedenheit mit dem, „was in Deutschland alles für die Arbeiter gethan wird“, kennzeichnet dies zur Genüge. Selbst den aufgeklärtesten bürgerlichen Socialpolitikern sind die Gewerkschaften weniger die natürliche Organisation und Vertretung der Arbeiterklasse, als vielmehr lediglich ein Gegengewicht gegen die Uebermacht der Unternehmer — eine Art Schutztruppe der Arbeiter, der man höchstens einigen Ellbogenraum für Lohnkämpfe, aber beileibe keine öffentlich rechtlichen Functionen der Vertretung und Versicherung der Arbeiterklasse gewährt. Daher deren Widerstand gegen alles, was die Gewerkschaften gesetzlich legalisieren könnte, vor allem gegen jeden auf Nichtorganisierung auszuübenden Druck, diese zum Eintritt in die Gewerkschaften zu veranlassen. Sie wollen die Einheitsorganisation der Arbeiterklasse nicht, weil sie befürchten, dass die Macht der Gewerkschaften ihnen dann bald über den Kopf wachsen würde. Sie haben der Privilegierung der Innungen zugestimmt — auf dem Gebiete der Krankenversicherung, der Gewerbegerichtsgesetzgebung, des Lehrlingswesens, des Prüfungs- und Fachschulwesens, der Gewerbeaufsicht und der Arbeitsvermittlung; sie haben den Innungen die gesetzliche Vertretung des Handwerks in die Hände gegeben und ihnen selbst das Recht, Aussenstehende zum Eintritt in die Innungen zu zwingen, nicht vorenthalten. Verlangen aber die Gewerkschaften auch nur ein einziges dieser Rechte, das nicht einmal ein Vorrecht, sondern nur die gesetzliche Anerkennung und staat-

liche Unterstützung ihrer längst bestehenden und segensreich wirkenden Versicherungscassen darstellt, dann tönt ihnen sofort aus den Reihen der bürgerlichen Gewerkschaftsfreunde ein U n m ö g - l i c h ! entgegen. Fordern sie Arbeitskammern, so sinnt das social denkende Bürgertum darüber nach, wie man am sichersten den überwiegenden Einfluss der Gewerkschaften verhüten kann. Und alle diese Gönner der Gewerkschaften sind die heftigsten Gegner aller Bestrebungen, die die Freiheit der Nichtorganisierten auch nur entfernt beeinträchtigen könnten. Dies erklärt zur Genüge, warum die Stuttgarter Forderung bei ihnen so wenig Gegenliebe findet. Diese Congressresolution wird ein P r ü f s t e i n dafür sein, wie weit das Verständnis und das ehrliche Eintreten der bürgerlichen Socialpolitiker für die Berechtigung und Anerkennung der Gewerkschaften reicht, und nur die wenigsten werden diese Prüfung bestehen.

Um so notwendiger ist es, dass die Frage der Arbeitslosenversicherung in der gesamten Arbeiterbewegung selbst geklärt und einheitlich vertreten werde, und die nächste Aufgabe würde dann darin bestehen, dieser Forderung in allen Körperschaften, in denen Arbeitervvertreter zur Anregung und Begutachtung socialpolitischer Fragen berufen sind, Zustimmung zu verschaffen. Auf den gleichen Weg werden naturgemäss auch die in anderen Gewerkvereinen organisierten Arbeitermassen durch ihr Organisationsinteresse gedrängt werden und die ihnen nahestehenden Parteien zur Vertretung ihrer gleichen Forderung anhalten. Aber auch dort wird die Prüfung der bürgerlichen Politiker versagen, und die Vertretung wird derjenigen Partei zufallen, die als Arbeiterpartei die gewerkschaftlichen Forderungen zur Geltung bringt.

Da die Stuttgarter Leitsätze bislang die Zustimmung der übrigen Arbeitervertretungen, insbesondere die des Münchener Parteitages, noch nicht gefunden haben, so ist zunächst leidenschaftslos zu prüfen, worauf der Widerspruch gegen dieselben sich stützt und in welcher Hinsicht diese Leitsätze den an die Durchführung der Arbeitslosenversicherung geknüpften Erwartungen nicht entsprechen. Demgegenüber ist festzustellen, welche Bedenken die Gewerkschaften gegen jede andere Lösung dieser Frage haben und was sie veranlasst, gerade an der freien Selbstverwaltung dieser Versicherung durch die Berufsverbände festzuhalten.

Der Congress forderte, dass das Reich seiner Pflicht gegen die Arbeitslosen durch Gewährung von Zuschüssen an diejenigen Berufsverbände, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen, genüge, ohne deren freie Selbstverwaltung zu beeinträchtigen.¹⁾

Gegen diese Forderung wird eingewendet, dass sie die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit auf einen kleinen, in den Gewerkschaften organisierten Bruchteil der Arbeiterschaft beschränke, dass noch nicht einmal alle G e w e r k s c h a f t e n in der Lage seien, an

¹⁾ Siehe das Protokoll des vierten Gewerkschaftscongresses, pag. 278.

einer solchen Versicherung teilzunehmen, und zwar gerade in denjenigen Berufen, die infolge periodischer Arbeitslosigkeit einer solchen Versicherung am meisten bedürften, sowie dass endlich grosse Arbeiterkategorien von der Teilnahme an den Gewerkschaften durch die Gesetzgebung ausgeschlossen seien und damit auch ausserhalb der Versicherung stehen würden. Demgegenüber verweist man auf das in der übrigen Arbeiterversicherung zur Anwendung gelangte Princip des gesetzlichen Versicherungszwanges, das mit einem Schlage Millionen von Arbeitern umfassen würde.

Dass die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung mit Staatszuschüssen anfangs weite Arbeiterschichten nicht umfassen würde, lässt sich nicht bestreiten. Von nahezu $14\frac{1}{2}$ Millionen Personen, die bei der 1895 er Berufszählung als Arbeiter, Angestellte, beschäftigte Familienangehörige oder Dienstboten erwerbsthätig waren, gehören nur etwas mehr als 1 Million irgendwelchen Berufsorganisationen an, und von diesen ist vielleicht erst der dritte Teil gegen Arbeitslosigkeit auf Reise und am Ort versichert, während ferner etwa die Hälfte Anrecht auf Reiseunterstützung hat. Der Procentsatz, der für die Arbeitslosenversicherung mit Staatshilfe in Betracht käme, ist danach wirklich gering. Aber von diesen $14\frac{1}{2}$ Millionen Personen sind nur $10\frac{3}{4}$ Millionen Arbeiter im eigentlichen Sinne und davon wieder 5,6 Millionen Landarbeiter, für welche es auf absehbare Zeit an jeder organisatorischen Grundlage für eine Arbeitslosenversicherung fehlt und die auch für eine obligatorische Versicherung vorläufig ausser Betracht bleiben müssten. Weshalb, darüber äussern wir uns später. So bleiben in Industrie, Handel und Verkehr 7,2 Millionen (dazu vielleicht 200 000 in Gärtnerei, Forstwirtschaft und Fischerei beschäftigte) Arbeiter, von denen etwa 15 % organisiert sein mögen und zur Zeit rund 5 % gegen Arbeitslosigkeit versichert sind. Das ist noch immer wenig und lässt es begreifen, dass manche Befürworter der Arbeitslosenversicherung sich von einer staatlichen Zwangsversicherung weit mehr versprechen. Nahezu 9 Millionen Personen umfasst die deutsche Krankenversicherung, nahezu 19 Millionen die Unfallversicherung und etwa 12 Millionen die Invalidenversicherung. Solche Zahlen nehmen sich allerdings stattlich aus gegenüber den Mitgliedszahlen der Gewerkschaften, und man versteht das Bemühen mancher Socialpolitiker, die Arbeitslosenversicherung mit einer der vorhandenen Arbeiterversicherungen zu verbinden oder eine ähnliche Zwangsorganisation ins Leben zu rufen.

Aber schon bei der Prüfung des geeigneten Anschlusses fangen die Schwierigkeiten an. Denn keine der drei Arbeiterversicherungen eignet sich zum Träger einer Arbeitslosenversicherung. Zwar hat die Krankenversicherung mit der letzteren manche Berührungspunkte, in entfernterer Masse wohl auch die Altersversicherung. Bei allen dreien handelt es sich aber um die Unterstützung von Personen, deren Anspruch auf physischer, vom Arzt controlierbarer Erwerbsunfähigkeit beruht; ihr ganzer Verwaltungs-

apparat ist danach auf Untersuchung der Erwerbsunfähigkeit und Heilbehandlung aufgebaut. Die Arbeitslosenversicherung dagegen betrifft gesunde Personen, denen neue Arbeitsgelegenheit oder Unterstützung verschafft werden muss. Es fehlt den Verwaltungsapparaten der drei Arbeiterversicherungen jedes Organ für derartige Functionen, und solche Organe können ihnen auch nicht im Wege der Combination mit den Arbeitsnachweisen beigegeben werden, weil die Verteilung der Arbeitskräfte und die Feststellung der Ursachen der Arbeitslosigkeit berufliche Kenntnisse voraussetzen, die nur innerhalb der Berufsorganisationen vorhanden sind. Die Krankenversicherung bleibt auch deshalb als Träger der Arbeitslosenversicherung ausser Betracht, weil die Zersplitterung des Krankencassenwesens und die Richtung, in der sich dasselbe entwickelt, für die Arbeitslosenversicherung geradezu verhängnisvoll sein würde. Diese Entwicklung bewegt sich in der Richtung der Schaffung allgemeiner Ortskrankencassen — die Arbeitslosenversicherung bedarf der beruflichen Centralisation, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll. Man hat deshalb die Unfallberufsgenossenschaften als geeigneter befunden, und vom reinen Verwaltungsstandpunkt muss dies zugegeben werden. Aber die Berufsgenossenschaften sind Organe der Unternehmerklasse, in denen die Arbeiter nichts zu sagen haben. Sie werden vom einseitigsten Unternehmerinteresse geleitet, und ihnen die Arbeitslosenversicherung mitsamt der Arbeitsvermittlung anvertrauen, das hiesse die Arbeiter auf Gnade und Ungnade ihnen in die Hände liefern. Sie würden die unumschränkte Gewalt über die gesamte Reservearmee erhalten und damit rücksichtsloser denn je die Arbeitsbedingungen dictieren und den Einfluss der Gewerkschaften unterdrücken. Dieses System der Arbeitslosenversicherung wäre für die Arbeiter selbst dann eine Gefahr, wenn es nur für die unorganisierten, gegen Arbeitslosigkeit nicht gewerkschaftlich versicherten Arbeiter gelten sollte, denn auch dann würde den Unternehmern eine Macht in die Hände gegeben, die jeden Widerstand der Gewerkschaften brechen würde. Bei dieser Prüfung der Sachlage wird jedem klar sein, wie sehr gerade die Arbeitslosenversicherung mit dem unentbehrlichen Arbeitsnachweis im Mittelpunkt der Interessengegensätze steht und weshalb die Gewerkschaften sich gegen jede Organisation dieser Versicherung auflehnen müssen, die den Unternehmern auf dem Arbeitslosenmarkt einen grösseren Einfluss als bisher einräumt.

Am allerwenigsten kann die territorial organisierte interberufliche Invalidenversicherung mit ihrem bureaukratischen Verwaltungssystem für die Arbeitslosenversicherung in Frage kommen. Bei ihr fehlen alle Voraussetzungen, die eine gedeihliche Wirksamkeit auf diesem Gebiete erwarten lassen. Wollte man sich dennoch auf diese Organisation einlassen, so müsste die Arbeitslosenversicherung derart primitiv eingerichtet werden, dass sie über eine Armenversorgung nicht hinauskäme. Aber der bureaukratische Arbeitsnachweis würde eine schlimme Waffe gegen die

Gewerkschaften sein, und wessen Interessen die Bürokratie begünstigen würde, darüber kann kaum jemand im Zweifel sein.

So bliebe einzig die Möglichkeit, eine neue Organisation ins Leben zu rufen, die, beruflich gegliedert, den Berufsgenossenschaften nachgebildet sein und den Arbeitern einen weitgehenden Einfluss auf die Verwaltung einräumen müsste. Verfasser dieses hat denn auch, von dem Streben nach einer möglichst obligatorischen Versicherung geleitet, an eine solche Neuorganisation gedacht und entsprechende Vorschläge veröffentlicht.²⁾ Ich verlangte die zwangsmässige Versicherung aller Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, soweit sie nicht von gewerkschaftlicher Selbstversicherung Gebrauch machten, nach Gewerbegruppen, die Verwaltung zu $\frac{2}{3}$ aus Arbeitern und $\frac{1}{3}$ aus Unternehmern bestehend, die Kosten zu gleichen Teilen von Arbeitern, Unternehmern und Reich aufgebracht. Für die zugelassenen Gewerkschaftscassen sollte der Unternehmerbeitrag wegfallen, dafür sollte das Reich einen Jahreszuschuss in Höhe der Jahresausgaben für Arbeitslosenversicherung zur Erhöhung der Mindestleistungen gewähren. Die Erwägungen, welche mich dazu veranlassten, diese Vorschläge nicht aufrecht zu erhalten, waren folgende: Eine Organisation der Arbeiter nach centralisierten Berufsgruppen einzig zum Zwecke der Arbeitslosenversicherung würde nur für solche Berufe in Betracht kommen, in welchen bisher der grössere Teil der Arbeiter nicht gewerkschaftlich organisiert oder nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert war. Bei der steten Entwicklung der Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften ist zu erwarten, dass in absehbarer Zeit keine Gewerkschaft diese Unterstützungseinrichtung mehr entbehren kann. Wo nur der kleinere Teil der Arbeiter der gewerkschaftlichen Organisation fernsteht, da würde die Schaffung einer neuen beruflichen Organisation mit zahlreichen Verwaltungsstellen die enormen Verwaltungskosten nicht lohnen, zumal für solche Zwangsorganisation erfahrungsgemäss die fluctuierendsten Arbeiterelemente mit relativ hoher Arbeitslosigkeit übrig bleiben würden. Consequent erweiterte ich daher meinen Vorschlag dahin, dass für solche Berufe, in denen eine Gewerkschaft mindestens 60 % der Berufsangehörigen umfasst, die Errichtung beruflicher Versicherungskörper unterbleibt und die Gewerkschaft die Function einer Zwangsversicherung übernimmt. Das letztere sollte auch dann eintreten, wenn eine Gewerkschaft im späteren Verlauf 75 % der Berufsangehörigen erreicht oder während dreier Jahre mindestens 60 % derselben umfasst hatte. Die öffentliche Arbeitslosenversicherung sollte eine Etappe auf dem Wege zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung, die letztere eine Etappe der obligatorischen Gewerkschaft sein.

²⁾ Vergl. Correspondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands, 1902, No. 18—20.

Nun ist aber die unerlässliche Vorbedingung jeder zwangsweisen Arbeitslosenversicherung eben die gewerkschaftliche Organisation, die den Arbeiter befähigt, sich über seine Eigenschaft als Besitzer der Ware Arbeitskraft hinaus zu erheben, sich als Mensch zu fühlen und im Verein mit seinesgleichen die Bedingungen der Arbeit mitzubestimmen. Ohne diese gewerkschaftliche Organisation wäre die gegen Arbeitslosigkeit versicherte Masse der Arbeiter ein Spielball in den Händen der Alliance von Bürokratie und Unternehmertum, die die Versicherungscassen verwalten und die Arbeitsnachweise beherrschen würde. Man kann die Selbstverwaltung der Arbeiter wohl fordern für corporativ geschulte, befähigte, nicht aber für ungeschulte Arbeitermassen, die noch nie praktische Organisationsarbeit kennen gelernt haben. Das zeigt uns auch die Praxis der Krankenversicherung, bei der die bürokratisch verwaltete Gemeindekrankenversicherung in allen denjenigen Gegenständen überwiegt, in denen der Einfluss der Arbeiterorganisationen zurücktritt. Und würde selbst solchen Elementen die Selbstverwaltung eingeräumt, so würde sie in ihrer Hand kein Mittel zur Verteidigung ihrer Interessen, sondern eine Decoration der Unternehmerherrschaft sein. Sie würde nicht zur Emancipation der Arbeiter, sondern zur Besiegelung ihrer Knechtschaft führen. Nun haben aber die Massen der Landarbeiter kein gesetzlich gewährleistetes Coalitionsrecht, ebensowenig die häuslichen Dienstboten. Diese Arbeiterkategorien würden von der herrschenden Classe, die ihnen entweder Arbeitsgelegenheit oder Arbeitslosenunterstützung garantiert, noch abhängiger sein als heute. Das Mittel der Verweigerung der Unterstützung wird sie zur Annahme jeder gebotenen Arbeitsstelle zwingen, die Furcht, bei eigenem Verlassen der Arbeitsstelle keine Unterstützung zu bekommen, wird sie zum Ausharren um jeden Preis veranlassen. Die Arbeitslosenversicherung, die eine Hilfe für den Ausnahmezustand der Arbeitslosigkeit sein soll, würde mit einer Verschlechterung der Regel, der Lage der Arbeitenden erkaufte. Die gleiche Wirkung würde sie aber auch in gewerblichen Arbeiterkreisen überall dort haben, wo das gewerkschaftliche Element nicht die geistige Führung inne hat, besonders bei den Arbeiterinnen. Dazu würde die Isolierung der Gewerkschaftsmitglieder von der öffentlichen Arbeitslosenversicherung die letztere unfehlbar in die Hände von Sachwaltern der Unternehmerinteressen liefern, wie es sich schon bei den Ortskrankencassen so lange zeigte, als sich die gewerkschaftliche Elite der Arbeiterschaft von diesen fern hielt. Daher keine Arbeitslosenversicherung ohne Coalitionsrecht — keine Zwangsversicherung ohne gewerkschaftliche Einflussnahme! Die Arbeitslosenversicherung wird in gewerkschaftlicher Selbstverwaltung sein, oder sie wird die elementarsten Arbeiterinteressen schädigen.

Haben wir aber eine Freigabe des Coalitionsrechtes an alle

Arbeiterkategorien in den nächsten Jahren zu erwarten? Und lassen sich aus diesen ungeschulten Millionen binnen wenigen Jahren Organisationen aus dem Boden stampfen, Organe der Selbstverwaltung, die in dieser schwierigsten aller Versicherungen den Interessen der Arbeiter gerecht werden? Der praktische Gewerkschafter, der die mühevolle Entwicklung der Arbeiterorganisationen aus Erfahrung kennt, muss dies verneinen. Jahrzehnte würden darüber vergehen, ehe eine Generation herangebildet ist, die diesen Aufgaben gewachsen wäre. Unterdessen würden aber unsere Gewerkschaften dem Ueberdruck der capitalistisch-bureaukratischen Arbeitsmarktherrschaft ausgesetzt und gezwungen sein, ihre Mittel in erfolglosen Kämpfen zu verbrauchen. Das Vertrauen, das heute den gewerkschaftlichen Organisationen als Stütze in jeder Not entgegengebracht wird, würde schon durch die Verstaatlichung eines Teils ihrer Aufgaben eine erhebliche Einbusse erfahren, und erfolglose Kämpfe gegen die Allgewalt des capitalistischen Staats würden das Abbröckelungswerk vollenden.

So ist also an eine obligatorische Arbeitslosenversicherung unter Voraussetzung völliger Coalitionsfreiheit und gewerkschaftlicher Schulung in absehbarer Zeit nicht zu denken, und das einzig Greifbare bliebe doch lediglich die freie gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung, die bis zur Verallgemeinerung der Coalitionsfreiheit allerdings eine ganz andere Ausbreitung als heute gewonnen haben dürfte. Haben wir diese aber als einzig realen Factor, der den Arbeitern Nutzen verspricht, anerkannt, was hindert uns dann, die Gesellschaft auch ihnen gegenüber an ihre Pflicht der Beihilfe zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung zu mahnen? Etwa die Nichtanerkennung der Gewerkschaften als legale Arbeitervertretungen seitens der Staatsorgane? Dieser Zustand dürfte die längste Zeit gedauert haben, und die Regierung wird über kurz oder lang gezwungen sein, die Gewerkschaften anzuerkennen. Oder die Kampfesstellung gegen die Unternehmer? Sie hat mit der Unterstützung der Arbeitslosen an sich nichts zu thun, und für Lohnkämpfe soll kein Staatszuschuss gefordert werden. Gegensätze giebt es bei allen Classenorganisationen. Das hat aber die Regierung nicht gehindert, den Handwerkerinnungen das Recht, von den Arbeitern Beiträge zu erheben, einzuräumen. Oder etwa die voraussichtliche Erfolglosigkeit solcher Forderungen? Im gleichen Sinne ist auch jede andere Arbeitslosenversicherung, wie wir sie im Interesse der Arbeiter verlangen müssten, aussichtslos — und doch teilen wir dies Bedenken nicht. Denn der capitalistische Staat mag sich noch so sehr gegen eine Arbeitslosenversicherung, die den Interessen der Arbeit Rücksicht trägt, sträuben — die Unzufriedenheit, die mit jeder neuen Krisis wächst, die dumpfe Gärung, die sie erzeugt, die bedenklichen Folgeerscheinungen der Massennot, der Demoralisation und wachsenden Criminalität und die immer dringenderen Mahnungen derjenigen Kreise, die den socialen Organismus kennen, zwingen ihn

schliesslich, etwas zu thun. So erklären sich die wiederholten Versicherungsexperimente in der Schweiz, so ist es zu verstehen, wie in Belgien, dem Land der grössten Classengegensätze, der blutigen Strikes und Strassenrevolutionen, bürgerliche Gemeindeverwaltungen Zuschüsse an gewerkschaftliche Arbeitslosigkeitscassen leisteten. Was dort im localen Bereich seit Jahren durchgeführt ist und in der Krisis sich praktisch bewährt hat, das fordern in Anpassung an ihre centralistischen Existenzbedingungen die deutschen Gewerkschaften vom Reich. Und eine praktische Regierung könnte in der That kaum einen einfacheren und sichereren Weg zu einer brauchbaren Arbeitslosenversicherung finden, als durch Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosigkeitscassen.

Diese Unterstützung käme allerdings zunächst nur einem verhältnismässig kleinen Teil der Arbeiterschaft zu gute, aber sie giebt nur dem, der selbst schon aus eigenen Mitteln Beiträge zu seiner Versicherung geleistet hat. Und da bisher in zahlreichen Gewerkschaften die Einführung der Arbeitslosenunterstützung an der Schwierigkeit der Beitragserhöhung scheiterte, so würden die Staatszuschüsse den grössten Teil dieser Schwierigkeiten beseitigen und sehr rasch zur Verallgemeinerung dieser Versicherung beitragen. Das hat sich in Genéve schon während der ersten paar Monate der Arbeitslosigkeitsbeihilfen gezeigt. Diese Bewegung wird aber einen mächtigen Ansporn zur Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation entwickeln und neue Massen den gewerkschaftlichen Versicherungscassen zuführen. Und will die Reichsregierung die Tragfähigkeit und Expansionskraft der Gewerkschaften unbefangen prüfen, so möge sie ihr nur ein Jahrzehnt freier Entwicklung gewährleisten, und sie wird die Erfahrung machen, dass die Erfolge der Gewerkschaften denen einer zwangsweise ins Leben gerufenen Versicherung durchaus nicht nachstehen.

Sonach steht für uns fest, dass auf der einen Seite die Voraussetzungen fehlen, für alle Arbeiter eine obligatorische Arbeitslosenversicherung zu errichten, andererseits die gewerkschaftliche Versicherung einer Entwicklung fähig ist, die die nächsten Erwartungen befriedigen dürfte. Die letztere bietet dabei den Vorteil, dass sie bereits übersichtliche Ergebnisse von zum Teil jahrzehntelanger Wirksamkeit aufweisen kann und dass die Zuschüsse des Reichs im voraus mit annähernder Gewissheit berechnet werden können. Diese Zuschüsse werden im Anfang verhältnismässig geringe sein und erst im gleichen Masse wachsen, wie die Beitragswilligkeit der Arbeiter zu den Gewerkschaften zunimmt. Dieses System verursacht ferner dem Reich keinerlei Verwaltungskosten, abgesehen von der Unterhaltung einer Centralstelle, die die Verrechnung der Reichsmittel mit den Gewerkschaften besorgt. Und durch Zusammenwirken mit den Gewerkschaften und Arbeitsnachweisen würde es den statistischen Organen

des Reichs möglich sein, zu einer der Praxis entnommenen fortlaufenden Arbeitslosigkeitsstatistik zu gelangen, die einen systematischen Ausbau dieser Arbeitslosenversicherung vorbereiten hilft. Deshalb könnten selbst diejenigen, welche die Durchführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung wegen der mangelnden statistischen Grundlagen seinerzeit als unmöglich erachten, keinen besseren Weg dazu finden, als den der Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosigkeitscassen. Mag man diesen Reichszuschuss auch zunächst nur als ein Experiment betrachten, das würde für die Gewerkschaften kein Hindernis sein, vorausgesetzt, dass die Gewährung des Reichszuschusses nicht an unannehmbare Bedingungen geknüpft wird.

Und hierin liegt einer der wichtigsten Gründe, weshalb die Gewerkschaften sich zur Zeit für eine Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit nicht begeistern können. Sie sind durchaus nicht so optimistisch, zu erwarten, dass ihnen der heutige Staat eine öffentliche Arbeitslosenversicherung mit ausreichenden Selbstverwaltungsrechten entgegenbringt, sie sind sich der Gefahren einer bürokratisch-capitalistischen Verwaltung nur zu gut bewusst. Sie würden diesen Gefahren unterliegen, wenn die reactionären Absichten der Gewerkschaftsgegner mit gesetzlicher Zwangswirkung durchgeführt werden würden, — aber sie würden einen Reichszuschuss ablehnen können, wenn dieser ihnen unter Bedingungen geboten wird, die die Verfolgung ihrer eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben gefährden. Sie würden dann um so mehr Gewicht auf die freie Entwicklung der Arbeitslosenversicherung legen und durch die Agitation gegen die gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen neue Werbekraft entfalten.

Es bliebe nur noch die Frage zu beantworten, was die Gesetzgebung denen bieten soll, die aus dem einen oder anderen Grunde in absehbarer Zeit nicht zu gewerkschaftlicher Organisation oder trotz dieser nicht zu gewerkschaftlicher Arbeitslosenversicherung gelangen können. Betrachten wir zunächst den letzteren Fall, so dürfte es sich um Arbeiterkategorien mit starker periodischer Arbeitslosigkeit (Saisonberufe, Baugewerbe), um Berufe, die besonders dem Modewechsel unterworfen sind, und endlich um ungelernte Arbeiter mit starkem Arbeitswechsel handeln. Dass die winterlichen Arbeitslosigkeitsperioden im Baugewerbe kein absolutes Hindernis für die Einführung der Arbeitslosenversicherung bilden, zeigt uns der Centralverein der Bildhauer, der diese Versicherung seit mehr denn einem Jahrzehnt eingeführt hat, und die keineswegs aussichtslosen Bestrebungen zu dieser Einführung in den Verbänden der Dachdecker, Steinarbeiter, Steinsetzer, Stuccateure und Zimmerer. In allen diesen Berufen ist diese Einführung in letzter Konsequenz eine Lohnfrage; sie hat zur Voraussetzung eine systematische Erhöhung der Sommerlöhne, die die Zahlung eines das Risiko aufwiegenden höheren Gewerkschaftsbeitrages gestattet. Manchen Erfolg haben die Lohnkämpfe dieser Gewerk-

schaften schon bisher erreicht, und die letzteren schauen mit guten Hoffnungen in die Zukunft. Sie werden beim nächsten Aufschwung so viel erreichen, um den ersten Grund zu einer wenn auch im Anfang noch kärglichen Arbeitslosenunterstützung legen zu können. Grössere Schwierigkeiten haben freilich die dem Zudrang ungelerner Arbeiter mehr ausgesetzten Maurer zu überwinden. Aber auch ihre Organisation wird die Arbeitslosenversicherung bald nicht mehr entbehren können, wenn sie auch schärfere Carenzmassregeln gegen die fluctuierenden Elemente in Kauf nehmen muss. Bei diesen Berufen kann es mit dem Reichszuschuss sein Bewenden nicht haben; die Höhe desselben in jedem Winter mit grösserer Baustockung würde das Reich bald zu Abwehrmassregeln zwingen, um im Wege der systematischen Beschaffung von winterlicher Arbeitsgelegenheit eine Entlastung zu suchen. Und hier kann durch die Einteilung der öffentlichen Aussen- und Innenarbeiten an Bauten des Reichs, der Staaten und Gemeinden sehr vieles gethan werden, um die Arbeitslosigkeit einzuschränken. In weiterem Umfange muss diese Organisation öffentlicher Arbeiten für die ungelerten Berufe vorbereitet werden, und ein fürsorgliches Ministerium der öffentlichen Arbeiten brauchte um die Mannigfaltigkeit der zu bietenden Arbeitsgelegenheit nicht verlegen zu sein. Man muss nicht bloss an Erdarbeiten, Steineschlagen und Holzhacken denken; der öffentliche Bedarf ist vielseitig genug, um auch zartere Arbeitskräfte ohne Gefahr für deren Gesundheit zu beschäftigen. Berufen, die unter dem Modewechsel besonders zu leiden haben, kann die Bildung gewerkschaftlicher Arbeitslosigkeitscassen mit höheren Reservefonds durch creditweise Vorauszahlung der Zuschüsse erleichtert und solchen Arbeitslosen überdies der Uebergang zu anderer Berufsthätigkeit durch besondere Prämien, die während der ersten Zeit als Zuschuss zum Arbeitsverdienst gezahlt werden, ermöglicht werden.

Immerhin kann es Arbeiterschichten geben, die sich aus irgendwelchem Grunde der Gewerkschaft nicht anschliessen, sei es, weil ihr Beruf so vereinzelt vorhanden ist oder weil der Terrorismus des Unternehmertums sie an der Organisierung hindert. Die Sorge um diese Arbeiterkategorie darf man aber ruhig den herrschenden Classen überlassen, die immer da am ehesten von Gerechtigkeitsgefühlen beseelt werden, wo classenbewusste Arbeiter nicht in Frage kommen. Sie werden zweifellos eine Form der Schadloshaltung dieser Arbeiter finden, sei es durch Subventionen an reine Versicherungscassen, sei es durch Zuschüsse an Inhaber von Sparguthaben und dergl. Ein solches Gegengewicht gegen die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung wird zweifellos im gleichen Moment auf dem Plan erscheinen, in dem die Reichszuschüsse an erstere Thatsache werden. Und weil dies vorauszusehen ist, wie schon die Praxis in Belgien zeigt, so haben wir gar keinen Grund, eine solche Ergänzung noch besonders zu for-

der n; es genügt vollkommen, diese Gegenaction dann, wenn sie gesetzlich geregelt wird, derart zu gestalten, dass sie die gewerkschaftliche Versicherung so wenig als möglich benachteiligt. Um so mehr muss die volle Coalitionsfreiheit für alle diejenigen Arbeiterschichten gefordert werden, die derselben gegenwärtig noch immer ermangeln, und müssen alle Hindernisse bekämpft werden, die heute zahlreiche Arbeiter vom Eintritt in die Gewerkschaften zurückhalten. Das grösste Hindernis, sowohl nach seiten einer freien Coalitionsgesetzgebung, als hinsichtlich der Anerkennung der freien Entschliessung der Arbeiter ist der Staat selbst als Gesetzgeber, wie als Arbeitgeber! Dieselbe Regierung, die den Landarbeitern und Dienstboten das Coalitionsrecht vorenthält, verkümmert ihren eigenen Arbeitern und Beamten im Eisenbahn- und Postbetrieb, in den Staatswerkstätten und Kanzleien systematisch die Vereinigungsfreiheit. Die Unternehmervverbände hätten längst das Coalitionsrecht ihrer Arbeiter respectieren müssen, wenn die Regierungen, insbesondere die preussische, ihnen nicht selbst mit bösem Beispiele vorangingen. Diesen Angestellten das Coalitionsrecht zu erringen, muss das nächste Ziel der socialen Gesetzgebung sein. Sie werden nicht durch die zwangsweise Arbeitslosenversicherung zur gewerkschaftlichen Organisation, sondern erst durch die letztere zur Arbeitslosenversicherung kommen. Aber der Mangel der Arbeitslosenversicherung, die Unmöglichkeit, ihnen dieselbe auf anderem Wege, als durch die berufliche Organisation nutzbar zu machen, soll einer der Factoren sein, die bürgerlichen Parteien zu zwingen, den Landarbeitern das Coalitionsrecht in gleichem Umfange wie den gewerblichen Arbeitern zu gewähren und den reactionairen Widerstand der Agrarier zu brechen. Und nicht eher ist diesen unorganisierten Massen wirksam zu helfen, als bis sie in der gewerkschaftlichen Schule gelernt haben, die Rechte der Arbeitskraft zu verteidigen.

Hoffen wir, dass die gesamte Arbeiterbewegung, die am Schlusse des vergangenen Jahrzehnts mit Stolz auf die Resultate ihrer mühevollen gewerkschaftlichen Organisationsarbeit blickte und in diesen Erfolgen einen Triumph der unermüdlichen Selbsthülfe feierte, einig zusammensteht, um diese Culturarbeit gegen Bestrebungen zu schützen, die günstigstenfalls eine Armengesetzgebung zweifelhaften Charakters mit unerträglichem bureaukratischem Zwang, vielleicht aber auch ein reactionäres Kessel-treiben gegen die Gewerkschaften zeitigen können. Im deutschen Reichstag ist mehr als einmal erklärt worden, dass die deutsche Arbeiterclassen gerne auf die gesamte bisherige Versicherungsgesetzgebung verzichten würde, wenn ihr an deren Stelle dieselbe unbeschränkte Coalitionsfreiheit wie den Unternehmern gewährleistet würde. Dass es unseren Vertretern mit dieser Erklärung bitterer Ernst war, ist unschwer zu begreifen, wenn man die lächerlich geringe Summe, auf die die Aufwendungen der Unternehmer und des Reichs pro Tag und Kopf der Versicherten für alle drei Arbeiter-

versicherungen zusammenschrumpfen, in Vergleich stellt mit der durch ungehinderte Lohnkämpfe ermöglichten Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Handelt es sich dort um neutrale Unterstützungszweige, die das gewerkschaftliche Wirken und Regulierung des Arbeitsmarktes einen tiefen Eingriff in den Arbeitskreis der Gewerkschaften. Nur wer die Bedeutung der Gewerkschaften für die Hebung der Arbeiterklasse und für die Erfolge der politischen und genossenschaftlichen Action nicht würdigen gelernt hat, kann daran denken, ihre Lebensinteressen einem in jeder Beziehung zweifelhaften staatlichen Versicherungsexperiment zum Opfer zu bringen.

Parteien und Classen.

Von

Eduard Bernstein.

(Berlin.)

Inwieweit decken sich die politischen Parteien mit den socialen Classen? Die Frage hat nicht nur ein akademisches Interesse, es ist auch von grosser praktischer Bedeutung, sich über sie klar zu werden. Denn eng mit ihr verbundene, auf Grund ihrer erst zu beantworten ist eine andere Frage, deren unmittelbare Beziehung zu den praktischen Kämpfen sofort in die Augen springt. Nämlich: was kann man von den verschiedenen politischen Parteien in Bezug auf Fragen erwarten, welche die Classeninteressen tiefer berühren, welche Macht hat das Classeninteresse über die Partei?

Sieht man von der Socialdemokratie ab, die ihren Charakter als Classenpartei in schärfster Ausprägung offen zur Schau trägt, so giebt es heute keine politische Partei, die sich im Titel als spezifische Vertreterin irgend einer Gesellschaftsclassen bezeichnete. Conservative Partei, Reichspartei, Centrumpartei, nationalliberale Partei, freisinnige Partei, Volkspartei — überall ist im Titel die Beziehung zu bestimmten Classen der Bevölkerung ausgelöscht. Allenfalls könnte man noch im Namen Volkspartei eine Classenbezeichnung erblicken, aber auch die Vertreter dieser Partei, insbesondere ihr norddeutscher Flügel, die freisinnige Volkspartei, sind sehr darauf bedacht, in ihren programmatischen Erklärungen zu betonen, dass sie keine Classenpartei seien. Es kommt ihnen nicht zum Bewusstsein, dass sie mit dieser Verwahrung auch dem Wort Volk in ihrem Titel jeden bestimmenden Charakter, jeden Indicationswert rauben. Hört das Wort Volk auf, eine Classenabgrenzung anzuzeigen, so durfte Bismarck seiner Zeit den Liberalen mit Recht zurufen: „Ich bin auch Volk!“

Nun setzt sich allerdings keine politische Partei ihrer socialen Schichtung nach ausschliesslich aus Mitgliedern einer bestimmten Gesellschaftsclassen zusammen. Selbst die Socialdemokratie macht, wie bekannt, in dieser Hinsicht keine Ausnahme, da sie Mitgliedern aller Gesellschaftsschichten Platz in ihren Reihen gewährt. Nur dass die Socialdemokratie, was die anderen Parteien von sich bestreiten, erklärtermassen die an sie herantretenden Fragen des öffentlichen Lebens unter dem Gesichtswinkel einer ganz bestimmten Gesellschaftsclassen prüft und behandelt.

Im Gegensatz zur Socialdemokratie behaupten die anderen Parteien, die öffentlichen Angelegenheiten unter dem Gesichtswinkel keiner besonderen Classen, sondern gewisser politischer Principien zu behandeln. Diese

politischen Principien sind aber, je weniger sie sich auf bestimmte Gesellschaftsclassen beziehen, d. h. im Sinne solcher verstanden sind, um so unbestimmter, daher denn auch derselbe Parteiname in verschiedenen Ländern oder im gleichen Lande zu verschiedenen Zeiten ganz etwas anderes bedeutet hat und bedeuten kann.

Indes, wie unbestimmt die Principien auch sein mögen und wie sehr die nichtsocialistischen Parteien auch behaupten oder einige von ihnen selbst glauben mögen, vom Classengeist frei zu sein, thatsächlich machen sich die Dinge so, dass in jeder dieser Parteien jeweilig der Geist gewisser Classen oder Schichten der Gesellschaft überwiegt und ihre Stellungnahme zu den Fragen der Zeit bestimmt. Socialistischerseits werden die nichtsocialdemokratischen Parteien häufig zusammenfassend als die bürgerlichen Parteien bezeichnet, wobei bürgerlich aber nicht viel mehr sagt, als nicht-proletarisch. In diesem Sinne wenigstens hat die Bezeichnung als Sammelwort ihre volle Berechtigung, ist sie wissenschaftlich unanfechtbar. Soll sie mehr sagen, so wird sie dagegen in dem Masse an Berechtigung verlieren, als der Begriff des Bürgerlichen als Classenbezeichnung genauer abgegrenzt ist. Da unser modernes Wirtschaftsleben so sehr verbürgerlicht ist, dass Einkommen aus unmittelbar persönlicher Dienstverpflichtung nicht mehr existiert, so kann man unter diesem Gesichtspunct selbst den adligen Grossgrundbesitzer dem industriellen Unternehmer als Bourgeois gleichstellen. Aber in der politisch-socialen Schichtung steht er anderer Stelle und erhebt er je nachdem andere Ansprüche an die Gesetzgebung, als dieser oder der Kleinbürger, der ja bei der vorerwähnten grossen Scheidung auch zu den „Bürgerlichen“ zählt.

Und ebenso steht es bekanntlich mit dem Verhalten der verschiedenen Schichten der bürgerlichen Welt den Arbeiterforderungen gegenüber.

Wenn unter dem Gesichtspunct der grossen Classenscheidung alle diese Schichten der Arbeiterclassen gegenüber in dem Sinne reactionär sind, dass sie von der politischen Herrschaft der Arbeiterclassen und ihren letzten socialistischen Zielen nichts wissen wollen, so stuft sich dieser Reactionismus bei den einzelnen von ihnen in dem Masse ab, als sie selbst am Fortschritt der Gesellschaft interessiert sind. Fortschritt ist ein sehr deuthängiges Wort, und so wird es zweckmässig sein, ihm eine genaue Bestimmung auf den Weg zu geben. Fortschritt heisst die Fortentwicklung in der Richtung auf ein gegebenes Ziel, und das sachlich gegebene Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung ist und muss sein die Herstellung des höchstmöglichen allgemeinen Wohlstandes durch die höchstmögliche Entfaltung und das möglichst harmonische Zusammenwirken aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte der Gesellschaft. Man kann über die Mittel zur Erreichung dieses Ziels und über die Formen seiner Verwirklichung streiten, man kann sich aus irgend welchen subjectiven Beweggründen (Classeninteresse, romantische Neigungen, philosophische Ideologien) passiv oder selbst feindlich zu ihm verhalten, aber man kann es nicht leugnen. Denn es fällt mit den Bedingungen zusammen, die überhaupt mit dem Begriff der Vervollkommenung verbunden sind. Jeder Organismus ist um so vollkommener, je mehr die in ihm vorhandenen Kräfte zur Entfaltung und harmonischen Bethätigung gelangen, und das naturgemässe Ziel jedes Organismus ist die Erlangung dieser Vollkommenheit und die ihr entsprechende Lebensgestaltung.

Zum socialen Fortschritt in diesem Sinne stehen nun bekanntlich die verschiedenen Classen der Gesellschaft in der That verschieden. Die Classe der Lohnarbeiter kann ihren Fortschritt heute gar nicht anders fördern, als durch Wirken für die materiellen und geistigen Vorbedingungen des allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritts. Was diesen hemmt, schädigt auch sie,

Classeninteresse vertritt, doch noch auf Mitglieder anderer Classen Anziehungskraft ausüben. Die Partei ist ihrem ganzen Begriff und Wesen nach etwas, was weiter reicht, als die Classe.

Indes sind selbst die Classen heute nichts starr Abgeschlossenes, ihre Grenzen nichts weniger als streng abgesteckt. Rein äusserlich lässt uns zwar die Berufsstatistik in Verbindung mit der Einkommensstatistik allenfalls in allgemeinen Umrissen das Grössenverhältnis der Classen zu einander erkennen, aber keine Einkommensstatistik, keine Berufsstatistik kann die Grenzen der thatsächlichen Classenscheidung genau bestimmen, weil gerade in den Grenzregionen unzählige Verbindungsfäden zwischen den verschiedenen Elementen hüben und drüben hin- und herlaufen und das sociale Empfinden, das ja auch dabei eine Rolle spielt, in der einen oder anderen Weise modificieren. Je näher der Grenze, um so unbestimmter wird das Empfinden. Da finden wir hier Lohnarbeiter, die in kleinbürgerlichen Verhältnissen leben und entsprechend empfinden, dort Kleinbürger, die sich durchaus als Proletarier fühlen, und so weiter. Einen grossen Einfluss übt ferner die allgemeine Zeitströmung aus, für die neben der ökonomischen Dynamik der Classen auch ihre politische Dynamik, der Einfluss, den sie vermöge der politischen Einrichtungen ausüben, sehr ins Gewicht fällt. Auch religiöse oder nationalistic Ueberlieferungen, eingewurzelte, durch klimatische Besonderheiten unterstützte Sitten können das Gefühl in der einen oder anderen Richtung modificieren.

Der einzelne kann sich unter Eindrücken aller Art bis zur völligen Classenverleugnung über die Interessen seiner Classe erheben, und wenn diese Fälle auch nicht sehr häufig sind, so fehlt es in unserer Zeit des gesteigerten öffentlichen Lebens doch nicht an Kräften, die darauf hinwirken, das Classenempfinden abzustumpfen. Hierher gehört neben dem Umstand, dass die Classengliederung heute an vielen Stellen in starker Verschiebung begriffen ist, gerade die Entwicklung des modernen Parteiwesens.

Jede Körperschaft entwickelt, sobald sie einmal Leben gewonnen hat, auch eigene Bedürfnisse, eigne Lebensinteressen. Wo sich also nicht, wie in der Socialdemokratie, die hierin aber eine Ausnahme bildet, das Lebensinteresse der Partei mit den Lebensinteressen der von ihr vertretenen Classe so eng verknüpft, dass die Partei das letztere fördern muss, wenn sie sich selbst fördern will, da stellen sich immer wieder Gegensätze zwischen dem Interesse der Partei und dem der von ihr vornehmlich vertretenen Classe heraus. Man braucht nur die Geschichte der verschiedenen Mittelparteien der Neuzeit durchzugehen, und man wird unzählige Beispiele dafür finden. Bald leidet die Partei unter dem Druck, den die Classe durch bestimmte Organe oder durch Desertion auf sie ausübt, bald aber bringt die Partei Interessen der betreffenden Classe ihrem Bedürfnis nach Selbstbehauptung zum Opfer. Es ist daher keineswegs richtig, das Verhalten der Parteien jedesmal als Ausfluss der Gesinnung der in Frage kommenden Classen hinzustellen. Der Classengeist ist, wie wir gesehen haben, etwas ziemlich Unbestimmtes, er wirkt gewöhnlich mehr wie ein dumpfer Instinct, als wie ein klar erkanntes Interesse, denn Classen und wirtschaftliche Interessengruppen sind zweierlei. Das zeigt sich gerade heute, in der Aera der grossen wirtschaftlichen Interessenverbände. Wir sehen da aus ein und derselben Classe Verbände sehr verschiedenen Charakters mit sehr abweichenden, wenn nicht gegensätzlichen Bestrebungen hervorgehen — Bund der Industriellen und Industrieverband, Bund der Landwirte und Bauernverein Nordost etc.

Wie elastisch dies Classenwesen ist, sieht man, wenn man das politische Verhalten derselben Classen in den verschiedenen Ländern mit einander vergleicht. Gewiss werden sich überall in der Masse, als die wirtschaftliche Structur der Gesellschaft übereinstimmt, übereinstimmende Grundtypen er-

geben. Der capitalistische Industriechef ist in England so gut wie in Deutschland oder in Russland darauf bedacht, möglichst hohen Profit zu machen und in der Fabrik „Disciplin“ zu halten, aber als Politiker und im persönlichen Verkehr kann der Engländer darum den Arbeitern doch ganz anders gegenüberstehen, als sein deutscher oder russischer Classengenosse. Ziemlich um dieselbe Zeit, wo man im industriellsten Staate Deutschlands, in Sachsen, den Arbeitern ihr Wahlrecht raubte, ward in England mit Classenprivilegien in der Gemeindeverwaltung aufgeräumt und von massgebenden bürgerlichen Parteien eine Parlamentswahlreform auf die Tagesordnung gesetzt, die das englische Wahlrecht, das schon heute dem Arbeiter nur wenig ungünstiger ist, als das deutsche Reichstagswahlrecht, weit über das letztere hinaus zu verbessern versprach. Während an irgend einem Punct der modernen Gesellschaft sich das Bürgertum aus Furcht vor der socialen Revolution der Kirche verschreibt, führt es an einem anderen im Verein mit socialistischen Arbeitern einen Culturkampf wider die Kirche.

Eine wie grosse Macht das wirtschaftliche Interesse über die Gemüter hat, ist der Menschheit längst bekannt, und dass in Geldsachen die Gemüthlichkeit aufhört, wusste zum mindesten schon der alte Hansemann. Insoweit sagt man also mit dem Hinweis auf die Wirtschaftsfragen als die bewegenden Fragen der Politik nichts Neues. Zur richtigen Beurteilung der politischen Natur der Classen und des Verhältnisses zwischen Partei und Classe gehört aber mehr, als diese Erkenntnis.

Wenn die Verkennung der wirtschaftlichen Natur der Classen und der Classennatur politischer Parteien zu Täuschungen über die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der letzteren führt, so kann umgekehrt die Uebertreibung dieser Beziehungen zur Verkennung des Einflusses und der Möglichkeiten politischer Parteien und ihrer Führer verleiten.

So wenig der Mensch das willenlose Werkzeug der Verhältnisse ist, so wenig sind Parteien und ihre Führer willenlose Werkzeuge der Classeninstincte.

Die grundsätzliche Stellungnahme einer Partei zu den grossen Wirtschaftsfragen der Zeit wird in letzter Instanz durch ihre sociale Zusammensetzung bestimmt; ob sie sich aber dabei kleinlich oder weitherzig, borniert oder weitsichtig benimmt, das hängt zum grossen Teil von der Führerschaft ab, die sie besitzt, von dem Geist, in dem sie geleitet wird.

Nehmen wir ein Beispiel! Der Schreiber dieses weiss sich von jeder persönlichen Voreingenommenheit gegen den derzeitigen Führer der bürgerlichen Linken in Deutschland frei. Ich halte Herrn Eugen Richter für einen in vieler Hinsicht tüchtigen Mann und in seiner Art unabhängigen Charakter. Aber es ist meine feste Ueberzeugung, dass die Jämmerlichkeit und Unzuverlässigkeit der Linken des deutschen Liberalismus nicht lediglich auf den naturgemässen Classengeist seiner Gefolgschaft zurückzuführen ist, sondern dass an ihr auch die Richtersche Führung ein grosses Teil Schuld trägt. Man durchtränkt nicht umsonst eine Partei jahrzehntelang mit dem Geist kleinlichster Nörgelei gegenüber einer welthistorischen Bewegung, wie es der sociale Emancipationskampf der Arbeiterclassen ist. Der deutsche Liberalismus ist in diesem Punct das Opfer unzulänglicher politischer Führung. Von einem Parteiführer kann und muss eben mehr entfaltet werden, als jene Tüchtigkeit, über die Richter verfügt und die sich in den Tugenden erschöpft, die man etwa von einem sachkundigen Abteilungschef verlangt. Es giebt auch im Parteileben einen Bureaokratismus, und Richter ist in der Politik der Typus eines echten Bureaukraten. Das kleinliche, nächstliegende Abteilungsinteresse beherrscht ihn so vollständig, dass er den grossen, weltbewegenden Fragen und Entwicklungen der Neuzeit lange Zeit durchaus verständnislos gegenüberstand und noch heute wenig Sinn für sie verrät. Ich weiss nicht, ob Richter

sich heute endlich von jener bornierten Auffassung emancipiert hat, die in dem Entwicklungsdrang der modernen Arbeiterschaft nur eine künstlich erzeugte und durch eine absprechende Kritik zu bekämpfende Tagesströmung erblickt. Aber nach grossen Gesichtspunkten in der Beurteilung der Socialdemokratie, wie sie z. B. selbst ein Bennisgen seinerzeit bei Beratung des Socialistengesetzes durchblicken liess, wird man bei Richter noch immer vergebens suchen. Seit den Tagen, wo er den Spiessbürgern des sechsten Berliner Wahlkreises völlige Verelendung binnen wenigen Jahren in Aussicht stellte, falls das Unerhörte geschähe und der Socialdemokrat gewählt werde, ist die Richtersche Kritik immer auf die Gespenstermalerei gerichtet geblieben. Und so sind denn auch die Schlagworte, die Richter seinen Mannen zum Kampf wider die Socialdemokratie auf den Weg gab, zwar dieser gegenüber wirkungslos verpufft, haben aber auf das eigene Publicum wie Gift gewirkt und den bürgerlichen Anhang des deutschen Freisinns, der ohnehin nie an Uebermass von politischer Schwungkraft litt, mit zu jener Denkweise erzogen, die ihn in seiner Mehrheit bei Stichwahlen noch immer nach dem berühmten Motto hat wählen lassen: Lieber Lucius als Kapell!

Es wäre abgeschmackt, Eugen Richter allein für das letztere verantwortlich machen zu wollen. Andere Kräfte und nicht zum mindesten die dem Classeninstinct zunächst liegende Folgerungsweise wirken in gleicher Richtung. Auch hat die politische Erziehung der bürgerlichen Linken in Deutschland — gewisse Inseln ausgenommen — schon in der vorrichterschen Aera viel zu wünschen übrig gelassen. Aber nehme man an, seit dem Vierteljahrhundert, wo Richter Führer der bürgerlichen Linken ist, hätte ein anderer Mann an der Spitze dieser Partei gestanden, ein Mann vielleicht mit etwas weniger Sinn für rechnerische Details, aber mit derselben Energie und Schlagfertigkeit wie Richter und dazu einem ebenso weiten Horizont, wie der Richters eng ist, — glaubt man, dass unter einem solchen Führer nicht doch manches im deutschen Freisinn anders beschaffen wäre? Man braucht nur den Blick auf andere Länder zu werfen, um sich mindestens von der Möglichkeit zu überzeugen. Wie weit hat nicht seiner Zeit ein Disraeli das alte bornierte Torytum, wie weit nicht ein Gladstone den whiggisch gefärbten Liberalismus über die traditionelle Classenpolitik hinauszureissen gewusst! Das waren eben wirkliche Führer! Das Classenempfinden lässt sich, soweit grössere Massen einer Classe in Betracht kommen, nicht aus der Welt disputieren, aber es ist einer grossen Modificierung fähig. Es kann erzogen werden, sowohl im guten wie im schlechten Sinne, und thatsächlich wird es heute stark erzogen. Das ganze moderne Parteileben ist ein beständiger Process gegenseitiger Bearbeitung von Partei und Classe, wobei die Parteien gewöhnlich das active Element sind. Classen setzen sich von sich aus in der Regel nur um grosser Interessen willen in Bewegung, Parteien, die einen beständigen Kleinkrieg zu führen haben, rufen aber gelegentlich um der kleinsten Lappalien willen die hinter ihnen stehende Classe oder Classen auf. In dieser Hinsicht übt das sonst noch durchaus notwendige und wohlthätige Parteileben oft eine nichts weniger als günstige Wirkung aus. Die Partei inficiert die Classe, und es hängt vom Geist der Partei und ihrer Führung ab, ob das Ergebnis eine Verengung oder Erweiterung des Classenhorizonts ist.

So ist es denn durchaus falsch, das Gebaren politischer Parteien schlechtweg als das notwendige Ergebnis der Classenzusammensetzung dieser Parteien zu bezeichnen. Wer nur ein wenig die Geschichte des Parteiwesens im XIX. Jahrhundert kennt, der weiss auch, wie oft solche Urtheile von der Geschichte dadurch desavouiert worden sind, dass dieselben Classen bei späteren Anlässen ganz anders handelten, als ein früheres Mal. Aber es handelt sich hier nicht bloss um Fragen, die der Geschichte angehören.

Für die Taktik der Socialdemokratie, soweit sie nicht durch ihre Grundauffassung vom Kampf der Arbeiterclassen in der modernen Gesellschaft principiell festgelegt ist, ist eine richtige Wertung der gegnerischen Parteien anerkanntermassen von grösster Wichtigkeit. Jede Täuschung, sei es durch zu grossen Optimismus oder durch übertriebenen Pessimismus, kann zur Ursache von Missgriffen, Unterlassungsfehlern und dergleichen werden. Daher die Verwerflichkeit solcher Phrasen, die, wie der von Marx und Engels so scharf bekämpfte Satz von der „einen reactionären Masse“, das Stück Wahrheit, das sie enthalten, in solcher Form ausdrücken, dass es zur Quelle der verhängnisvollsten Irrtümer werden kann.¹⁾

In seinem Münchener Referat über die bevorstehenden Reichstagswahlen, das seinen eminenten politischen Scharfblick in so helles Licht stellte, führte Bebel u. a. aus, wie er selbst es eigentlich bedauere, dass der bürgerliche Liberalismus in Deutschland so zusammengeschmolzen sei und dass wir in Deutschland eine Partei, die sozusagen einen Puffer zwischen den Reactionsparteien bildete, immer noch brauchen könnten. Diese Bemerkung aus dem Munde eines, wenn nicht des radicalsten politischen Führers der Partei widerlegt einen gewissen Ultraradicalismus, den man häufig bei ausserhalb des politischen Kampfes stehenden Socialisten in bürgerlicher Lebensstellung findet und dem die völlige Aufreißung der bürgerlichen Linken als ein nächstes Ziel erscheint. Thatsächlich zeigt ein Blick auf die Statistik der Berufs- und Einkommensclassen, dass im Deutschen Reiche für eine bürgerlich radicale Partei immer noch Raum ist; allerdings muss eine solche Partei, wenn sie ihr Salz wert sein will, sich dabei bescheiden, die zweite Rolle neben der Socialdemokratie zu spielen, und statt einen Schimpf eine Ehre darin erblicken, „Vorfrucht der Socialdemokratie“ zu sein. Denn der Liberalismus desjenigen Politikers, der

¹⁾ Es verhält sich damit ähnlich, wie mit der Phrase vom bevorstehenden Zusammenbruch der jetzigen Gesellschaftsordnung, deren simplistischer Auslegung der böse „Revisionismus“ immerhin mit dem Erfolg entgegengetreten ist, dass sie heute ganz von der Tagesordnung verschwunden ist. Gegenüber der bei einigen Leuten stark vorhandenen Tendenz, denjenigen Socialisten, die man als Revisionisten bezeichnet, Absichten und Ansichten zu unterstellen, die sie nie vertreten haben, um ihnen eine theoretische Niederlage anzudichten, von der in Wirklichkeit auch nicht die Spur vorhanden ist, — nicht unter den Revisionisten waren die Bauernhinwegdichter und Mittelstandshinwegrechner zu finden — wird es ganz unvermeidlich, darauf hinzuweisen, worum sich der Streit in Wirklichkeit gedreht habe. Was z. B. mit der Bekämpfung der Zusammenbruchstheorie unmittelbar bezweckt war, ist thatsächlich erreicht worden. Erst in München wieder hat der Versuch, die Partei in der Frage der Arbeitszeitgesetzgebung auf einen falschen Radicalismus ab-zudrängen, eine entschiedene Abweisung erfahren.

Man lese ferner, was der Schreiber dieses seinerzeit über die Taktik der englischen Arbeiter nach der Niederlage des Chartismus geschrieben hat — abgedruckt in Zur Geschichte und Theorie des Socialismus, pag. 299 ff. — insbesondere was dort von den Wirkungen der „politischen Demoralisation“ der englischen Arbeiter nach jener Niederlage gesagt wird, und urteile dann, welcher Grad von Mut dazu gehörte, die Sache so hinzustellen, als hätte irgend jemand aus dem Lager der Revisionisten den deutschen Arbeitern aufschwätzen wollen, sie sollten die damalige Politik der englischen Arbeiter nachahmen!

In einer Berliner Versammlung, in der über den Münchener Parteitag referiert wurde, stellte ein Redner die Behauptung auf, der Streit zwischen dem Revisionismus und dem Marxismus sei zu gunsten des letzteren entschieden. Das erweckt den Eindruck, als ob die Revisionisten auf einen Umsturz des ganzen Lehrgebäudes von Marx und Engels abgezielt hätten, was thatsächlich so wenig der Fall war, dass seinerzeit von ihren Gegnern gegen sie der Spottnamen wahre Marxisten geschmiedet wurde. Durch solche Gegenüberstellungen, bei denen das wirkliche Streitobject den Blicken entzogen wird, wird nur eines bewiesen: das Gefühl der inneren Schwäche bei denen, die sich ihrer bedienen.

nicht einsieht, dass dem Socialismus die Zukunft gehört und gebührt, besteht nicht die Wasserprobe.

Zu solcher Auffassung die radicaler denkenden Elemente der bürgerlichen Classen zu erziehen, das wäre oder ist heute die Aufgabe wirklich liberaler Führerschaft. Der Anspruch auf das politische Führertum legitimiert sich vor allem dadurch, dass man der Masse der zu Führenden geistig überlegen ist bezw. vor ihr den geschärften Blick für das werdende voraus hat, die Dinge von einer höheren Warte aus betrachtet, als der Durchschnitt der Partei. Es ist jedoch das Unglück des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland gewesen, dass, wie Lassalle einmal treffend bemerkte, seine Führer ihren Ehrgeiz darin gesehen haben, das politische Niveau des Durchschnittsphilisters nicht zu überschreiten.

bleibt es dabei, so ist denn auch an irgendwelche nennenswerte Stärkung des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland nicht zu denken. Selbst eine von Hause aus so günstige politische Constellation, wie die derzeitige, wird ihm nicht auf die Strümpfe helfen. Nur wenn der Kampf, dessen Mittelpunkt die Zollfrage bildet, dem Volk in seiner ganzen principiellen Bedeutung zum Bewusstsein gebracht und in diesem Sinne durchgekämpft wird, kann die jetzige Conjunctur ausser der Socialdemokratie auch der bürgerlichen Linken zu gute kommen. Von der Möglichkeit, die Arbeiter der Socialdemokratie abspenstig zu machen, träumt wohl selbst Eugen Richter nicht mehr, es handelt sich also um die Fähigkeit, bei denjenigen Bevölkerungselementen werbende Kraft zu entfalten, die heute den conservativ-klericalen Parteien und deren Verbündeten folgen. Diese werbende Kraft wird aber nicht durch Nachgiebigkeit, sondern durch scharfes Auftreten nach jener Seite hin, durch Hebung des Kampfes auf die Höhe eines Streites der Weltanschauungen erzielt. Nur durch Betonung grosser Gesichtspunkte reisst man die schwankenden Elemente an und mit sich.

Ist solches Vorgehen vom deutschen Freisinn noch zu gewärtigen? Obgleich hier und da in dessen Reihen die Erkenntnis durchzubrechen scheint, dass mehr als irgend einer andern Partei gerade ihm eine gründliche Revision seiner politischen Auffassungen und Methoden not thut, sieht es bisher im ganzen nicht danach aus. Musste doch der Schreiber dieses es noch im Frühjahr beim Wahlkampf in Breslau erleben, dass der Candidat dieser Partei, die sich als demokratisch bezeichnet, es für angebracht hielt, ohne jeden zwingenden Anlass in einer Wählerversammlung seiner Partei die Vorzüge der Hohenzollernschen Monarchie vor der Republik zu preisen, wie diese in Frankreich und den Vereinigten Staaten bestehe, und mit erhobener Stimme zu betonen, dass seine Partei auf dem Boden der Verfassung stehe und an ihr festhalte. Nun ist in Deutschland bezw. Preussen die Frage, ob Monarchie oder Republik, zur Zeit so wenig actuell, dass es keinen Zweck hat, sie hier des breiteren zu erörtern. Aber soviel sei bemerkt, dass, was selbst ein bürgerlicher Demokrat sich hätte sagen müssen, die Monarchie in Preussen mit Einrichtungen eng verquickt ist, die selbst sehr bescheidenen Ansprüchen an demokratisches Verfassungsleben ins Gesicht schlagen, und dass es die eigene Sache schon halb preisgeben heisst, wenn man diesen Dingen, statt sie bloss als vorläufig unabänderliche That-sachen hinzustellen, noch ausdrücklich seinen Segen erteilt. Die preussische Verfassung ist dem Lande nach Niederschlagung der Demokratie mit Gewalt aufgezwungen und von der Demokratie — wohlgemerkt: der bürgerlichen Demokratie — lange Zeit nicht anerkannt worden. Schliesslich haben auch die Demokraten sich in sie gefügt, aber sie enthält Bestimmungen — man denke an die Einrichtung des Herrenhauses —, die man als Demokrat, wenn man sie auch als That-sächlichkeiten hinnimmt, doch unmöglich grundsätzlich gut-heissen kann. Wenn man aber den Wählern unter Uebergang all dieser Dinge das Lob der Monarchie singt, dann soll man sich nicht wundern, wenn

sie entweder „voll und ganz“ königstreu wählen oder dem Kampf der Partei nur ein mässiges Interesse entgegenbringen. Die bürgerliche Wählerschaft hat denn auch den Freisinnscandidaten kläglich im Stich gelassen.

Nach einer andern Seite hin ist noch einmal daran zu erinnern, dass es ein Abgeordneter der freisinnigen Volkspartei ist, der auf dem jüngsten Genossenschaftstag als Mittelstandsretter die Arbeiterconsumvereine von einer willfährigen Mehrheit aus dem Genossenschaftsverband herausbugsierten liess, und dass der erste Führer der Partei diesen Gewaltstreich gutgeheissen hat. Beides, die Begründung wie die Ausführung des Streiches, sind mit einer zeitgemässen Auffassung von den Aufgaben der Demokratie unvereinbar. Weitsichtigere Liberale haben dies auch eingesehen und offen ausgesprochen. Mittelstandsretterei auf Kosten zweckmässigerer Wirtschaftsorganisation, Aechtung der Demokratie aus den Consumvereinen sind mit einer entschieden liberalen Politik im Staat unvereinbar. Als vor etlichen Jahren der Führer der englischen Liberalen, die doch auch wesentlich auf bürgerlichem Boden stehen, Lord Rosebery, in einem Streit zwischen dem Verband der Ladenbesitzer und den Arbeiterconsumgenossenschaften zu entscheiden hatte, da zauderte er durchaus nicht, den letzteren recht zu geben. Und Lord Rosebery ist keineswegs ein Vertreter der radicalen Tonart im liberalen Lager.

Es fehlt also noch sehr viel, dass man sich begründeten Erwartungen auf einen durchgreifenden Wandel im politischen Verhalten des deutschen Freisinns hingeben könnte. Man erklärt oder entschuldigt dessen Flauheit zuweilen mit dem Hinweis auf die Schlawheit und Gleichgültigkeit der bürgerlichen Classen, die hinter ihm stehen und die Partei schon wiederholt im Stich gelassen haben. Gewiss ist das deutsche Bürgertum politisch sehr versumpft. Aber es ist nur die halbe Wahrheit, wenn man die Flauheit der Partei mit der Flauheit der Classe erklärt. Zum nicht geringen Teil ist vielmehr die Flauheit der Classe Wirkung jahrzehntelanger Sünden der Partei. Darüber sich klar zu werden, ist gerade im gegenwärtigen Moment notwendig, wo in der deutschen Politik Fragen auf der Tagesordnung stehen, zu deren erspriesslicher Behandlung von seiten der Opposition bei allen beteiligten Parteien führende Geister erheischt sind, die vor allem über zwei Eigenschaften verfügen: ein mutiges Herz und einen weiten Blick.

Die socialdemokratische Presse und das Genossenschaftswesen.

Von

Heinrich Peus.

(Dessau.)

In dem unter dem 31. August 1902 veröffentlichten Programm des Vereins für soziales Genossenschaftswesen, abgedruckt im Genossenschaftspionier, heisst es u. a.: „Allen Bestrebungen, Consumentenorganisationen in Abhängigkeit von den Sonderinteressen politischer Parteien oder religiöser Körperschaften zu erhalten bezw. zu bringen, will der Verein mit dem unablässig zu wiederholenden Hinweis entgegenreten, dass die Aufgabe, die Consumenten durch planmässige Organisation zur selbstthätigen Beschaffung ihres Consums zu befähigen, eine in sich durchaus abgeschlossene ist, welche durch abseits ihres Zweckes liegende Bestrebungen nicht beeinträchtigt werden darf.“ Unterzeichnet ist das Programm von der Presscommission: Ed. Bernstein, Dr. H. Braun, Ad. von Elm, Reinh. Hülsen, R. E. May, H. Peus, Paul Schulz und Max Steinschneider. Diese Namen kennzeichnen den obengenannten Verein deutlich als einen theoretischen Verfechter der in Kreuznach als modern bezeichneten Genossenschaftsbestrebungen, die also nach ihm von jedweder Partei-

politik sich fern halten sollen. Zum Ueberfluss sagt er dasselbe noch einmal ganz deutlich mit folgenden Worten: „Der Verein betreibt keine Parteipolitik, er beschränkt sein Wirken darauf, die den Massen als Producenten und Consumenten gemeinsamen Interessen theoretisch zu entwickeln und praktisch zu fördern, und sucht die Gesetzgebung nur soweit zu beeinflussen, als durch dieselbe die Ziele der genossenschaftlichen Organisation — im weitesten Sinne dieses Begriffes — leichter zu erreichen sind.“ Völlige politische Neutralität wird also hier zum Programm der modernen Genossenschaften erhoben.

Auch die in Kreuznach ausgeschlossenen Vereine haben zu allen Zeiten jedwede Parteipolitik grundsätzlich, nicht nur etwa aus Rücksicht auf die Gesetzgebung, abgelehnt. Das belgische System der rein parteipolitischen socialdemokratischen Genossenschaften hat in Deutschland keine Vertretung und wird sie auch kaum finden. Auch Schreiber dieses ist ein Vertreter strengster Neutralität.

Und dennoch plaidieren wir dafür, dass die socialdemokratische Parteipresse sich mit aller Kraft für die Förderung des Genossenschaftswesens ins Zeug lege, unendlich viel mehr für die Genossenschaften thue, als sie bisher für dieselben gethan hat.

Es ist leider eine Thatsache, dass noch viele Socialdemokraten das Genossenschaftswesen aus ganz verschiedenen Motiven perhorrescieren. Die einen wollen nichts von ihm wissen, weil die revolutionäre Energie durch die Consumgenossenschaften gebrochen werde. Das Parteiorgan, das in der Stadt erscheint, in welcher die modernen Genossenschaften ihre stärkste Entwicklung erfahren haben, schrieb unlängst, die neutralen Consumvereine zögen dem Arbeiter die socialdemokratische Haut ab. Andere stehen mehr oder weniger unter dem Eindruck, dass das uns politisch nahestehende Kleinbürgertum durch die Consumvereine unnötigerweise gegen die Partei aufgebracht werde. Auch giebt es Parteiblätter, welche vom Eintreten für die Consumvereine eine Beeinträchtigung ihres Inseratengeschäfts befürchten, sehr bedauerlicher- und obendrein überflüssigerweise. Ja es giebt sogar Parteigenossen — schlimm genug, dass man's sagen muss —, die die Consumvereine bekämpfen, weil sie für die kleinbürgerliche Existenz, in der sie sich selber befinden, fürchten. Und manche Parteigenossen, die selber Lohnarbeiter sind, gehen in ihrer persönlichen Rücksicht so weit, dass sie die Consumvereine nicht entwickelt sehen möchten, weil dadurch Genossen in führender Stellung, die sich nach erfolgter Massregelung eine Kleinbürgerexistenz gründen mussten, Schaden leiden würden. Endlich wollen manche nichts von den Genossenschaften wissen, weil dieselben Kräfte und Intelligenzen absorbieren, deren die Partei dringend bedürfe.

Es war das Verdienst des Genossen Auer, auf dem Münchener Parteitage diese letztere Auffassung als reactionär und unhaltbar gekennzeichnet zu haben. Wir glauben, alle die anderen oben angeführten Gründe sind nicht minder reactionär, und zwar einschliesslich desjenigen, dass von der Beteiligung an der Genossenschaftsbewegung eine Schwächung der revolutionären Energie zu befürchten sei. Wenn die Eroberung wirtschaftlicher Macht seitens der Arbeiterklasse und die wirtschaftliche Besserstellung des einzelnen Arbeiters keine Gründe sind, die revolutionäre Energie zu brechen, dann ist auch eine ehrliche und consequent durchgreifende Genossenschaftsbewegung nicht antirevolutionär, falls man mit dem Worte revolutionär nicht den närrischen Begriff zerstörerischer Gewaltthatigkeit verbindet, den allein die reactionären Scharfmacher hineingelegt wissen wollen.

Wir verstehen die Aeussderung Auers, dass es reactionair und unhaltbar sei, darüber zu klagen, dass die Consumvereinsbewegung zu viele Kräfte und Intelligenzen, die die Partei brauche, absorbiere, dahin, dass gegen die Genossenschaftsbewegung keinerlei Antipathie bestehe. Das Verhalten der Parteipresse zu dem Ereignis in Kreuznach hat das ja auch an den Tag gelegt. Aber aus der fehlenden

Antipathie muss positive Sympathie, active Förderung werden. Weder kalt noch warm der Bewegung gegenüberstehen, das ist ein der Partei unwürdiges Verhalten. Es muss ja auch die Gewerkschaftsbewegung trotz der neuerdings immer stärker hervorgetretenen Neutralität der Gewerkschaften von der Parteipresse mit aller Kraft positiv gefördert werden.

Die Genossenschaftsbewegung bedarf der Unterstützung durch die Parteipresse. Zwar entwickelt sich der Einfluss einer eignen Genossenschaftspresse mit jedem Tage mehr. Aber was die locale Parteipresse zu leisten vermag, ist die Genossenschaftspresse, die wie die Gewerkschaftspresse vorläufig nur von einigen grossen Centren ausgehen kann, zu leisten nicht im stande. Nur ein Localorgan kann den besonderen Bedürfnissen einer localen Organisation entgegenkommen. Nur ein locales Blatt hat dafür den nötigen Raum, nur ein locales Blatt die Möglichkeit der genauen Orientierung über die Sachlage, aus der heraus allein Wirkliches geschrieben werden kann. In erster Linie kann aber gerade die locale Parteipresse der Genossenschaft den Dienst thun, aufklärend und erziehend auf ihre Mitgliedschaft zu wirken, denn die bürgerliche Presse hat entweder direct entgegengesetzte Interessen zu vertreten, oder aber sie steht doch mindestens Organisationen, deren Mitglieder hauptsächlich classenbewusste Arbeiter sind, so gleichgiltig gegenüber, dass von ihr eine wirksame Vertretung der Consumvereinsinteressen nie zu erwarten ist.

Alle Organisationen, die viele Hunderte oder gar Tausende von Mitgliedern zählen, sind auf die Dauer ohne Zuhilfenahme der Presse gar nicht zu regieren. Die Generalversammlungen, die bestenfalls immer nur einen kleinen Teil einer zu Tausenden zählenden Mitgliedschaft fassen können, sind um so actionsunfähiger und ruhiger, sachlicher Belehrung um so weniger zugänglich, je zahlreicher sie besucht sind. Je grösser eine Versammlung, um so mehr bedarf sie, um nicht langweilig zu werden, der Erregung der Gefühle und Leidenschaften. Oft genug kann solche Erregung sehr erwünscht sein, etwa wenn die Verwaltung eines grossen Consumvereins mitzuteilen hätte, dass infolge gesetzgeberischer Massnahmen die Preise für Getreide und Vieh um so und so viel gestiegen und der Verein infolgedessen so und so viel Tausende habe mehr ausgeben müssen, die somit den Mitgliedern aus der Tasche gezogen seien. Aber eine Genossenschaft hat auf der andern Seite so viel kühle und ruhige Erwägungen anzustellen, dass das gedruckte Wort unbedingt zu Hilfe genommen werden muss. Wenn übrigens auch die Gefühle und Leidenschaften, die der Kampf der organisierten Consumenten hervorzurufen vermag, in der Presse ihr Echo finden, so liegt darin gewiss kein Unglück.

Die Parteipresse sollte die Aufklärung über das Genossenschaftswesen und die Förderung der genossenschaftlichen Organisation bei aller Neutralität der letzteren sich zur Aufgabe setzen, weil der hohe Einfluss, den sie auf die Arbeiterklasse ausübt, auf die ausübt, die Mitglieder der Consumvereine zu werden berufen sind, zur Folge hat, dass Indifferenz der Parteipresse oder wohl gar eine absichtlich zur Schau getragene Gleichgiltigkeit gegen das Genossenschaftswesen auch bei den Arbeitern Gleichgiltigkeit gegen die Consumvereine bewirkt, zum mindesten aber nicht jenen Sturm der Begeisterung aufkommen lässt, ohne den alles, was von einer Bewegung der Masse getragen sein muss, nicht gedeihen kann. Wir sind ja fest überzeugt, dass die wirtschaftliche Ausplünderung der Consumenten durch die tagtäglich mächtiger werdenden Produzentenringe und Cartelle eines Tages mit unwiderstehlicher Gewalt zu einem leidenschaftlichen Zusammenschluss der Consumenten führen wird, die dann ihre Führer auf diesem Gebiete beauftragen werden, den Produzentenorganisationen gegenüber den Standpunkt der Beschaffung einer Ware für die Beschaffungskosten zu vertreten. Dann wird die Parteipresse gar nicht anders können, dann wird sie für die Consumentenorganisationen mit aller Kraft eintreten müssen, weil dann

der Kampf das öffentliche Interesse im eminentesten Masse beschäftigen wird. Aber warum erst so lange warten? Der Zeitpunkt ist da, die Parteipresse hat allen Anlass, dafür zu sorgen, dass sie den Anschluss nicht verpasse.

Andererseits ist auch im Interesse der Genossenschaftsbewegung und ihres schnellen Fortschritts zu wünschen, dass die machtvolle Autorität der Parteipresse bei der Arbeiterschaft zu ihren Gunsten in die Wageschale falle. Besonders in den grossen Städten, speciell in Berlin, könnte durch den Einfluss der Parteipresse alsbald eine Strömung für die Consumentenorganisation in der Volksmasse erzeugt werden, die, was sonst erst in einem Jahrzehnt möglich wäre, schon in einem oder zwei Jahren ermöglichte.

Was sich allein dagegen anführen liesse, wäre vielleicht dies, dass die ausführenden Organe der Arbeiterconsumvereine selber noch Zeit brauchen, um sich allmählich in ihre Aufgaben hineinzufinden, und dass mit Rücksicht auf sie eben deshalb eine langsamere Entwicklung wünschenswert sei. Wir glauben jedoch, dass dies Argument viel begründeter scheint, als es thatsächlich ist. Die in einem Consumverein zu leistenden Aufgaben werden durch eine grosse Mitgliedschaft nicht nur nicht erschwert, sondern in noch höherem Grade leicht gemacht. Der Erfolg ist bei massenhafter Beteiligung viel eher als bei massiger gegeben. Der Erfolg aber entscheidet über das weitere Tempo der Entwicklung. Auch werden durch massenhafte Beteiligung der Consumenten erst die Mittel flüssig, die nötig sind, um hervorragend tüchtige Kräfte mit den Aufgaben zu betrauen, die das Genossenschaftswesen stellt. Hinfällig ist auch der Einwand, dass durch das Eintreten der Parteipresse für die Genossenschaften den letzteren der parteipolitische Charakter als socialdemokratische Vereine ausdrücklich aufgedrückt werde, was die Gegner der Genossenschaften gewiss sehr gerne sehen würden. Wäre der Einwand zutreffend, so dürfte die Parteipresse von dem Augenblicke an, da auch die Gewerkschaften die Neutralität auf ihre Fahne schrieben, auch nicht mehr für die Gewerkschaften eintreten. Das hiesse aber nichts weiter, als der Scharfmacherlogik recht geben, die alles in Bausch und Bogen verurteilt, was nur irgend den Beifall der Socialdemokratie erweckt. Auch darin hegt kein Bedenken, dass, wenn die Parteipresse für die Genossenschaften positiv eintrete, die Partei auch die Verantwortung für alles, was in den Genossenschaften passiert, übernehme. Jetzt wird diese Verantwortung ganz ungerechtfertigterweise der Partei ohnehin schon aufgebürdet, bloss deshalb, weil die Mitglieder der Genossenschaften ihrer politischen Ueberzeugung nach Socialdemokraten sind. Beschäftigt sich aber die Parteipresse positiv fördernd, erzieherisch mit den Genossenschaften, dann hat sie die Möglichkeit, nach Kräften zu helfen, dass diese Verantwortung ihr sehr viel leichter werde.

Die Parteipresse ist nicht nur ein Organ der Partei, sie muss ein Organ der Gesamtarbeiterbewegung sein, ein Führer im ganzen Kampfe der Arbeiterklasse. Darum sucht sie ja auch nach Möglichkeit Kunst und Wissenschaft der Arbeiterklasse zu vermitteln, die sicher nicht unter den Begriff Partei oder auch Socialdemokratie rubriciert werden dürfen.

Warum daher noch zaudern? Der Kreuznacher Genossenschaftstag hat gezeigt, dass die industrielle Arbeiterschaft für mündig befunden worden ist, das Genossenschaftswesen aus eigener Kraft selbständig weiter zu entwickeln. Wohlan, möge die für die Arbeiterklasse so autoritätvolle Parteipresse ihr nun auf diesen Bahnen ein treuer Helfer und Berater sein!

Comtismus und Marxismus.

Von

Casimir von Kelles-Krauz.

(Wien.)

I.

Im Laufe einer Discussion, die in der Pariser Sociologischen Gesellschaft stattfand, wurde der ökonomische Materialismus, den ich darzulegen die Ehre hatte, von Herrn Dr. Delbet vom positivistischen Standpunct aus kritisiert. Trotz der so bekannten Höflichkeit meines geehrten Gegners war es klar, dass die Schüler Auguste Comtes diese neue marxistische Sociologie nicht gerade in ihr Herz geschlossen haben. Das mag im ersten Augenblick vielleicht befremdend wirken, darf aber bei näherem Zusehen niemand wunder nehmen. Sagt doch Auguste Comte mit seinem grossen Scharfblick selbst: „Man zerstört nur, was man ersetzt“. Nun, auf dem Siegeswege des Positivismus, auf seinem Eroberungszug in alle Gebiete des zeitgenössischen Denkens ist die marxistische Sociologie der erste und einzige Gegner, der die gleichen Waffen zu gebrauchen weiss, wie er, der sich auf dieselben Principien stützen kann und der denselben gebieterischen Bedürfnissen zu entsprechen weiss — freilich in vollkommenerer Weise. Als Erbe des Positivismus ist der Marxismus notwendigerweise sein Feind: wieder finden wir hier eine einfache Anwendung eines Comteschen Aphorismus, der gleichzeitig vollkommen dem revolutionären Geist der Hegelschen Dialektik entspricht.

Diese Feindschaft geht oft sehr weit. Ein hervorragender Schriftsteller der marxistischen Schule hat nicht Anstand genommen, Comte einen entarteten und reactionären Schüler des genialen Saint-Simon zu nennen, — ein Ausdruck, der einen starken Contrast bildet zu der tiefen Pietät, die die Marxisten jenem anderen Reactionär, Hegel, erweisen, über den sie sich begnügt haben hinwegzuschreiten, ohne ihn zu schmähen. Und doch, spielt nicht Comte in Frankreich in der philosophischen Restauration, die die Mitte des XIX. Jahrhunderts charakterisiert, eine Rolle, die derjenigen Hegels in Deutschland analog ist, und enthält seine Philosophie etwa weniger Elemente, die fähig wären, auf dialektischem Wege in revolutionäre umgewandelt zu werden? Gerade das ist es, was wir alsbald untersuchen wollen. Aber zu welchen Resultaten wir immer gelangen — eines steht fest: dass der Marxismus direct nichts dem Comtismus zu verdanken hat, da dieser in der Genealogie des Marxismus weder als Ganzes noch im einzelnen eine Rolle gespielt hat. Allerdings ist der Marxismus eine durchaus positive Sociologie, aber er hat den Positivismus und den historischen Realismus, diese dem statischen Rationalismus und der formalen politischen Begeisterung des XVIII. Jahrhunderts so entgegengesetzten Bestandteile, direct an der saint-simonistischen Quelle geschöpft, und er hat sie unabhängig, mit dem gleichen Recht, wie der Comtismus selbst, weiter entwickelt, wobei er aber zwei wichtige Elemente hinzufügte: den Monismus und die revolutionäre Dialektik. Beides absolut consequent: es war das Vermächtnis der Hegelschen Philosophie, die selbst wieder die Erbin und zugleich die Krone des gesamten deutschen Idealismus war. Der Marxismus ist also nicht der Sohn des Comtismus und hat sich nie als solchen betrachten wollen. Er vergass sogar, dass sie im Grunde genommen Brüder, d. h. Söhne eines Vaters, sind, wenn auch von verschiedenen Müttern und in verschiedenen Momenten der umgebenden Entwicklung geboren.

Die Marxisten hatten folglich in den Anhängern Comtes verwandte Elemente, von denen einige, die die extreme positivistische Linke analog der Hegelschen Linken bildeten, sich weiterhin sehr brüderlich dem Marxismus näherten. Guillaume de Greef, der Autor des *Transformisme social*, ist der bedeutendste und bekannteste unter ihnen; ich möchte einen anderen nennen, der es zu sein verdiente: Boleslaw Limanowski, den Nestor der polnischen Sociologie und gleichzeitig des polnischen Socialismus. Wenn diese Beispiele ziemlich selten sind, so deshalb, weil die Zahl derer, die sich noch Posivististen, Comtisten im vollen Umfang dieses Ausdrucks nennen, selbst nicht sehr gross ist; diese haben vielmehr eine Art orthodoxer Kirche gebildet, die einer Entwicklung sehr wenig fähig ist. Aber statt ihrer „wirkt noch und entwickelt sich die Comtesche Philosophie gerade bei denen, die sie bekämpfen“, wie Lévy-Bruhl so treffend sagt, und die allgemeine wissenschaftliche Atmosphäre, die sie geschaffen hat und „die man wie die Luft einatmet, ohne sie zu bemerken“, ist der Ausbildung und Verbreitung des ökonomischen Monismus und der materialistischen Geschichtsauffassung besonders günstig.

Einmal ist nämlich einer der wichtigsten Bestandteile dieser positiven Atmosphäre ein strenger socialer Determinismus und eine in jedem Punkte mit dem Marxismus übereinstimmende Auffassung der Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft und der Rolle der Individualitäten in dem Entwicklungsgange der Menschheit. Bekannt ist das Wort von Comte, dass man den Menschen durch die Menschheit und nicht die Menschheit durch den Menschen erklären müsse. Der individuelle Mensch ist für ihn eine Abstraction, denn alles, was im Menschen intellectuell und moralisch ist, kommt ihm von der Gesellschaft, da der sociale Zustand seit dem Ursprung — in der Familie — der natürliche Zustand des Menschen war. Wir sind nur Menschen durch unsere Anteilnahme an der Menschheit. In den Handlungen und Gedanken eines jeden drückt sich die Gesamtheit der Handlungen der Vergangenheit und der Gegenwart der uns umgebenden Gesellschaft aus. Die Wissenschaft selbst, diese Krönung der menschlichen Thätigkeit, ist ein Collectivwerk der Menschheit, die Frucht der Zusammenarbeit aller Menschen, des ganzen Volkes. Gegen die aristokratischen Rationalisten nimmt also Comte die schöne und fruchtbare Tradition Vicos wieder auf, der hier, wie von vielen anderen Gesichtspunkten aus, sein Vorgänger war¹⁾. Comtes „tiefe Identität der Gelehrten mit der thätigen Masse“ steht der „Entdeckung“ des neapolitanischen Philosophen gegenüber, dass der „wirkliche Homer“ das Volk ist. Durch seine herrliche Theorie von der Sprache und der Kunst, die er als das Werk und das untrennbare Eigentum des Volkes in seiner Ganzheit betrachtet, führt er ebenfalls das Werk des Schöpfers der *Scienza nuova* weiter; er vervollständigt und modernisiert es durch die Forderung und Prophezeiung einer demokratischen Kunst, die sich dem socialen Leben nähert, und er bietet auf diese Weise dem ökonomischen Monismus eine kostbare Quelle von Argumenten gegen diejenigen, die den einheitlichen und collectiven Charakter der socialen Evolution zu zerstören suchen, indem sie die Rolle der individuellen „Erfindung“, man sagt sogar Laune, auf diesen von monistischem Standpunct aus erst wenig untersuchten und darum hierzu geeignetsten Gebieten übertreiben und das Individuum hier von jedem Gesetz befreien wollen. Diese Rolle der

¹⁾ Ueber Vico vergl. George Sorel: Was man von Vico lernt. Socialistische Monatshefte, 1898, pag. 270 ff.

individuellen Thätigkeit konnte aber Comte, der nicht mehr den Glauben Vicos an die führende Vorsehung der Menschheit hatte, ins Auge fassen, und er definierte sie ganz so, wie die Marxisten sie definieren, indem er sagte, dass sie sich nur im Sinne des „Fortschritts“, der gesamten Evolution der Gesellschaft erfolgreich bethätigen kann; dass die grossen Persönlichkeiten die Führer der Gesellschaft nur zu sein scheinen, dass sie in Wirklichkeit nur als die ersten jeder collectiven Evolution unterworfen sind, die unmerklich jedes neue Problem herbeiführt, es aber vor das Bewusstsein der Menschen erst in dem Augenblicke deutlich stellt, wo die Elemente und der Sinn der Lösung schon gleichfalls gegeben sind, und dass im allgemeinen „der Mensch vom statischen Standpunct aus nur die Intensität und vom dynamischen Standpunct aus nur die Schnelligkeit der socialen Phänomene ändern kann“. Aber indem er so die Tragweite und die Möglichkeit der individuellen Thätigkeit begrenzte, wollte Comte sie doch keineswegs leugnen; im Gegenteil, er hat mit gleicher Kraft die beiden Seiten jenes von uns oben eingeführten Grundsatzes behauptet, nämlich, dass der Gang der Gesellschaft sich in den und durch die Individuen ausdrückt. Das Individuum ist nur der Kreuzungspunct der socialen Kräfte, aber die socialen Kräfte können nur auf die und in den Individuen wirken, wo sie auf die Resultanten anderer socialer Kräfte stossen. Wenn die gesamte Weltordnung, gemäss der Auffassung des Naturgesetzes bei Comte, eine „modificierbare Fatalität“ ist, muss und kann auch die Gesellschaft, die zusammengesetzter und folglich weniger vollkommen ist, modificiert werden und kann es nur durch die Thätigkeit der Individuen. Daraus resultiert eine sehr solide, sehr affirmative und sehr idealistische Moral, die den Indeterminismus perhorresciert, aber auch den Fatalismus und Quietismus, die die Egoisten, die „Mistproducenten“ in demselben Grade verachtet, wie es die romantischen Invocationen der Ode an die Jugend des Idealisten Mickiewicz thun, eine Moral, die den Menschen zu der „sublimen Inversion“ des Opfers seines ganzen Lebens für die kommenden Generationen führt, eine Moral, die ebenso schön wie sicher ist, ebenso wissenschaftlich wie poetisch, wie die des Stoicismus und des Socialismus, zweier anderen realistischen Lehren, die dem Anschein nach trocken und verzweifelt sind. Wenn man die Apologien der materialistischen Geschichtsauffassung liest, wie sie erst von Engels und dann von den Schülern Marx' geschrieben wurden, die niemals unter dem directen Einfluss Comtes standen, wie Mehring und ganz speciell Kautsky, so findet man, was den sogenannten Fatalismus, Antiindividualismus und die Amoralität oder Immoralität der Theorie anlangt, Gedanken, die mit denen Auguste Comtes absolut identisch sind.

Diese Aehnlichkeit besteht übrigens nicht nur zwischen Comtismus und Marxismus. Gewiss, zwischen diesen beiden Theorien giebt es in diesem Puncte nicht nur eine allgemeine Analogie, sondern fast eine Identität, die sich bis auf die Terminologie erstreckt; aber die Idee des socialen Determinismus, der Subordination der individuellen Handlungen unter die collectiven Gesetze, und selbst der Gedanke einer persönlichen und idealistischen Moral, die weit davon entfernt, von diesem Determinismus ausgeschlossen zu sein, gerade von ihm bedingt wird, ist heute nicht nur fast einstimmig von allen Sociologen, sondern auch von einer grossen Anzahl von Geschichtsschreibern angenommen. Unter den letzteren bleiben ihnen allerdings noch viele abgeneigt. Selbst wenn sie von wissenschaftlichem und positivem Geiste erfüllt sind, scheinen sie sonderbarerweise zu glauben, dass dieser Geist darin bestehe, die Verallgemeinerungen zu fürchten, sich an die

Einzelheiten zu hängen und die Existenz der historischen Gesetze zu leugnen. Hat doch ein bedeutender Historiker²⁾, der von „liberalem, weltlichem, demokratischem und westlichem“ Geist erfüllt ist, vor einiger Zeit eine Geschichte des zeitgenössischen Europa mit folgender erstaunlichen Wendung geschlossen: „Die Revolution von 1830 war das Werk einer Gruppe unbekannter Republicaner, denen die Unerfahrenheit Charles' X. zu gute kam; die Revolution von 1848 war das Werk einiger demokratischer und socialistischer Agitatoren, denen die plötzliche Mutlosigkeit Louis Philippes half; der Krieg von 1870 war das persönliche Werk Bismarcks, vorbereitet durch die persönliche Politik Napoléons III. In diesen drei unvorhergesehenen Fällen sieht man keine einzige allgemeine Ursache in dem intellectuellen, politischen und ökonomischen Zustande des europäischen Continents. Es sind drei Zufälle, die die politische Evolution des zeitgenössischen Europa bestimmt haben.“

Diese Aversion gegen die Verallgemeinerungen, diese Uebertreibung der Rolle der Individualitäten sind selber kein persönlicher Zufall; sie sind nur das Resultat der instinctiven Furcht, am Ende der Verallgemeinerungen, auf dem Grunde der Gesetze die dominierende Richtung eines Factors zu finden, dessen Thätigkeit unaufhaltsam einer revolutionären Zukunft zustrebt; sie sind speciell gegen den marxistischen Oekonomismus und die materialistische Geschichtsauffassung gerichtet. So bildet denn auch in dem Kampf gegen den historischen Indeterminismus nicht mehr der Comtismus, sondern der Marxismus die Avantgarde, und so ist er, wie wir sehen werden, sogar manchmal gezwungen, den Positivismus und seine Anhänger zur Ordnung zu rufen, ihnen den entschiedenen und vollständigen Respect vor dem deterministischen Princip einzuschärfen und gegen die fast fatale, diesem Princip widersprechende Tendenz zu reagieren, die darin besteht, den Schwerpunkt in die intellectuellen Gipfel der Gesellschaft, in die Männer der Vorsehung, zu legen.

Um uns von diesem allgemeinen Widerspruch des Comtismus zu überzeugen, wollen wir uns einer Analogie zuwenden zwischen ökonomischem Monismus und Comtismus, die noch enger und specieller ist, als die vorher angedeutete: wir meinen die Classificierung der socialen Phänomene in eine gewisse Anzahl sozusagen über einander liegender Schichten nach dem Grade ihrer abnehmenden Allgemeinheit und wachsenden Complicirtheit. Es ist allerdings richtig, und wir wollen es gleich betonen, dass bei Comte diese Classificierung streng und vollständig nur auf eine gewisse Kategorie socialer Phänomene angewandt wird: die Wissenschaften; während im Schosse der socialistischen Schule, nach Friedrich Engels, der als erster und völlig unabhängig von Comte eine Reihe socialer Phänomene skizziert hat, deren Glieder sich durch die Ordnung ihrer Folge bedingen, ein systematisierender Gelehrter, der von der äussersten positivistischen Linken kam, G. de Greef, diese Reihe entwickelt und präcisirt hat, indem er deutlich und in eigenen Worten dieses Comtesche Kriterium der abnehmenden Allgemeinheit und wachsenden Complicirtheit angenommen hat, um daraus die successive Bestimmung des höheren Phänomens durch das niedrigere in folgender Reihe abzuleiten: ökonomische Phänomene, genetische, künstlerische, intellectuelle, moralische, juridische, politische. Die Ordnung der Glieder der Reihe vom ökonomischen ab ist nicht wesentlich, und die von de Greef aufgestellte muss nicht notwendig von allen Marxisten an-

²⁾ Es ist Professor Seignobos.

genommen werden; ich selbst habe eine andere vorgeschlagen.³⁾ Was uns hier interessiert und was in die Augen fällt, ist, dass es eine directe Analogie zwischen der comtistischen und marxistischen Auffassung giebt; de Greef konnte leicht von der einen zur anderen übergehen, und während er so die positivistische Idee erweiterte, glaubte er ihr nicht untreu zu werden, und zwar mit Recht. Der Charakter der Allgemeinheit, der der Classification der Wissenschaften als Basis dient, ist ja bei Comte nicht rein logisch, sondern er lässt sich auf den der Abhängigkeit zurückführen: jede Wissenschaft kann sich nur entwickeln und in „positivem Zustande“ d. h. als Wissenschaft nur erscheinen, insoweit und in dem Momente, wo der Entwicklungszustand der vorhergehenden Wissenschaft, die allgemeiner und weniger compliciert ist, es gestattet und verlangt. Andererseits hat Comte selbst von demselben Standpunct aus auch andere sociale Phänomene, als wissenschaftliche, und sogar im allgemeinen alle kosmischen Phänomene betrachtet, unter denen die zartesten, d. h. die compliciertesten, bei ihm ihrer Existenzbedingung nach den gröberen, was einfach sagen will: den allgemeineren, untergeordnet sind. Es ist wahr, dass, wenn es sich um die intellectuellen Phänomene der Menschheit handelt, er sie unserm „Organismus“ (organisation) und unserer „Lage“ (situation) unterordnet, d. h. einerseits direct den biologischen Phänomenen und andererseits der Phase der Entwicklung der Wissenschaften, die wir durchmachen, und der Gesamtheit der Civilisation, die davon abhängt; wie die Philosophen des XVIII. Jahrhunderts, giebt sich der Gründer des Positivismus von der grundlegenden Rolle der Werkzeuge noch keine Rechenschaft, die sich zwischen das biologische Milieu und den Menschen schieben und zum Krystallisationspunct der ganzen Civilisation werden. Aber trotzdem spricht Comte an einigen Stellen von dem engen Zusammenhange zwischen der Wissenschaft, selbst der höchsten, und den wesentlichen Bedürfnissen des menschlichen Lebens. Gegner des ökonomischen Materialismus berufen sich, als letztes Argument, um ihn auf der That zu ertappen und um die „edle Unabhängigkeit“ der intellectuellen Thätigkeit des Menschen vor seinen „brutalen Angriffen“ zu schützen, auf die angeborene, natürliche, dem Menschen eigene Neugier, auf die Keime nichtökonomischer, nichtproductiver Beziehungen, die zwischen Mensch und Natur seit den ersten Anfängen der Menschheit bestehen mussten. Comte hält diese „angeborene Neugier“ für eine unserer secundären und posterioren Neigungen, die in der ersten Bildung der Ansätze der Wissenschaft nur eine unbedeutende Rolle spielen konnte gegenüber den utilitarischen Functionen der Jagd, des Krieges, im allgemeinen: gegenüber „dem fundamentalen Wunsche, dem Leiden und dem Tode zu entgehen“, was, wie man leicht erkennen wird, absolut dasselbe ist, wie die „Lebensfürsorge“ Lipperts und die Production von Gebrauchswerten der Marxisten. In den besonderen Fällen weiss auch Comte ganz genau, dass die Mathematik z. B. aus der Kunst, zu messen, geboren ist, die ihre erste wichtige Anwendung in der Abgrenzung der Felder gefunden hat; er begreift — wenn er es auch nicht gerade in denselben Worten sagt —, dass die Alchymie ein erster Versuch war, um eine Wissenschaft zu gründen, die auf die Production angewandt und bestimmt sein sollte, neue ökonomische Bedürfnisse, die entstanden waren, zu befriedigen. Und im allgemeinen, weit entfernt davon, an die olympische Unempfindlichkeit der Wissenschaft zu glauben, sah Comte sie immer gegen die

³⁾ Oekonomie; Moral und Recht: des Eigentums, der Familie, der Macht; Wissenschaft, Kunst, Philosophie, Religion. Vergl. meinen Vortrag auf dem 4. internationalen Sociologengrass. Die Neue Zeit, 1900—1901, II. Bd., pag. 654.

Notwendigkeiten des menschlichen Lebens convergierend und setzte ihren Ursprung stets in eine correspondierende Kunst. Freilich versichert Comte gleichzeitig, dass die Wissenschaft, obwohl sie in ihrem Ursprung und in ihrem Ziel utilitarisch ist, sich doch nur entwickeln kann, wenn sie so vollständig als möglich diesen utilitarischen Ursprung und dieses utilitarische Ziel vergisst, indem sie „reine“ Wissenschaft wird und Zweck an und für sich; und er giebt das frappante Beispiel, dass es ohne die höchsten und interesselosesten Speculationen der Geometer in der kosmischen Mechanik unmöglich wäre, die Schiffe im offenen Meere zu lenken. Man könnte nun diesen Gedanken für dem ökonomischen Materialismus entgegengesetzt oder fremd nur mangels einer Kenntnis der Schriften halten, die ihn unparteiisch auseinandersetzen. Schon Engels aussert sich über diese notwendige Unabhängigkeit, die die Wissenschaft erreicht. J. K. Potocki, ein polnischer Sociologe, der unter dem starken Einfluss des Marxismus stand, hat, indem er die Ideen Spencers mit denen von Guyau vereinigte, eine ästhetische Theorie formuliert, die durchaus von demselben Geist durchsetzt ist. Seiner Ansicht nach ist der Ursprung und die Tendenz der Kunst immer utilitarisch und social, aber diese beginnt in Wahrheit immer erst in dem Augenblick, wo das Bewusstsein jedes bestimmten utilitarischen Elementes sich verflüchtigt hat, wo die Kunst Selbstzweck wird.

Im allgemeinen zählt der ökonomische Materialismus unter seine wichtigsten Sätze den auf, dass die socialwissenschaftliche, künstlerische, juridische, politische u.s.w. „Form“, die in ihrer Production durch den socialen, in letzter Reihe ökonomischen „Inhalt“ bestimmt ist, einmal hervorgebracht, eine gewisse Unabhängigkeit erreicht, die um so grösser ist, je mehr die Form, um die es sich handelt, von der Basis entfernt und folglich je indirecter sie durch diese bestimmt ist, d. h. je grösser die Anzahl der Zwischenglieder ist, durch die sie bestimmt wird. Dank dieser erworbenen Unabhängigkeit widersteht der sociale Ueberbau zeitweilig den Umformungen der Basis und reagiert, wie entfernt und scheinbar indifferent er auch sei, auf die Phänomene der Basis. Wenn nach Comte die Sociologie, die höchste der Wissenschaften, erst an einem gewissen, genügend vorgeschrittenen Punkt der Entwicklung der Biologie auftreten konnte, wobei aber die nun gegründete Sociologie die Biologie vollendet und allein vollenden kann, glaubt die marxistische Sociologie, dass die ökonomische Entwicklung die politischen und juridischen Formen bedingt, dass aber, wenn die Entstehung eines neuen Rechts durch den Productionszustand einmal genügend vorbereitet ist, einzig die Proclamierung und Systematisierung dieses neuen Rechts die weitere ökonomische Evolution bewirken kann. Man sieht also — und es genügt, unter den Neueren Labriola und Abramowski eingehender zu lesen, auch schon, das alte Elend der Philosophie von Marx aufmerksam zu studieren, um sich davon zu überzeugen —, dass die Marxisten die Einheit der socialen Evolution und des socialen Lebens und die wechselweise Abhängigkeit aller Classen der socialen Phänomene voneinander anerkennen und behaupten mit einer Kraft und Deutlichkeit, die der Comtes zum mindesten gleichkommt, wenn sie nicht grösser ist, da ja Comte dachte, dass der beherrschende Factor, d. h. die intellectuelle Evolution, im Grunde genommen, eigentlich auch ohne all die anderen verständlich wäre und die allgemeinsten Phänomene alle anderen beeinflussen, ohne ihrerseits von ihnen beeinflusst zu werden. Die Marxisten, und zwar seit Marx selbst, behaupten den intimen Zusammenhang der Gesellschaft, aber sie führen ihren Monismus bis zu einer

Consequenz, die sie gerade charakterisiert und von den Positivisten und allen anderen Sociologen unterscheidet, indem sie auch die Einheit des allgemeinen Motors der Gesellschaft behaupten, d. h. die dominierende Richtung, die die sociale Evolution von der der Productionsmittel und Productionsarten erhält und auf die sich in letzter Reihe alle socialen Bewegungen zurückführen lassen. Und wenn die Positivisten dem entgegenhalten, dass von je einer Stufe der Phänomene zur folgenden eine „Bereicherung des Reellen“ stattfindet, die eigene Gesetze verlangt, dass die Unterschiede zwischen den verschiedenen Stufen der Phänomene qualitativer Art sind und dass die qualitativen Unterschiede, entgegen der Meinung der Hegelianer, sich nicht in Quantitative zerlegen lassen, dass man also nicht die höheren Phänomene auf die niedrigeren zurückführen (réduire), sondern höchstens die einen durch die anderen ausdrücken (traduire) kann, dass der ökonomische Monismus in den groben Fehler des vulgären Materialismus verfällt, der die intellectuellen Functionen durch die „körperlichen“ erklären wollte, — so antworten wir, ohne im mindesten die Legitimität und Nützlichkeit der speciellen und besonderen Gesetze für jede Stufe der Phänomene zu leugnen und ohne in diesem Augenblick in den Kampf, der sich um die hohe und abstracte Frage der Hegelschen Dialektik dreht, einzugreifen, ja, ohne uns sogar um den Vorwurf, der dem psychologischen Materialismus gemacht wird, zu kümmern, wir antworten, dass es sich hierbei um all das nicht handelt, da alle socialen Phänomene, seien sie nun ökonomisch oder philosophisch oder künstlerisch, gleichartig psychischer Natur sind, dass sie sich also auf einander zurückführen lassen und dass überdies in der Praxis der sociologischen Untersuchungen den politischen oder religiösen Ueberbau auf die ökonomische Basis zurückführen oder eine ökonomische Innovation durch eine Innovation im Ueberbau ausdrücken genau dasselbe bedeutet.

So hat denn auch Auguste Comte oft in der Praxis, was die Rolle des ökonomischen Factors wie die concrete Dialektik der socialen Evolution anlangt, Ideen geäußert, die vollständig mit denen der Marxisten übereinstimmen. Wenn er z. B. die grosse sociale Evolution, die die moderne Gesellschaft vorbereitet hat, die Zersetzung der mittelalterlichen Ordnung, darstellt, so sieht er wohl als Schüler von Saint-Simon, der er ja war, dass diese Zersetzung von der ökonomischen Seite begann, und er sagt, dass die ökonomische Evolution der ästhetischen und wissenschaftlichen notwendigerweise vorausgeht, dass die Basis der Organisation der modernen Gesellschaft ökonomisch war und dass sie die hauptsächlichliche Charakteristik bildet, durch die sich diese Gesellschaft von anderen unterscheidet. Er sagt, dass die kritischen Theorien erst auftauchen können, wenn die thatsächliche Zersetzung schon bis zu einem gewissen Punkte vorgeschritten ist und dass im allgemeinen die Theorien erst entstehen und vor allem sich erst manifestieren und Einfluss haben können, wenn ein günstiger socialer Boden hierzu vorhanden ist. Er begreift, dass diese Theorien, z. B. die vom absoluten individuellen Recht, ihren Existenzgrund darin haben, den Elementen, die unter dem Drucke der ökonomischen Bedingungen nach der Zersetzung der alten Ordnung der Dinge streben, als Waffen zu dienen, — d. h. er erkennt fast ihren Classencharakter — und dass sie, diese Phase der Evolution einmal überschritten, notwendig verschwinden müssen. Sie leisten nichtsdestoweniger Widerstand, und nicht nur die Theorien, sondern auch die Institutionen, die socialen Mächte, tendieren im allgemeinen dahin, weiter zu bestehen „über die Function hinaus, die der

allgemeine Gang des menschlichen Geistes ihnen bestimmt hatte“; die Marxisten sagen: sie tendieren dahin, über ihre sociale Nützlichkeit und über ihre Conformität mit der ökonomischen Basis hinaus zu bestehen, d. h. sich zu überleben. Sie machen so Revolutionen notwendig. Comte giebt im allgemeinen die Notwendigkeit und Legitimität der Revolutionen zu. Freilich ist er Realist; er weiss dank dem Princip „der Existenzbedingungen“, dass alles, was unerlässlich ist, auch unvermeidlich ist und dass alles, was geschieht, was existiert, da es nicht vermieden wurde, auch unerlässlich war. — eine Idee, die bei Comte dem Hegelschen „Alles was ist, ist vernünftig“ entspricht. Für Comte aber resultiert die definitive Vollkommenheit nicht ganz aus der Existenz, und er will nicht, dass man „den wissenschaftlichen Begriff eines natürlich gewordenen Zustandes mit der systematischen Apologie jeder bestehenden Ordnung“ verwechsle. Im Gegenteil, er sieht „die concrete Dialektik der intellectuellen Geschichte der Menschheit“ darin, dass jedes der Stadien, die sie durchgemacht, bevor sie das reine positive Stadium erreicht (denn dieses bildet eine Ausnahme), das primitive theologische Stadium ebenso gut wie die metaphysischen Zwischenstadien, schon in sich selbst den Keim seiner eigenen Zersetzung trägt: einen inneren Widerspruch, den das wesentliche Bedürfnis des Menschen nach Einheit, sein fortwährendes Streben nach der „vollkommenen logischen Cohärenz“, die herrschende Triebfeder dieses Processes, nicht dulden kann und der zeitweilig von der kommenden Phase aufgehoben wird. Er weiss, kurz ausgedrückt, „dass die Gegenwart voll ist der Vergangenheit und schwanger der Zukunft“ und dass es folglich nur relative, provisorische Wahrheiten giebt, die langsam durch einen continuierlichen Process von Substitutionen ihres Sinnes, von „Transpositionen“, durch den Verfall, in den der alte Sinn geräth, in Bezug auf die allgemeinen Bedingungen der umgebenden Gesellschaft aufhören, Wahrheiten zu sein, und durch andere Wahrheiten, die auf dem Wege des Werdens sind, ersetzt werden. Das alles erinnert in einer geradezu frappierenden Weise an die Begriffe und sogar an die Ausdrucksweise, die die Hegelsche Philosophie Marx und Engels eingab und die dann speciell von Kautsky entwickelt und präcisirt wurden.

Dieser Charakter einer tiefen und eingehenden Dialektik, der dem Positivismus und dem ökonomischen Materialismus gemein ist, war auch der Grund, dass sie beide von seiten der Kantianer den gleichen Vorwurf erfuhren, nämlich, dass es ihnen an einer Erkenntnistheorie fehle, dass sie das kritische Problem der Beziehungen zwischen Object und Subject vernachlässigen oder sogar ignorieren. Und auf diesen Vorwurf antwortet jede der beiden in Frage stehenden Theorien fast identisch mit einem stolzen *αὐταρξούμεν* — wir genügen uns selbst. Lévy-Bruhl hat z. B., was den Positivismus anlangt, sehr klar gezeigt, wie ungerechtfertigt dieser Vorwurf ist und wie dieser den wesentlichen Geist der Philosophie Auguste Comtes verkennt. Die Unmöglichkeit, dem wissenden Subject, dem intuitiven Ich, irgend welche, selbst die elementarsten, Eigenschaften zuzuschreiben, durch die wir es von dem zu erkennenden Object unterscheiden könnten, die Thatsache, dass es unserer Fähigkeit, zu beobachten und zu bestimmen, absolut entzogen ist, ist bei Comte mit Argumenten bewiesen, die man genau so bei einem jungen marxistischen Philosophen, Eduard Abramowski, wiederfindet, der doch meines Wissens sehr wenig unter dem directen Einfluss der positivistischen Philosophie stand.⁴⁾ Auch ist die Relativität der Wissenschaft bei Comte nicht, wie bei

⁴⁾ Vgl. E. Abramowski: *Bases psychologiques de la sociologie*. Paris, 1897.

Kant und seinen Schülern, auf der Anerkennung eines Dinges an sich, eines „Unkennbaren“, begründet, auf logischen, apriorischen und unveränderlichen Grenzen der menschlichen Erkenntnis. Im Gegenteil, Comte ist überzeugt, dass wir alles wissen können, was wir wirklich zu wissen brauchen, und dass ausserhalb unserer Möglichkeit, zu wissen, nur Dinge bleiben, die für uns absolut kein Interesse haben, Probleme, die in Wirklichkeit nicht existieren. Denn auf dem Grunde eines jeden Problems, das sich uns bietet, ist notwendigerweise etwas, das auf irgend eine Art unsere Existenz beeinflusst, und einzig durch diesen Einfluss erwirbt dieses Ding für uns Existenz. Wir kennen also das Object ganz, je nachdem es sich uns enthüllt, und die Art selbst, wie wir es erkennen, ist durch die Ordnung seiner Erscheinung in den Grenzen unserer Existenz bestimmt und kann nur durch die intellectuelle, objective Geschichte der Menschheit, dieses concrete „universelle Subject“, und nicht durch die illusorische Introspection des abstracten Subjects beobachtet und ausgelöst werden. Man ist nun erstaunt zu sehen, wie Professor Labriola, dieser Marxist, der Auguste Comte so hart behandelt hat, indem er Marx und Engels gegen denselben Vorwurf verteidigt, der ihnen von jenen gemacht wurde, die die „Krisis des Marxismus“ und die „Rückkehr zu Kant“ predigen, sich auf denselben Standpunkt stellt und fast dieselben Ausdrücke gebraucht: „Alles Erkennbare kann erkannt werden, und alles Erkennbare wird, in unendlicher Zeit, erkannt werden, und das im Gebiete der Erkenntnis über das Erkennbare Hinausragende interessiert uns gar nicht... Wir wissen nach und nach, was uns nötig ist zu wissen... Das Wissen ist uns nötig, insoweit es uns gegeben ist, wirklich zu wissen, und es ist reine Einbildung, anzunehmen, dass der Geist eine absolute Verschiedenheit zwischen dem Erkennbaren und dem an sich Unerkennbaren, also ein Unerkennbares, das ich als unerkenntbar bezeichne, als wirklich existierend anerkenne.“⁵⁾ Plechanow bedient sich analoger Argumente gegen den socialistischen Neukantianer Conrad Schmidt. Labriola charakterisiert tief und glücklich „die Philosophie, die der ökonomische Materialismus enthält“, diese Philosophie der Praxis, als Tendenz zum Monismus, — „wobei das Wort Tendenz die Anpassung des Geistes an die Ueberzeugung ausdrückt, dass alles begreifbar ist als Genesis, noch mehr, dass das Begreifbare nur Genesis ist und dass die Genesis die approximativen Kennzeichen der Continuität hat.“ Es ist klar, dass diese „genetische Methode, die den Dingen inhärent“ ist, bei dem Schüler von Marx viel kühner und consequenter ist, als bei Comte. Man fühlt den Einfluss der Hegelschen Philosophie, die „auf die Füße gestellt wird“; nichtsdestoweniger ist, im Grunde genommen, der dialektische Geist bei dem einen und dem andern identisch, und ich wiederhole es, die Uebereinstimmung in einer solchen Frage ist ausserordentlich frappant.

Aber hier hört schon die Uebereinstimmung auf, die Tendenz zum Monismus versagt bei Comte, und zwar — weil der dialektische Motor plötzlich aufgehalten wird.

II.

Wir wollen jetzt die Reihe der Widersprüche bei Comte an uns vorbeiziehen lassen, die bei ihm in Bezug auf die Rolle des intellectuellen Factors entstehen, — Widersprüche, die ihrer Form und ihrer Natur nach denen analog sind, die wir schon bei einer anderen Gelegenheit in Bezug auf das Problem der Erfindungen und Innovationen bei einem anderen Begründer einer Schule, bei einem idea-

⁵⁾ Vergl. A. Labriola: *Socialisme et philosophie*. Paris, 1900.

listischen, durchdringenden und originalen Denker, Gabriel Tarde, aufgedeckt haben.⁶⁾ Wir haben gesehen, dass die ökonomische Evolution der wissenschaftlichen und künstlerischen vorauszugehen hatte, folglich also auch der Evolution der Institutionen, da andererseits, nach Comte, die Politik auf der Moral beruht und diese wieder auf der Philosophie. Aber da erklärt er uns an anderen Stellen, an denen er sich eingehender mit den Principien befasst, dass die Institutionen von den Sitten und die Sitten ihrerseits vom Glauben (les croyances) abhängen; dass die Lösung der socialen Frage die vorhergehende Einsetzung einer neuen Philosophie voraussetzt und dass es im allgemeinen die Evolution der Intelligenz sei, die den „führenden Faden“ der Philosophie der Geschichte darbietet, den wichtigsten Factor, von dem alle anderen abhängen, und der selbst, im Grunde genommen, auch ohne alle die anderen verständlich wäre. Jeder, der Comte kennt, weiss, wie scharfsinnig seine Ideen über den Ursprung der Menschheit sind, ebenso die über den anfänglichen Zusammenhang zwischen der Befriedigung der Lebensbedürfnisse und der Wissenschaft, über die natürliche Entstehung der Sprache. Comte beschäftigt sich, wie die Nachfolger von Marx, mit der grossen Frage des Ueberganges von der Tierheit zur Menschheit. Indem er bemerkt, dass die höheren Organismen im allgemeinen besser den Veränderungen der äusseren Bedingungen widerstehen können, und zwar die Menschen unvergleichlich besser als die Tiere; indem er die ungeheure und plötzliche „Bereicherung des Reellen“ constatiert oder, wie Weisengrün⁷⁾ es ausdrückt: die plötzliche und in ihrer Art einzige Umwandlung von quantitativen Differenzen in qualitative, die beim Uebergang vom animalischen Zustand zur Menschheit vor sich geht; indem er sich die fundamentale Frage stellt: warum entspricht einem so wenig wichtigen Unterschied in den Organen ein so wichtiger Unterschied in den Functionen? — gerät Comte auf eine Gedankenreihe, die später Plechanow⁸⁾ verfolgt und durch die er zu einer ebenso eleganten, als tiefen, wenn auch einfachen Lösung des Problems kommt, nämlich die Productions- (und Verteidigungs-) Werkzeuge als künstliche Verlängerungen der natürlichen Organe zu betrachten, als eine wunderbar plastische und der Vervollkommnung fähige Schale, die den menschlichen Organismus gegen die Einwirkungen der natürlichen Umgebung schützt, diese Umgebung gewissermassen ändert und umgestaltet, damit sie für den Menschen passe, was ihn von nun an fast gänzlich davon befreit, sich biologisch verändern zu müssen, um sich an die Umgebung anzupassen. Wir müssen sagen, dass Comte dieser Lösung sehr nahe war, indem er — wenn auch in einer ganz anderen Ideenfolge und zu einem anderen Zwecke — das andeutete, was wir als das specifische Merkmal der menschlichen Art betrachten: den socialen Charakter der Werkzeuge. Wenn er diese Linie weiter verfolgt hätte, diese Lösung als Grundlage der Sociologie angenommen hätte, dann würden seine Ideen über den ausschlaggebenden Charakter, den die intellectuellen und moralischen Functionen speciell in der Menschheit erwerben, indem sie sich von der Oberherrschaft der animalischen und organischen Functionen befreien, nicht in Widerspruch zum monistischen Determinismus stehen, sie wären in dieser Hinsicht, wie in Betreff der Dialektik, mit jener Idee Marx' analog, die vor allem von Engels entwickelt

⁶⁾ Vergl. *Annales de l'Institut international de sociologie*; II. Bd., pag. 327–328.

⁷⁾ Vergl. Dr. Paul Weisengrün: *Die Entwicklungsgesetze der Menschheit*. Leipzig, 1888.

⁸⁾ Vergl. G. Plechanow: *Beiträge zur Geschichte des Materialismus*. Stuttgart, 1896.

und von allen marxistischen „Materialisten“ angenommen wurde, nämlich: dass in Zukunft, wenn die bewusste Herrschaft der Gesellschaft über ihre Productivkräfte definitiv gesichert sei, auch die „Vorgeschichte der Menschheit“ beendet sein werde, weil dann der Mensch, vom Joch der Sachen befreit, gewissermassen „aus dem Reich der Notwendigkeit in das der Freiheit“ übergehen wird. Aber hier, an der Basis selbst, geht eben die Philosophie August Comtes von dem wirklichen, positivistischen Weg ab und stellt sich gewissermassen auf den Kopf: der bestimmende Schritt über den Animalismus hinaus wurde nicht an dem Tage gemacht, wo die ersten Werkzeuge social verfertigt wurden, sondern an dem Tage, wo die Intelligenz des Menschen vom Fetischismus zur Sternanbetung überging! Für uns ist es die Schöpfung der ersten Werkzeuge, die den Menschen wirklich ausserhalb und über das ganze Tierreich stellte, für Comte ist es die erste „grosse Schöpfung der Götter“. Und folglich ist die Religion die wesentliche Basis jeder menschlichen Gesellschaft; und der ganze Cyclus der Geschichte der Menschheit bewegt sich nicht zwischen dem primitiven Communismus und dem grossen Communismus der Zukunft, die Organisationsarten der Production sind, sondern zwischen der ursprünglichen, natürlichen und der definitiven, bewiesenen Religion.

Definitiven — hierin liegt das ganze Geheimnis der Widersprüche, und wieder sehen wir hier eine fundamentale Aehnlichkeit, die Comte mit Hegel hat. Für jeden der beiden grossen Denker war etwas Definitives notwendig, für beide musste die Dialektik der Geschichte, nur auf die Vergangenheit anwendbar, an einem bestimmten Punkte, den sie als den Gipfel des Aufstiegs betrachteten, stehen bleiben; für den einen war es die preussische Monarchie, die durch Hegel motivirt wurde, für den anderen die positive Religion, die durch Comte bewiesen wurde. Comte, dieser unbarmherzige Kritiker der vergangenen Theorien, der die Legitimität der Revolutionen anerkannte, zögert nicht, so klar als nur irgend möglich zu erklären, dass, ist einmal die Gesellschaft durch die positive Religion organisiert, diese Organisation und diese Religion nicht mehr in Frage gestellt werden dürfen. Zweifelsohne werden sie erst nach einer freien Prüfung und einer vertieften Discussion, auf Grund der Einwilligung aller, eingeführt werden; dann aber kann diese Einwilligung nie mehr zurückgezogen werden. Und des weiteren: diese vorhergehende Prüfung selbst kann nicht von dem ganzen Volk gemacht werden, sondern nur durch die competenten Männer, denen die anderen ihr souveränes Prüfungsrecht freiwillig, von ihrer eigenen Incompetenz überzeugt, übertragen. Man muss durch den Positivismus durchaus die „ätzende Discussion“, die fortwährende Revolte der individuellen Vernunft, die schon so viele sociale Systeme zerstört hat, verhindern. Die Regierung, die über die Seelen zu wachen hat, wie über die materiellen Interessen der Mitglieder der Gesellschaft, hat für die Erhaltung der Ordnung Sorge zu tragen, damit es, ist die Harmonie einmal gesichert, keine inneren Kämpfe mehr giebt.

Diese Organisationspflicht will Comte schon in der Gegenwart auch der Regierung auflegen. Er wendet sich mit aller Wucht gegen die Bourgeois-ökonomien, die den Leiden des Volkes nur die „unbarmherzige Pedanterie“ ihres so offenbar interessierten Dogmas der Nichtintervention entgegenzusetzen wissen. Hierdurch, durch seine ganze Abneigung gegen die Plutokratie und den anarchischen Zustand, in dem sich die heutige Gesellschaft befindet, nähert er sich dem Socialismus, und wer weiss, ob nicht vielleicht heute, wo der Socialismus seit langem die Idee fallen gelassen hat, dass eine Revolution in einem

M o m e n t die Herrschaft des Eigentums und alle socialen Bedingungen, die davon abhängen, ändern könne, — eine Idee, gegen die Comte im Namen der positiven Denkungsart sich wehrte, — ob er nicht heute vielleicht wenigstens ein Socialist „neuer Methode“ werden würde, wie so viele andere, die von seinem Geiste erfüllt waren!... Jedenfalls muss er allen Socialisten sympathisch und ehrwürdig sein wegen der Scharfsicht, mit der er die Seele der das Proletariat ausbeutenden Bourgeoisie blossgelegt hat und mit der er sogar ihren Abfall vom Voltairianismus und ihre Versöhnung mit dem katholischen Dogma prophezeite, „diesem wirklichen Fundament der von ihr verteidigten socialen Ordnung“.

Aber dennoch trennen grosse Unterschiede Comte vom Socialismus. In den Gedanken Bonalds und de Maistres aufgewachsen, führte er nicht, wie Saint-Simon, die Reaction gegen die Unzulänglichkeit und Unvollkommenheit der bürgerlichen desorganisierenden und formalen Revolution so weit, dass er sie durch ihre organisatorischen und positiven Consequenzen ergänzen wollte, sondern er begnügte sich damit, der bürgerlichen Gesellschaftsordnung vor allem und in erster Linie ihre Instabilität vorzuwerfen, den „campierenden“ und „vagabondierenden“ Zustand, in dem sie die Körper und — was noch wichtiger ist — die Seelen der Proletarier verfallen lässt, und das Mittelalter zu bewundern, dessen Ordnungsprincip er, aber ohne die Theologie, erneuern wollte. Während er die Ausübung des privaten Eigentumsrechtes regeln wollte und in ihm, ähnlich wie Thomas von Aquino, eine sociale Function und nicht ein natürliches, absolutes Recht sah, verteidigte er doch das Eigentum energisch gegen die „verrückten Sectierer“, die Communisten; und wenn er das Privateigentum und das Erbrecht verteidigte, so geschah das in erster Reihe, weil er von ganzem Herzen — und hier sieht man am klarsten das Siegel der bürgerlichen Classe, das notwendigerweise sein ganzes System trägt — an der Erhaltung und Unveränderlichkeit der bürgerlichen Familie festhielt. Das ist die vorempfangene Idee, die dem ganzen System als unbewusster Krystallisationspunct dient, es ist dieser utilitarische Grund des Systems, der, dann vergessen, während der ganzen Zeit fast aus dem Auge verloren, alle jene Entwicklungen gestattete, die die ästhetische Schönheit der Philosophie Auguste Comtes ausmachen, der aber, unsichtbar immer vorhanden, an den Scheide- und Kreuzwegen wieder auftaucht und — selbst um den Preis von Widersprüchen — den Gedanken, der sich frei glaubt, daran hindert, sich auf die abschüssige Bahn der gefährlichen Schlüsse zu stürzen.

Ja, um den Preis von Widersprüchen. Denn Auguste Comte, der im Princip die allgemeine Evolution der Gesellschaft aufgestellt hat, hat sich nie die Frage nach der Evolution der Familie auch nur vorgelegt⁹⁾. Gemäss der Rolle, die

⁹⁾ Ich weiss, dass diese Behauptung von den Getreuen Comtes als unrichtig erachtet werden wird. Sie stellen dem gegenüber, dass Comte die Existenz der Polygamie kannte und Modificationen und Verbesserungen der modernen Ehe zulass. Ja, der Ehe, aber nicht der Familie, werden wir antworten, und es ist nicht Zufall, dass er den ersten dieser beiden Ausdrücke an der Stelle des *Cours de la philosophie positive* (IV. Bd., Ausgabe 1893, pag. 454) gebraucht, wo er von „unumgänglichen Modificationen“ spricht. Da er nicht zugeben wollte, dass die Familie „von wahnsinnigen Secten in ihrer doppelten notwendigen Basis: dem Erbrecht und der Ehe“ (a. a. O., pag. 104) angegriffen werde, begriff er auch für die Vergangenheit die Familie absolut nicht ohne die Permanenz und die „notwendige und unveränderliche Vorherrschaft des männlichen Geschlechts“, — zwei Charakterzüge, durch die sich die Menschheit von der Tierheit unterscheidet (a. a. O., pag. 459; *Système de politique positive*, II. Bd., pag. 182). Die Grenzen der Idee von der Evolution der Familie bei Auguste Comte sind an folgender

er unter dem Einfluss seiner Gefühle — d. h. der Gefühle seiner Classe — der Frau zuerteilte, die die moralische Führerin des Mannes in allem, was Gefühl ist, sein, die aber nie versuchen sollte, ihm auf dem Gebiete der intellectuellen Thätigkeit gleichzukommen, betrachtete Comte die kleinbürgerliche Familienform, so wie sie in seiner Epoche existierte und wie sie allerdings Jahrhunderte hindurch ohne merkliche Veränderungen bestanden hatte, als die natürliche, unveränderliche und unangreifbare Basis jeder Gesellschaft; er widersetzt sich nicht nur der freien Liebe nach den Ideen der communistischen Secten von Fourier und Enfantin, sondern sogar der Idee der Ehescheidung. Um diese Unbeweglichkeit eines so wichtigen socialen Factors zu rechtfertigen, müsste man notwendigerweise annehmen, dass dieser Factor unveränderlichen wesentlichen Eigenschaften des Menschen selbst entspricht; man müsste sich eine „fundamentale Natur“ des Menschen vorstellen. Comte glaubt denn auch daran; es ist die Verkettung tiefer und intimer Gefühle und Bestrebungen, die ihm durch das Milieu, in dem er gelebt hat, eingegeben und eingeimpft sind und die seine Gedanken heimlich lenkt und ihm jene Gründe einer hohen systematischen Philosophie suggeriert — „absolut uninteressierte Gründe“, wie „die vollständige Uebereinstimmung des statischen und des dogmatischen Standpunctes“. Diese Uebereinstimmung verlangt, dass sich die ganze Evolution des Menschen durch seine ursprüngliche Constitution erklären lasse, dass sie sich wie die Curve aufwickle, die schon implicite ganz in der sie darstellenden Gleichung enthalten ist, dass sich im ganzen Verlaufe der Geschichte der Menschheit nichts absolut Neues ereigne, nichts, was nicht schon potentiell in der fundamentalen Natur des Menschen existiert hätte. Und dank dieser Forderung einer rein logischen Symmetrie, die zu einer ganzen Reihe von nicht weniger logischen Consequenzen führt, ist die Stabilität der idealen Familie noch mehr gesichert: sie ist in Wahrheit gegen jede Ueberraschung, gegen jeden unerwarteten Angriff gefeit.

Wie sollte man andererseits, wenn es sich darum handelt, einen so kostbaren Schatz zu hüten, ihn einer Abhängigkeit von den „größten“ Phänomenen des socialen Lebens ausliefern, also den ökonomischen Phänomenen, den Veränderungen der Productionsmittel und -arten, der Verteilung des Reichtums etc.? Diese Phänomene bezeugen ihre Grobheit durch eine continuierliche, ununterbrochene Fortentwicklung, und zwar infolge der Unaufhörlichkeit der Tendenz nach mehr Productivität, welche Fortentwicklung ja gleichzeitig eine „blinde“ ist. Man weiss nie, was diese Fortentwicklung an die Oberfläche bringen kann, was für Verheerungen ihre meist ausserordentlich „ätzenden“ Folgen anrichten werden, — und unbewusst, verworren, fürchtet man sie, während man bei der Evolution der „höheren“ Factoren, namentlich des intellectuellen Factors, — besonders wenn sie ausserhalb der bestimmenden Thätigkeit des ökonomischen Factors betrachtet

Stelle gegeben: „Der fundamentale Geist der Institution der Familie besteht in der unumgänglichen natürlichen Subordination der Frau unter den Mann, deren unauslöschlichen Charakter alle Zeitalter der Civilisation unter verschiedenen Formen reproducieren und den die neue politische Philosophie definitiv vor jedem gefährlichen anarchischen Angriff zu wahren wissen wird.“ (Système de la philosophie positive, IV. Bd., pag. 455). Es ist offenbar, dass das nicht Evolution im wahren Sinne dieses Wortes ist, denn sie schliesst die communistischen oder freien, matriarchalischen oder feministischen Formen aus, die die moderne Ethnologie für die Vergangenheit der Menschheit bewiesen hat, die der wissenschaftliche Socialismus für die Zukunft voraussieht und die die von Comte so angegriffenen Utopisten seiner eigenen Zeit mit ihrem alten Geiste ahnten.

wird, — alles voraussehen kann, was geschehen wird, was man zu erwarten und was man zu umgehen hat, da man es hier ja nur mit einer chronologischen, mehr oder weniger willkürlichen Entwicklung eines logischen und ne varietur bestimmten Begriffes der „menschlichen Natur“ zu thun hat! Der „intellectuelle Factor“ hält immer, wozu er sich verpflichtet hat, wozu man ihn verpflichtet hat. Und so wird man auch seiner klaren und sicheren Finalrichtung, und nicht den unsicheren und tiefen Wellen des ökonomischen Oceans die Barke der Evolution, die berufen sein wird, das unantastbare Heiligste der Heiligen zu tragen, anvertrauen, oder man wird sich wenigstens der Illusion hingeben, dass man sie ihr anvertraut... Und jedesmal, wenn wir auf einen unwandelbaren und rationalistischen Begriff der menschlichen Natur stossen, sei es auch nur unter den neokantischen Arten der Kategorien der Vernunft, können wir sicher sein, dass dort, am Grunde der Dinge, ein mehr oder weniger conservatives vorgefasstes Interesse der socialen Ordnung oder zum mindesten der Moral vorhanden ist, eine Sorge um die „in der Natur des Menschen begründete Ordnung“ (F. A. Lange) oder die „ewige Gerechtigkeit“. Und immer in solchen Fällen, handle es sich nun um den Idealisten Fichte oder um den Positivisten Comte oder in gewisser Hinsicht sogar um den Revolutionär Jaurès, der in der Geschichte „einen fortwährenden Protest des Menschen gegen den unmenschlichen Gebrauch, der vom Menschen gemacht wird,“ sieht, wird die reale Geschichte deductiv durch Betrachtungen „corrigiert“ werden, die man auf Grund der „menschlichen Natur“ macht. Auch Comte glaubt ja, dass die historische Methode in der Sociologie durch die positive Theorie der menschlichen Natur kontrolliert werden soll, obschon er selbst versichert hat, dass sich die Geschichte nicht deducieren lasse... Die Ironie des Schicksals geht noch viel weiter: Lévy-Bruhl zeigt sehr gut, wie, indem die Menschheit für Comte aus dem Studienobject, das sie anfangs für ihn war, ein Object der Liebe und des Cultus wird, die sociale Statistik unmerklich den Charakter eines Bildes der zukünftigen Menschheit annimmt; sie ist sogar *Traité abstrait de l'ordre humain* betitelt; der Besitz einer Definition der menschlichen Natur führt in verhängnisvoller Weise Comte, diesen verachtenden Gegner aller Utopisten, dazu, seine eigene Utopie zu erfinden. . . Und allein die marxistische Sociologie, deren Auffassung von der menschlichen Natur absolut, ausschliesslich dynamisch ist, die also eine menschliche Natur annimmt, die sich fortwährend schafft und ändert durch die Thatsache allein des fortwährenden Tauschverhältnisses mit dem Milieu, eines Tauschverhältnisses, das in der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse besteht, die marxistische Sociologie allein gestattet also auf diese Weise den Widersprüchen zu entgehen, sie allein erhält und führt so den Positivismus bis zu allen seinen Consequenzen, auch gegen Auguste Comte selber.

Um zum Schluss zu kommen: Die Analogieen und Unterschiede zwischen Positivismus und Marxismus stammen im grossen und ganzen aus derselben gemeinsamen Quelle. Beide Theorien sind an der charakteristischen Reaction des XIX. Jahrhunderts gegen den Rationalismus beteiligt, einer Reaction, die die Unzufriedenheit gewisser Classen mit den ökonomischen Resultaten der bürgerlichen Revolution ausdrückt. Während aber in diesem Concert die Bonald, die de Maistre, Haller etc. die Agrarier vertreten, repräsentiert Comte das productive Kleinbürgertum und der Marxismus — das industrielle Proletariat. Diese drei Classen bieten uns drei verschiedene Stellungen dar, drei sich folgende Grade der Retrospection, die im Begriffe ist, revolutionär zu werden. Die erste bewundert

das Mittelalter vollständig und wünscht seine ungefähr identische Restauration; die zweite, und Comte mit ihr, der sich als der intellectuelle Sohn zweier recht verschiedener Väter bekennt: de Maistres und Condorcets, verbindet mit seiner Retrospection nach der Stabilität des Mittelalters hin eine gewisse Anzahl von Eroberungen der bürgerlichen Revolution und ist bemüht, die sociale Evolution, die sich infolge des Anstosses dieser Revolution abwickelt, an einem Punkte aufzuhalten, wo sie selbst so bequem wie möglich bestehen kann. Das Proletariat endlich, das durch die Kraft seiner Lage selbst die ganze bürgerliche Ordnung negiert, negiert auch die beiden anderen Ordnungen: die Sklaven- und die Feudalwirtschaft, die den Lohncapitalismus vorbereitet haben, und seine Retrospection hat nicht nur die Arbeiter- und sociale Organisation des Mittelalters zum Gegenstand, sondern sie steigt weit tiefer hinunter, bis zur Gleichheit und Freiheit des antiken oder primitiven Communismus, mit dem sie gleichzeitig alle Eroberungen der Gegenwart verbindet. Comte hat sich, *sit venia verbo*, um ein Viertel des Umkreises von dem einfachen Traditionalismus entfernt; der Marxismus entfernt sich um ein weiteres Viertel des Kreises und stellt sich so an den entgegengesetzten Pol. Er ist der treibende Gedanke des Proletariats. Da nun das Proletariat das einzige Element ist, das die Classengesellschaft vollkommen negiert und sie auf Grund der Thätigkeit der fundamentalen bewegenden Kräfte dieser Gesellschaft selbst negiert, ist es auch das einzige, dessen sociale Philosophie unerschrocken und unbarmherzig monistisch sein kann.

Moderne Rassentheorien.

Von

Friedrich Hertz.

(Wien.)

I.

Die Lehre von der Bedeutung der Rasse für die culturelle Entwicklung hat in neuester Zeit eine Anzahl überzeugter Verkündiger und durch diese ein Publicum gefunden, das zwar nicht weite Volkskreise, aber doch einflussreiche Schichten umfasst.

Nicht jede in Bezug auf die Rasse geäußerte Theorie kann als Rassentheorie bezeichnet werden, sondern nur eine solche, die die Rasse als Hauptfactor der geschichtlichen Entwicklung auffasst. Merkwürdigerweise wollen nun gerade die grössten Meister der Anthropologie, in deren Gebiet doch der Begriff Rasse hauptsächlich fällt, von der geschichtlichen Bedeutung der „edlen“ und „unedlen“ Rasse recht wenig wissen. Von Alexander von Humboldt an, der erklärte: „Es giebt bildsamere, höhergebildete, durch geistige Cultur veredelte, aber keine edleren Volksstämme“ bis Kollmanns Ausspruch: „Alle europäischen Rassen sind, soweit wir bisher in das Geheimnis der Rassenatur eingedrungen sind, gleichbegabt für jede Aufgabe der Cultur“ liessen sich viele Belege einer ähnlichen ablehnenden Haltung seitens berühmter Naturforscher anführen. Natürlich wollen jene Aussprüche keineswegs das Vorhandensein und den verschieden hohen Culturzustand verschiedener Rassen leugnen, vielmehr nur hervorheben, dass der Rassencharakter nicht unveränderlich und starr, sondern unter Voraussetzung der nötigen zeitlichen und äusseren Bedingungen bildsam und der Erhebung zu höherer Cultur fähig ist. Die Sprachforscher und Historiker dagegen sind öfter geneigt, die Bedeutung des Rassenfactors anzuerkennen. Natürlich: wer, wie die meisten Linguisten,

seine Lebensarbeit auf die Erforschung der Culturen einer bestimmten Sprachverwandtschaft verwendet hat, wird leicht geneigt sein, seinem „auserwählten“ Volk alle Liebe und Bewunderung zu weihen. Der Anthropologe und Ethnologe dagegen zählt meist alles, was auf zwei Beinen geht, zu seinem Beobachtungsmaterial und erforscht auch vorzüglich jene Lebensäusserungen der Menschen, in denen die Rassenunterschiede weniger gross sind. Die Rassentheorie im erwähnten Sinne ist heute eher der Tummelplatz von Politikern und Dilettanten zu nennen, als das Forschungsgebiet exacter Gelehrter, was die unmutige Aeusserung eines der allergrössten Linguisten und Ethnographen, Friedrich Müllers, begreifen lässt: „Rasse ist eine leere Phrase, ein purer Schwindel“. Immerhin macht der Gegenstand eine Uebersicht wünschenswert.

Man bemerkt leicht in der Rassentheorie vier verschiedene Hauptströmungen. Die linguistische Richtung, deren Hauptvertreter Gobineau und Chamberlain sind, geht aus von der Sprach- und Culturverwandtschaft, von der sie auf die anthropologische Verwandtschaft schliesst, die anthropologische Schule, deren Häupter wohl Lapouge und Ammon sind, sieht hingegen von der Sprachverwandtschaft ganz ab und sucht, aus der gegenwärtigen Rassenmischung auf Grund somatischer Merkmale die ursprünglichen Rassentypen zu reconstituieren. Die biologische Schule beschäftigt sich hauptsächlich mit der natürlichen Auslese, ihrer Wirkung auf die Rasse, ihrer Hemmung und Förderung durch sociale Umstände, wobei der Begriff Rasse ganz allgemein gefasst wird. Die sociologische Richtung schliesslich sieht von der Rassenverwandtschaft ebenfalls ab, definiert die Rasse als sociales Gebilde und untersucht vor allem den Rassenkampf und seine sociologische Bedeutung.

II.

Arthur Graf Gobineau — dessen Werk seine Anhänger mit Stolz das Rassenbuch nennen — war thatsächlich einer der frühesten Vorkämpfer der linguistischen Rassentheorie. Sein Buch¹⁾ ist mit Geist und jener besonderen Art von Gelehrsamkeit geschrieben, die sich oft bei reichen Dilettanten findet und meist mit völliger Kritiklosigkeit verbunden ist. Das Material Gobineaus ist ja selbstverständlich heute völlig veraltet, aus den Denkmälern des alten Orients hat sich uns eine neue Welt erschlossen, von der Gobineau nur einen Bruchteil kennen konnte. Aber selbst das Wissen seiner Zeit hat er mit übermässiger Phantasie in den Dienst seiner aristokratisch-feudalen Weltanschauung gestellt. Offenherzig bekennt er diese: „Dies Buch ist der Ausdruck der Instincte, die ich bei der Geburt mitgebracht habe“. Es soll als Kampfmittel gegen die „Theoretiker des Umsturzes“ und den „grillenhaften Liberalismus“ für die Rechte des Adels und die Wahrheit der biblischen Offenbarung dienen. Die wörtliche Annahme der geoffenbarten Wahrheit ist natürlich unverträglich mit historischer Kritik, und Chamberlains scharfe Kennzeichnung dieser Methode ist berechtigt. Profanere Wissenschaften, wie z. B. die prähistorische Forschung, erfreuen sich nicht derselben Beliebtheit seitens des Grafen. Gegen die Nationalökonomie leistet er sich folgenden ergötzlichen Ausfall: „Nichts Verwünschteres lässt sich denken, als das Ansehen, in welchem wir eine angebliche Wissenschaft stehen sehen, die aus einigen von dem gesunden Menschenverstand aller praktischen arischen Epochen angestellten allgemeinen Beobachtungen die grössten und gefährlichsten thatsächlichen Unsinnigkeiten herauszuziehen gewusst hat . . . Dies ist keine Wissenschaft, denn die erbärmlichste Verneinung der wahren und heiligsten Anliegen des Menschen bildet ihren engherzigen Grundgedanken.“

¹⁾ Graf Gobineau: Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen. Deutsche Ausgabe von Ludwig Schemann. Stuttgart. Fr. Frommanns Verlag. Vier Bände.

Der erste Band giebt ein gutes Bild seiner Theorie und ist sehr lesenswert. Die folgenden drei sind für den historisch Gebildeten von tödlicher Langeweile, da dieselben wenigen Grundideen immer wiederkehren. Der Inhalt seiner Theorie ist kurz gefasst folgender: Die Urbevölkerung des grösseren Teils der Welt war von schwarzer Rasse und sehr geringwertiger geistiger Structur. Der weisse Stamm, der heute in den Ariern relativ am reinsten erhalten ist, dringt von den Hochebenen Asiens nach Süden und Osten vor, indem er sich in verschieden starkem Grade mit den Urnegern vermischt. Daraus werden dann Assyrier, Babylonier und andere Semiten, Aegypter u. s. w. Auch eine gelbe Urrasse wird angenommen, aus deren Mischung mit den Weissen die — Engländer, Deutschen und Russen hervorgehen. Die Rassen stehen umso tiefer, je mehr Negerblut sie enthalten. Doch hat dieses auch seine guten Seiten: Es giebt den etwas spießbürgerlichen Weissen künstlerischen Schwung.²⁾ Wo irgend ein Volk künstlerisch etwas geleistet hat, muss das Negerblut herhalten. Selbst die hellenische Kunstblüte wird damit erklärt. „Die arischen Völker, die zum Praktisch-Thatsächlichen hinneigen, sind an sich nicht künstlerisch. Bedachtsam, vernünftig im Urteilen, Reden und Denken, das sind sie; von der höchsten Fassungskraft sind sie auch; geschickt, die Vorteile aller Dinge zu entdecken etc.“ Die beiden „arischen Instincte“ sind „Vernünftigkeit und das Aufsuchen des Nützlichen“. Bezüglich der künstlerischen Begabung erklärt Gobineau: „So geben alle bisher ins Auge gefassten Erscheinungen das übereinstimmende Resultat: Die Mischung mit der schwarzen Rasse bringt, wenn sie eine leichte ist, die Intelligenz bei der weissen insofern zur Entwicklung, als sie ihr eine Wendung zur Phantasie giebt, sie mehr künstlerisch macht, ihr gewaltigere Flügel verleiht. Zu gleicher Zeit aber entwaffnet sie ihre Vernunft“. Nach all diesen Kriterien muss Gobineau eine gehörige Dosis Negerblut in den Adern gehabt haben, denn die Gobineausche Geschichtsphantasie ist nicht nur ein Product der Vernunftentwaffnung, sondern entwaffnet durch ihre Naivetät auch die Vernunft seiner Kritiker. Dass Gobineau die Idee des Vaterlandes bei den Griechen eine „kanaanäische Monstrosität“ nennt, die sie Semiten den Ariern aufgedrängt hätten, sei der Curiosität halber erwähnt.

Die Idee der Entwicklung kennt Gobineau nicht. Er behauptet, dass die Arier selbst am Pol oder unter dem Aequator dieselbe Stellung erlangt hätten. Der Natureinfluss sei sehr unwesentlich. In Bezug auf die Zukunft ist Gobineau Pessimist. Die fortdauernde Rassenmischung muss allmählich die edlen Rassen auf ein grauenhaft mittelmässiges Niveau herunterbringen.³⁾

Gobineau hat auf Richard Wagner und, wie Dr. Kretzer jüngst nachgewiesen hat, auch auf Friedrich Nietzsche stark gewirkt⁴⁾, der ja, wie die meisten Dichter, die Geschichte mehr ästhetisch als kritisch auffasste. Der Uebermensch hängt gewiss mit der Gobineauschen Idee zusammen. Neuerdings hat sich eine Gobineau-Gemeinde gebildet, die die Verbreitung seines Rassenwerkes propagiert. Sie würde seinem Andenken mehr nützen, wenn sie dies unterliesse. Erwähnt sei noch, dass das Negerblut in Gobineau viele feine und schöne Blüten der künstlerischen Phantasie verursacht hat, als deren glänzendste seine Renaissance genannt zu werden verdient.

²⁾ In Südamerica, wo die Mischlinge eine gesellschaftliche Stellung erlangen können, sollen allerdings viele Künstler aus ihnen hervorgehen, wie Quatrefages berichtet (nach Ribot).

³⁾ Bezeichnend für Gobineau ist u. a. die Bemerkung, der Fortschritt des menschlichen Wissens sei zweifelhaft, denn zu Abrahams Zeiten habe man offenbar mehr von den Urzuständen gewusst, als heute.

⁴⁾ Vergl. Dr. Eugen Kretzer: Gobineau, Nietzsche, Chamberlain. Frankfurter Zeitung vom 22. Juli 1902.

III.

Wir hätten nun noch drei Autoren zu besprechen, die eine ähnliche Rassentheorie vertreten und in letzter Zeit mehr oder weniger Aufsehen erregt haben. Das Werk Chamberlains⁵⁾ verdient als unstreitig bedeutendste Leistung dieser Tendenz eine eingehende Behandlung, die ihr zu Teil werden wird. Die „Werke“ Driesmans zu lesen, habe ich mir erspart, und zwar bin ich dafür Otto Ammon zu Dank verpflichtet, der dies durch seine Recension im Centralblatt für Anthropologie bewirkt hat. Ich glaube, dass die Verpflichtung, die Literatur über einen Gegenstand zu kennen, Grenzen hat und dass, wer z. B. die Natur der Traumzustände studiert, noch keineswegs verbunden ist, jedes ägyptische oder chaldäische Traumbuch zu durchforschen. Doch sei es mir gestattet, den bekannten Anthropologen Dr. Wilser reden zu lassen, der eine Besprechung Driesmans mit den Worten schliesst: „Dem Verfasser fehlen die elementarsten physiologischen und anthropologischen Kenntnisse, und seine Rassenpsychologie ist nichts, als ein oberflächliches Geschwätz.“ Dagegen können wir das Buch Albrecht Wirths⁶⁾ viel günstiger beurteilen. Es sind frisch und mit mehr ausgebreiteten als tiefen Kenntnissen geschriebene Skizzen, die teilweise als Feuilletons erschienen sind. Der bekannte Reisende bleibt wohl manchmal in Vorurteilen stecken, wo er bloss auf Bücher vertraut, was er aber selbst gesehen oder aus den Quellen geschöpft hat, das beurteilt er mit dem ruhigen und verständnisvollen Blick des vielgewanderten Mannes, der z. B. Chamberlain trotz seiner prunkvollen Belesenheit ganz fehlt.⁷⁾ Seine Rassentheorie ist mit der Chamberlains nahe verwandt und wird daher mit ihr gemeinsam an anderer Stelle behandelt werden. Rasse ist zwar dauerhaft, entsteht aber in wenigen Generationen durch Blutmischung und züchterische Einwirkung des Milieus. Civilisation im Sinne Chamberlains ist übertragbar, Cultur (die feineren Regungen des Seelenlebens) nur durch gleichzeitige Blutmischung. Die Verbindung der Rasse mit dem Boden erzeugt ein Volkstum. Originell ist der Gedanke Wirths, über die engen Grenzen unserer europäischen Geschichtsentwicklung hinauszugreifen und ihre Hauptzüge in Vergleich mit der Entwicklung der anderen Weltteile zu setzen. Ein wichtiges Ergebnis dieser Betrachtung ist, dass die Weltreligionen einen ähnlichen Entwicklungsgang aufweisen und überhaupt die Evolution der verschiedenen von einander unabhängigen Culturen in gleicher Richtung verläuft.⁸⁾ Das deutet aber auf eine tiefbegründete geistige Weseneinheit der Menschheit, die dem Rassenfactor keinen grossen Spielraum mehr gestattet.

IV.

Wenn noch Gobineau bei seiner Construction ganz ohne Anthropologie auskommt und die historisch überlieferten ethnischen Einheiten zur Grundlage nimmt, so machte es der Fortschritt der Anthropologie immer klarer, dass jene aus sehr mannigfach gemischten Typen bestehen. Die anthropologische Schule — oder, wie sie sich selbst nennt, die anthroposociologische — dagegen kehrt sich gar nicht an politische und Sprachgrenzen, sondern sucht auf Grund

⁵⁾ Houston Stewart Chamberlain: Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts. München. Verlagsanstalt F. Bruckmann. Eine ganz gute Besprechung erschien unter den Initialen H. C. in der Gesellschaft 1900, IV. Bd., 3—5. Heft (auch als Separatabdruck). Ferner vergl. die treffende Kritik Oppenheimers in der Frankfurter Zeitung vom 30. April, 1. u. 2. Mai 1902.

⁶⁾ Albrecht Wirth: Volkstum und Weltmacht in der Geschichte. München. Verlagsanstalt F. Bruckmann.

⁷⁾ Vergl. als Beleg das Urteil Wirths über die Chinesen (pag. 46—47) und das Chamberlains (pag. 741 ff., 753 ff. u. s. w.)

⁸⁾ Vergl. die hübsche Zusammenfassung auf Seite 195—197 seines Buchs.

somatischer Kennzeichen die ursprünglichen Rassen zu reconstruieren. Ihr Haupt ist der französische Anthropologe G. Vacher de Lapouge, neuestens hat Otto Ammon in Deutschland eine lebhaft propagandistische Theorie geführt; auch in America haben sich einige Gläubige gefunden. Lapouges Hauptwerk ist das Buch: *Les sélections sociales*; eine gute Zusammenfassung seiner Theorie giebt er in einem Artikel: *Die Grundgesetze der Anthropolologie*, der in mehreren Sprachen übersetzt wurde.⁹⁾ Lapouges Haupteinteilung der Rassen geschieht nach der Schädelform. Bekanntlich nennt man das Verhältnis der Schädelbreite zur Schädellänge (mit 100 multipliziert) den Längenbreitenindex, nach dem Vorgehen von Retzius. Seit Broca und Welcker nennt man Schädel mit einem Index bis 75 dolichocephal oder langköpfig, von 80 aufwärts brachycephal oder kurzköpfig, die dazwischen liegenden Formen mesocephal oder mittelköpfig.¹⁰⁾ Lapouge unterscheidet nun zunächst eine langköpfige, blonde und hochgewachsene Rasse, die er nach Linnées Vorgang *homo europaeus* nennt und im allgemeinen mit den Arien identificiert; doch decken sich die Begriffe nicht ganz. In psychologischer Beziehung soll sich der *europaeus* durch Ehrgeiz, Energie, Kühnheit, Idealismus und eine Neigung zum Protestantismus auszeichnen. Die brünette, brachycephale und kleine Rasse, die in ganz Mitteleuropa neben und mit den Langköpfen vermischt wohnt, nennt er *homo alpinus*, weil ihr Hauptwohngelände die Gebirge Mitteleuropas, speciell die Alpen, sind, und schreibt ihr einen conservativen, vorsichtigen, weniger genialen und katholischen Zug zu. Die dritte Hauptrasse Europas sei die mediterrane (mittelländische) Rasse, die dolichocephal aber brünett ist und moralisch noch unter der brachycephalen steht. Lapouge stellt nun zwölf Gesetze auf, die er alle zusammenfasst in das eine Gesetz der überragenden geistigen Regsamkeit des *homo europaeus*. Zur Illustration dieser Activität wird behauptet, der *homo europaeus* besitze mehr Wohlstand und sei steuerkräftiger, als der *alpinus*, halte sich hauptsächlich in den Städten auf, liefere den grösseren Procentsatz der Gebildeten und der Auswanderer und fahre mehr Bicycle. Das Bicyclefahren als Rassencharakter wird ebenfalls mit der grösseren geistigen Regsamkeit erklärt. Doch die Freude Lapouges an dem wohlgerathenen *homo europaeus* ist nicht ungetrübt. In historischen Zeiten zeigt sich ein beständiges Wachsen des Schädelindex, also eine bedrohliche Zunahme der Rundköpfigkeit. Lapouge sieht darin ein allgemeines Gesetz der geschichtlichen Entwicklung. Ueberall geschieht der sociale Fortschritt dadurch, dass ein Herrenvolk ein minder befähigtes unterjocht und in wohlthätiger Knechtschaft hält. So stellen auch die Dolichocephalen Mitteleuropas die germanische Herrenrasse vor, die die rundköpfige Urbevölkerung unterwarf, wo diese nicht in unzugänglichen Gebirgen Schutz fand. Aber im Laufe des Mittelalters trugen die vielen Kriege, Revolutionen, Privatfehden, Religionsverfolgungen, das Cölibat, Einkerkerungen und schliesslich Mischeheiraten dazu bei, dass der Edle ausgerottet, an der Fortpflanzung gehindert oder durch Vermischung mit unedlem Blut zur Degeneration gebracht wurde. Doch Lapouge ist nicht ganz hoffnungslos. Er hofft von seiner Theorie grosse Folgen: „Ich bin überzeugt, dass im nächsten Jahrhundert man sich nach Millionen schlachten wird wegen ein oder zwei Graden mehr oder weniger im Schädelindex — an diesem Zeichen, das das biblische Schiboleth und die

⁹⁾ Ich citire ihn nach der englischen Uebersetzung im *Journal of Political Economy*, herausgegeben von der Universität Chicago, 1897—1898, pag. 54 ff.

¹⁰⁾ Wenn also die grösste Schädellänge 200 mm, die grösste Schädelbreite 150 mm beträgt, ist der Index $\frac{150}{200} \cdot 100 = 75$. Er zeigt Dolichocephalie an. Die langen Köpfe haben die niederen, die breiten die hohen Indices.

Sprachverwandtschaften ersetzen wird, werden sich die verwandten Rassen erkennen, und die letzten Sentimentalen werden gewaltige Ausrottungen von Völkern erleben.“¹¹⁾)

V.

Einen ähnlichen Standpunkt, wie Lapouge, vertritt Otto Ammon in Karlsruhe, ein mit den nötigen Mitteln — Geld, Fleiss, Zeit, Phantasie und gewaltigem Selbstbewusstsein — versehener anthropologischer Privatier. Seine „Lehre“ ist nicht übermässig originell und stellt eine Verbindung der anthropologischen mit der biologischen Rassentheorie dar. Bemerkenswert ist nur die stark aufgetragene politische Tendenz gegen alles, was wirtschaftlich oder politisch freiheitlich gesinnt ist. Diese Richtung und die unermüdliche Propaganda Ammons, der seine Entdeckungen dem Publicum in stets neuen Publicationen vorzusetzen nicht müde wird¹²⁾), haben bewirkt, dass dieser Schriftsteller in der Öffentlichkeit und selbst von Seite offizieller wissenschaftlicher Kreise viel mehr beachtet wurde, als sich gebührt. Ja, seine „Theorie“ ist heute auf dem besten Wege, die nationalliberale Parteidoctrin zu werden. Was seine Rasseneinteilung und -schilderung betrifft, so können wir auf Lapouge verweisen. Doch betont Ammon die segensreichen Folgen des „Kampfes ums Dasein“ schärfer. Niemals sei es dem begabten Proletarier so leicht gewesen, durch Sparsamkeit und Tüchtigkeit aufzusteigen, die grosse Masse der Arbeiter sei aber eben moralisch wie intellectuell minderwertig, der Unternehmer, der „geborene Organisator der nationalen Arbeit“, wird als Muster aller germanischen Tugenden gepriesen. Die Anhäufung der Langköpfe in den Städten wird durch den „Zug in die Stadt“ bewirkt, der immer die geistig regsameren, also dolichocephaleren unter den Landbewohnern „ausliest“ und in die Städte führt. Dort steigen die besten dieser bereits ausgelesenen Elemente in die „höheren Stände“ auf, worunter Ammon alles vom Reserveleutnant aufwärts zu verstehen scheint. Aber die aufreibende Wirkung des Stadtlebens verbunden mit den enormen geistigen Anstrengungen der „ausgelesenen“ Unternehmer, Beamten, Professoren etc. lassen diese Blüte der Rasse nach wenigen Generationen aussterben, wodurch natürlich die Rasse verschlechtert wird. So fressen die Städte die besten Elemente der Nation, die sich dem Gemeinwohl aufopfern.¹³⁾ Was die Entstehung der besonders edlen langköpfigen Rasse betrifft, so acceptiert Ammon die Moritz Wagnersche Hypothese, dass die Arier die durch die Gefahren der Eiszeit bewirkte strenge, aber köstliche Auslese darstellen. Auch später habe

¹¹⁾ Vergl. den vorzüglichen Aufsatz von Manouvrier: *L'indice cephalique et la pseudo-sociologie*. *Revue de l'Ecole d'Anthropologie de Paris*, 1899, pag. 233 ff. und 280 ff. — Einen ganz hübschen Streich hat übrigens die Geschichte Lapouge gespielt. Um zu beweisen, dass England seine Expansion nicht seiner Lage verdanke, führt er Japan an, das niemals expandiert hätte, weil ihm trotz der insularen Lage der betreffende „Expansionszug“ fehle. Das war 1894. Im Jahr darauf begann der chinesisch-japanische Krieg und damit die japanische Expansion.

¹²⁾ O. Ammon: *Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen*. 2. Aufl. 1896; ferner: *Die natürliche Auslese beim Menschen*. 1893; beide Verlag von Gustav Fischer in Jena; u. a.

¹³⁾ Im *Centralblatt für Anthropologie*, 1901, findet sich ein guter Aufsatz von Kohlbrugge-Utrecht gegen die Behauptung Ammons von der schädlichen Wirkung des Stadtlebens. Der Verfasser weist u. a. auf die französischen Refugiés hin, die vor mehr als 200 Jahren nach Deutschland kamen, ganz verarmt waren, sich in den Städten niederliessen und heute bedeutend vermehrt und an ihren französischen Namen kenntlich sich in den höchsten Stellen finden. Ebenso sei es mit den Nachkommen der Holländer in den Vereinigten Staaten (Knickerbocker, Holland Society, Roosevelt!) — Die Lehre vom Zug in die Stadt und die Wirkung auf die Rasse hat Ammon übrigens aus G. Hansen. *Die drei Bevölkerungsstufen*. 1889. Eine gute statistische Widerlegung Hansens giebt Robert Kuczynski: *Der Zug in die Stadt*. *Münchener Volkswirtschaftliche Studien*, 24. Stück:

die Lebensweise mitgewirkt. „Einzig und allein der in dem rauhen Klima Nordeuropas unter Jagd, Krieg und ritterlichen Uebungen aufgewachsene Mensch bietet diejenigen Anlagen, welche die Zierde des Ariers ausmachen, nämlich Kraft, Energie, Tapferkeit, Selbstgefühl, Wahrhaftigkeit, Mitleid mit Schwachen (sic!) und echte Menschlichkeit etc.“ Es ist nun erstaunlich, welch' hohes Lob Ammon der Gesellschaftsordnung spendet, die doch diese Blüte der Menschheit so grausam ausrottet. Anstatt mit dem „demokratischen“ Rundkopfgesindel, das eine Aenderung dieser mörderischen Gesellschaftsordnung anstrebt, gemeinsame Sache zu machen, giesst Ammon alle Schalen des Zornes über dieses aus. Dem Pöbel werden die wütendsten Beschimpfungen zu teil, unter denen sich nur die Vorwürfe der „Gehässigkeit“ und des „Fanatismus“ etwas komisch ausnehmen. Mit Socialreformen und dergl., die die Bedeutung der Minderwertigen heben, muss man sehr vorsichtig sein. Sogar Schulgeldermässigungen kommen Ammon bedenklich vor. Die Bismarcksche Art von Socialreform, die die Arbeiter für „internationale Schwindeleien weniger empfänglich machen“ soll, findet noch Gnade vor Ammons Augen, selbst einige weitere Reformen wären möglich. Die Sonntagsruhe ist aber für ihn schon von zweifelhaftem Wert, da es ja vorkommen kann, dass ein älterer und gebildeter Mann den Weg zum Bahnhof machen muss, damit der junge Postbote Sonntags im Bierhaus sitzen kann. Natürlich ist Ammon für ein Socialistengesetz, das aber „drakonischer“ sein müsste, als das frühere „zu milde“. Selbst auf einen „missglückten, revolutionären Versuch der verwilderten Massen“ scheint er Hoffnungen zu setzen. Selbstverständlich ist er heftig gegen das allgemeine Wahlrecht und preist das Dreiclassenwahlssystem als Gipfel der Weisheit, da nur dadurch die edlere Rasse vor der Ueberwältigung durch die gemeinere geschützt ist.¹⁴⁾ Als Probe Ammonscher Weisheit wollen wir noch erwähnen, dass er auf Grund der Wahrscheinlichkeitsrechnung (!) berechnet, dass von den 11 Millionen deutschen Wählern 9 Millionen „Mittelgut“ sind, 800 000 schwachbegabte u. s. w. In den höheren Begabungsklassen sind bloss 2717 Mann, aus denen eigentlich der Reichstag gewählt werden sollte, in der höchsten Classe X sind volle 11 Mann. Hoffentlich hat sich Ammon mitgerechnet.

Wir wollen die Intelligenz unserer Leser nicht dadurch beleidigen, dass wir in eine ernsthafte Kritik Ammons eintreten. Die richtige Art der Antwort hat der vortreffliche Carl Jentsch gefunden, dessen Büchlein¹⁵⁾ einen wahren Genuss, mit gewohnt reicher Belehrung verbunden, bietet.¹⁶⁾ Wenn wir also den socialwissenschaftlichen Leistungen Ammons keine weitere Beachtung schenken, so erfordern die anthropologischen Grundlagen doch eine kurze Erörterung, denn sie beruhen ja auf „exacter“ Messung und Beobachtung. Auf Ammons Veranlassung wurden in Baden an den Wehrpflichtigen umfassende Beobachtungen angestellt, die 7 Jahre dauerten und deren Verarbeitung durch Ammon weitere 5 Jahre in Anspruch nahm. Das Ergebnis liegt nunmehr in

¹⁴⁾ Dazu bemerkt Jentsch: In Neustadt-Oberschlesien bilden die Herren Abraham Fränkel, Hermann Fränkel und Emmanuel Fränkel die erste, die Herren Josef Pinkus, Albert Fränkel, Max Pinkus und August Schneider die zweite Abtheilung. Die 4 Fränkel und 2 Pinkus sind Inhaber derselben Firma; diese ernannt also 24 Stadtverordnete, alle anderen Wähler wählen nur 12! „Ist das Arierherrschaft?“

¹⁵⁾ Carl Jentsch: Socialauslese. Kritische Glossen. Leipzig. Fr. Wilh. Grunow. 1898. Besonders kommt der 3. und 4. Essay in Betracht.

¹⁶⁾ Vergl. auch Heinrich Herkner: Die Arbeiterfrage. 2. Aufl.; Berlin, 1897. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung; Cap. XIX., pag. 441 ff., wo Herkner über die „socialpolitischen Allotria der Darwinisten, bevor diese über den Darwinismus im reinen sind“ sehr gut abhandelt. Dort findet man auch Genügendes zur Illustration von Ammons „Methode“. In der neuesten Auflage des Buches sind leider diese Ausführungen fortgelassen.

einem gewaltigen Band¹⁷⁾ vor. Dr. Ladislaus Gumpłowicz hat dieser Arbeit, die dem Fleisse des Autors alle Ehre macht, einen interessanten Artikel gewidmet, der die Art der Bearbeitung des Materials und die Methode der Schlussfolgerung scharf kritisiert.¹⁸⁾ Das Resultat ist, dass trotz aller Mühe und trotz Anwendung ganz unzulässiger statistischer „Methoden“ gerade die wichtigsten Punkte nicht bestätigt, ja sogar in gewichtiger Weise erschüttert wurden, dass Ammon daraufhin die diesbezügliche Untersuchung, die zu unbequemen Resultaten zu führen schien, fallen liess, nichtsdestoweniger aber noch nachher bewusst wahrheitswidrige Angaben über das Resultat der Enquête machte. Gumpłowicz schliesst seinen sehr lesenswerten Aufsatz: „So also sehen die Grundlagen aus, auf welchen Ammon die „neue Wissenschaft der Socialanthropologie“ aufgebaut hat. Die Beschaffenheit dieser Grundlagen lässt sich mit einem Wort charakterisieren: *sie sind nicht vorhanden*. Und daraus folgt, dass Ammons in allen Tonarten gefeiertes Werk: Die Gesellschaftsordnung *wissenschaftlich wertlos* ist. Nun hat Otto Ammon das Wort.“ — Obwohl die Redaction der Zeitschrift Ammon unbeschränkten Raum zur Entgegnung anbot, begnügte sich Ammon mit einer „Erklärung“ von 18 Zeilen, in der er eine Discussion ablehnte und seinem Kritiker einige unsachliche Grobheiten sagte.

(Schluss im nächsten Hefte.)

Die Aufgaben der Arbeitersecretariate und des Centralarbeitersecretariats.

Von

Ludwig Radlof.

(Hamburg.)

Zu dem Aufsatze des Genossen Timm über die Arbeitersecretariate¹⁾ möchte ich mir einige ergänzende Bemerkungen gestatten. Auf die Schwierigkeiten, welche den Arbeitersecretariaten bei der Ausübung ihrer Thätigkeit seitens der Behörden bereitet werden, hat Timm in zutreffender Weise hingewiesen. Es gilt deshalb auch, sich über die Ursachen dieser Erscheinungen klar zu werden. Die Annahme etwa, dass die am Orte der Arbeitersecretariate befindlichen Polizeibehörden aus sich selbst heraus zu dem bekannten schroffen Vorgehen gegen die ersteren kommen, erklärt nicht völlig die Ursache dieser Erscheinung. Gewiss ist richtig, dass es, soweit namentlich Nordwestdeutschland in Frage kommt, nur wenige Verwaltungsbehörden giebt, denen Arbeitervereine und Arbeitervertretungen nicht ein Greuel wären. Aber bei den in Rede stehenden Institutionen haben die Verwaltungsbehörden bezüglich ihrer Massnahmen einen mächtigen Verbündeten auf ihrer Seite, der meines Erachtens nicht genug gewürdigt werden kann. Ich meine den Rechtsanwaltstand. In den Städten schliesst sich dieser zu einer Corporation zusammen, die wiederum aus ihrer Mitte die sogenannte Anwaltskammer wählt. Es versteht sich von selbst, dass die Herren Anwälte in die Anwaltskammer nur die „angesehensten“ Männer entsenden, unter welchem Worte gewöhnlich der Superlativbegriff tüchtigsten mitverstanden wird, wozu nach unserer Auf-

¹⁷⁾ O. Ammon: Zur Anthropologie der Badener. Jena. Gustav Fischer. 1899.

¹⁸⁾ Ladislaus Gumpłowicz: Anthropologie und natürliche Auslese. Politisch-anthropologische Revue, 1902, pag. 105 ff.

¹⁾ Johannes Timm: Die Bedeutung und die Aufgaben der Arbeitersecretariate bei der Ausführung der Versicherungsgesetze. Socialistische Monatshefte, 1902, II. Bd., No. 9, pag. 693 ff.

fassung kein Anlass vorliegt. Abgesehen von den Machtbefugnissen und Rechten, welche die engere Vertretung einer Rechtsanwaltscorporation überhaupt durch die Gesetzgebung geniesst, besitzt sie (und selbstverständlich auch die letztere) einen massgebenden Einfluss auf Justiz und Verwaltung, der viel grösser ist, als gemeinhin angenommen wird. Man beachte, dass die höheren Verwaltungsbeamten (bei den Polizeibehörden etc.) sich stets aus Juristen zusammensetzen, denen Standesinteresse und der gesellschaftliche Verkehr mit ihresgleichen die Richtung und das Verhalten vorschreibt, welches sie denn auch gegen Arbeiterorganisationen und deren Vertretungen getreulich beobachten, damit die Bäume derselben nicht in den Himmel wachsen. Ausnahmen lasse ich dabei gerne gelten.

Aus diesen Darlegungen folgt, dass die Arbeitersecretariate ihr Augenmerk nicht nur auf die Behörden, sondern auch auf den zünftigen Juristenstand zu lenken haben. Erstere sind sehr oft nur die ausführenden Organe der letzteren. Also Kampf nach beiden Seiten! Ueber diese Position müssen sich die Arbeitersecretariate klar sein. Will die Arbeiterclassen erfolgreich ihre eigenen Schöpfungen behaupten und ausbauen, dann muss sie in Reich, Staat und Gemeinde den Einfluss der Juristen zu brechen versuchen und selbst die Klinke der Gesetzgebung handhaben, andererseits aber auch den Beweis liefern, dass sie diese ihre Selbstschöpfungen zu beherrschen versteht. Das wird nicht ohne Wirkung bleiben.

Die städtischen Rechtsschutzstellen, welche Timm für die Unorganisierten gerne eingeführt sehen möchte, weil diese Institutionen in Bezug auf die Abgrenzung der Thätigkeit der Arbeitersecretariate diesen zum Vorteil gereichen würden, werden wohl so bald nicht ins Leben gerufen werden, weil dieser Zustand der Dinge für die Rechtsanwälte eine empfindliche Beeinträchtigung ihrer Privilegien bedeuten würde. Geschähe es aber trotzdem, dann würden sich die doch noch in der Mehrzahl „monarchisch gesinnten“ und „staatserhaltenden“ Rechtsanwälte grollend zurückziehen und der Socialdemokratie in die Arme werfen. Die herrschenden Classen werden sich also vorläufig nicht dazu verstehen. Immerhin bin ich aus diesen und den von Timm angeführten Gründen für die städtischen Rechtsschutzstellen.

Die Bedeutung des Centralarbeitersecretariats für die organisierte Arbeiterschaft, sowie die Zulassungsfrage der Secetaire beim Reichsversicherungsamt hat Timm so ausreichend gewürdigt, dass ich mich der Mühe überhoben glaube, diese Punkte nochmals zu berühren.

Nur bezüglich der Aufgaben, welche dem Centralarbeitersecretariat zu fallen sollen, möchte ich mich etwas ausführlicher auslassen, als es Timm für nötig befunden hat.

Es war von der Generalcommission und auch von dem Gewerkschaftscongress klug gehandelt, dass beide Körperschaften die Aufgaben, welche dem Centralarbeitersecretariat zufallen sollen, nicht zu weit stecken. Nicht nur würde dies in der organisierten Arbeiterschaft mit Misstrauen oder sogar Antipathie aufgenommen worden sein — der active Teilnehmer an der Arbeiterbewegung weiss hiervon ein Lied zu singen! —, es hätte auch auf dem Congress scharfe Bekämpfung erfahren. Die Entwicklung eines geplanten Unternehmens lässt sich eben nicht für Jahrzehnte bis in alle Einzelheiten bestimmen.

Nichtsdestoweniger glaube ich, in den Rahmen der Thätigkeit des Centralarbeitersecretariats einige Aufgaben einfügen zu können, die in dem Antrage selbst zwar nicht zum Ausdruck kommen, aber durch die Natur der geplanten Schöpfung wie durch einen allgemeinen Ueberblick über die gegenwärtigen Verhältnisse gerechtfertigt erscheinen. Wenn nach dem Plane der Generalcommission und des Gewerkschaftscongresses dem Centralarbeitersecretariat die Aufgabe zufallen soll, die Recurse von Mitgliedern der Gewerkschaften vor dem Reichs-

versicherungsamte zu vertreten, so dürfte sich hieraus zunächst von selbst die schärfste Ueberwachung der jetzigen Spruchpraxis ergeben. Das Centralarbeitersecretariat hat dann das sämtliche auf diesem Gebiete erschienene Spruchmaterial zu sammeln, zu sichten und den Arbeitersecretariaten und der Generalcommission zugänglich zu machen. Bezüglich der Spruchpraxis der Schiedsgerichte dürften die örtlichen Arbeitersecretariate die geeigneten Körperschaften sein, dem Centralarbeitersecretariat wichtiges, die Arbeiterschaft interessierendes Material zu übersenden, das mit demselben in derselben Weise wie mit dem übrigen Material zu verfahren hat. Ferner könnten den gesetzgebenden Körperschaften regelmässig Jahresberichte über die Thätigkeit des Centralarbeitersecretariats übersandt werden. Wir hegen dabei die Hoffnung, dass das eingehende und vor allem objectiv Studium der Jahresberichte die betreffenden Organe zu der jedenfalls wünschenswerten Einsicht bringt, dass sie früher meistens über derartige Dinge mit grosser Unkenntnis — um kein härteres Wort zu gebrauchen — geurteilt haben. Wie die Jahresberichte nach Zusammenstellung und Inhalt zu gestalten sind, brauche ich wohl nicht näher auseinanderzusetzen.

Auf dem Gewerkschaftscongresse wurde die Gründung eines Fachblattes für die Arbeitersecretaire nicht für notwendig erachtet, es wurde denselben das Correspondenzblatt der Generalcommission zur Verfügung gestellt. Zweifellos entspricht dieser Beschluss durchaus den augenblicklichen Verhältnissen. Es ist aber andererseits nicht zu verkennen, dass dieser Zustand nicht dauernd bestehen bleiben wird. Je kräftiger wir in die Segel der socialen Gesetzgebung blasen werden, desto mehr werden auch naturgemäss unsere Aufgaben wachsen. Je mehr aber unsere Aufgaben wachsen, desto mehr müssen wir danach trachten, die feinste Arbeitsteilung stattfinden zu lassen. Denn diese gerade ist es, die es uns ermöglicht, das Höchste zu leisten. Ein classisches Beispiel besitzen wir nicht nur in allen Arbeitszweigen der capitalistischen Gesellschaft, sondern auch in den verschiedenen Organisationen der Arbeiterschaft.

Sicher ist anzunehmen, dass, wie in den letzten Jahren, auch in Zukunft die Zahl der Arbeitersecretariate noch stark zunehmen wird. Bis jetzt besitzen wir deren 37. Da bereits Städte von 50000 und weniger Einwohnern Arbeitersecretariate haben, ist zu erwarten, dass uns die nächsten zehn Jahre noch gegen 30 bis 50 bringen werden. Der Kreis der Thätigkeit dieser Institute wird sich ebenfalls immer mehr erweitern, und ob dann noch das Correspondenzblatt im stande sein wird, die berechtigten Wünsche der Arbeitersecretariate zu erfüllen, möchte ich bezweifeln. Das Correspondenzblatt wird seine Thätigkeit, die ja auch immer umfangreicher werden wird, vorwiegend auf die gewerkschaftlichen Ereignisse, Strikes, Statistiken u. s. w., beschränken müssen, um auch in diesen Dingen Höchstes zu leisten.

Müsste also demgemäss das Gebiet der socialen Geetzgebung — von wichtigen Fällen abgesehen — aus dem Thätigkeitsbereich der Generalcommission — soweit das Correspondenzblatt in Frage kommt, — aus praktischen Gründen ausgeschieden werden, so versteht es sich von selbst, dass diese Aufgaben dann dem Centralarbeitersecretariate zufallen müssten. Aus den vorläufig erscheinenden Jahresberichten würde sich allmählich ein vielleicht erst monatlich, nach und nach ein wöchentlich oder sogar täglich ercheinendes Fachorgan entwickeln, das dann alle Aufgaben erfüllen müsste, die ich oben beschrieben habe. Auf Einzelheiten will ich mich hier nicht weiter einlassen, da es sich doch immerhin um ein — wenn auch meines Dafürhaltens sicher ein treffendes — Zukunftsgemälde handelt. Wie bekannt, erhalten alle Gewerkschaftsvorstände — sofern sie der Generalcommission angeschlossen sind — das Correspondenzblatt gratis zugestellt. Durch einen ohne Schwierigkeiten zu findenden Modus müsste denselben auch das betreffende Fachorgan zugänglich gemacht werden.

Für das Centralarbeitersecretariat sind vorläufig 15 000 Mark jährlich ausgeworfen worden. Dass diese Summe in Anbetracht der grossen Aufgaben, welche dasselbe zu erfüllen haben wird, späterhin nicht genügen wird, darüber dürfte wohl kein Zweifel herrschen. Indes bleibt die Geldfrage bei der weitreichenden Bedeutung dieser Schöpfung sehr untergeordneter Natur. Die organisierte Arbeiterschaft hat noch stets und gern Opfer gebracht, wenn es sich um die Schaffung von Einrichtungen handelte, die zur Erhöhung ihrer gesamten Lebenshaltung beitragen werden.

Das Centralarbeitersecretariat wird dem Arbeiter bei Verfolgung seiner Rechtsansprüche energischen und wirksamen Beistand leisten können und andererseits durch schärfste Kritik von Urteilen, die dem gesunden Rechtsempfinden des Arbeiters widersprechen, demselben die Augen darüber öffnen, wie es mit den „vollendeten Rechtsgarantien“ in unserm Staatswesen aussieht.

In diesem Sinne begrüßen wir das Centralarbeitersecretariat auf das freudigste.

Ricarda Huch.

Von

Ria Claassen.

(München.)

„Denn niemand kennt sich, insofern er nur er selbst und nicht zugleich ein anderer ist.“

Novalis.

Der Garten unserer Poesie ist dürr geworden für den weiter ihn überschauenden Blick und scheint nur mehr einer karger bemessenen Notwendigkeit zu dienen. Es ist zumindest kein Ueberfluss in ihm wahrnehmbar und keine „den Göttern wohlgefällige“ Verschwendung, wie sie der Inbrunst entquillt, und seine Blüten erscheinen nichts weniger denn als Erzeugnisse der „puren Natur“, die „Urzauber und Zeugungskräfte hätte wie das schlammige, fauler Fische volle, gärende Meer, aus dem unvermutet Götter steigen“. Hier soll jedoch von einer ihm jüngst entwachsenen Kunst gesprochen werden, aus welcher der Hauch dieser ihrer eignen Worte noch hier und da befremdend zu uns aufsteigt. Denn sie ist noch voll des unbekümmert quellenden Reichtums, wie er uns an der alten Romantik oft so erstaunlich anmutet, nur dass ihr doch immer auch aus dem Chaos die begrenzte Gestalt entsteigt mit ihrem unzerstörbaren göttlichen Leben; und zugleich kann sie noch schwer sein von Rätseln und von dem Zauber, der aus der Unbewusstheit ihrer eignen Rätsel quillt: eine Kunst, die Menschen zu bilden meint und wohl auch unversehens Götter schafft! Es sind die Bücher der Dichterin Ricarda Huch, von denen hier die Rede ist.

Und doch gleicht diese Kunst einer neuen einzigartigen Epik (in der so vieles von den Sonderheiten der andern älteren Dichtungsarten mitgelöst erscheint), nicht minder, und vielleicht noch auffälliger, einer verfeinerten Blüte künstlicher Cultur, voll von ihrer verführerischen und unfruchtbaren Schönheit — ein Gegensatz, der gar keiner Einheit fähig zu sein scheint, wenn eines nicht als Ueberwundenes oder zu Ueberwindendes in ihm sich darstellt. Es ist etwas Mythisches in ihr, etwas von längst dunkel gewordener Vergangenheit und zugleich so sehr viel vom innersten Jetzt unserer Seele, dass diese wie in der Scham ihrer letzten Entblössung vor ihr zu zucken scheint. Wie ein Widerhall vom Lachen der Götter kann es aus ihr hervortönen — vom Lachen der Götter, wenn sie in heiterer Daseinswonne die in Wolken

schimmernde Brücke betreten, die zum Sitze ihres Glanzes hinüberführt und von unten her das dumpfe Lied der Unterworfenen zu ihrer lichten Höhe empordringt! Die Leichten, die Lachenden, die unbegreiflich Seelenlosen, sie werden in dieser Kunst lebendig, „bewusstlos und mit sich selber selig ihr leichtes Dasein verschwendend“ und doch, als die zwiefach Unterworfenen, das „eherne Band“ um die Stirne tragend, „das verdunkelt und fesselt“. — die Göttlichen eben, die ein Höheres und ein Niedreres sind, als der Mensch, in ihre Herrlichkeit und in ihre Dumpfheit wie in schillernde Schlangenhaut gehüllt! Dies starke goldne Daseinslachen aber auf dem Nachtgrunde des Schicksals: dies gleichgiltig-unbekümmerte Lachen, das wie die Sonne über Gerechtes und Ungerechtes leuchtet, bis es jäh erlischt in der Finsternis, das ist das, was vorhin vergangen genannt wurde in diesen Büchern, vergangen für eine Zeit, die zu wissend ist für die lachende Sicherheit und zu schwankend für das Schicksal.

Aber dass diese Zeit doch in ihnen ist, und zwar mit ihren auflösendsten Erkenntnissen, vor denen keine Starrheit, selbst die der unverletzlichen Schönheit, bestehen bleiben kann und keine Scham verschleierte Tiefen, das macht den Klang jenes Lachens so fern für uns und — so wundervoll tragisch! Ja, es gehört zum eindringlichsten Reiz in den Büchern Ricarda Huchs, dass die Menschen in ihnen, obwohl so eins mit sich, dass aus ihren grausamsten Leiden keine Sehnsucht nach Erlösung von sich selbst aufkeimen könnte, von der unsicheren Atmosphäre dieser fremden Zeit dennoch wie von einem Dunstschleier umhüllt erscheinen, der ihre klaren Umrisse seltsam schwanken macht. Und mehr als dies! Wir empfinden insgeheim dies fremde Element doch auch in ihnen selbst, im tiefsten Schacht ihres Unbewussten, tief unter der Ebene ihrer Kraft, Einheit und Schönheit, im jähen Hervorbrechen gerade dem Schicksal die Schlinge schürzend, in der es sie sich verfangen lässt; oder aber als wirke es von dort, aus ihnen heraus und über sie hinweg, in so grausambewusster Ironie, dass diese starken und schönen Menschen davor wie zu Puppen würden und zu einem blossen Spiel, ohne dass sie es selber ahnten — so etwa, als wenn dem übermütig-überlegenen Lachen, das blind und herrlich aus ihrer Leiblichkeit hervorbricht, ein gleiches nachhallend antwortete, über ihre Häupter hinweg, vor dem sie mitsamt ihrem Schicksal zu Schemen würden! Es ist weit mehr hier als nur die reizvolle Tönung des Hintergrundes, dass „so oder so doch alles vorübergehe wie ein Traum“! Und zugleich ist in diesem geheimen Doppelspiel eben das enthalten, was zum innersten Jetzt unserer Seele in bedeutungsvoller Beziehung steht: ein Spiel, das Hofmannsthal einmal nennt „das reichste an Verführung von allen Spielen, die wir Kinder wissen, wir Kinder dieser sonderbaren Zeit“!

Aber die Kunst der Ricarda Huch schillert, wie das Leben, in immer neuen Nuancen, und es ist nicht zweien auf einmal gerecht zu werden. So wird auch diese Auseinandersetzung nur einer völlig entsprechen können, und das ist der, welche ihr grosser „Roman“ und Erstlingswerk aufweist: die Erinnerungen von Ludolf Ursleu dem Jüngeren.

Der Ludolf Ursleu, zugleich die hinreissendste und stärkste Schöpfung Ricarda Huchs, ist auch im eigentlichen Sinne jenes trunken-mystische Lied der über Abgründen sich wiegenden Daseinswonne, ein Buch von fast beklemmender Schönheit, aus dessen Blättern der Schicksalshauch tödlich stark und doch wie beladen mit den schweren, süssen Düften von Sommerrosen hervorströmt, ein Buch von edler, berauscher Reife gleich starkem, purpurnem Wein! Und wie aus weiter Ferne, den zarten Schleier der Vergänglichkeit der Dinge über alles breitend, so erzählt hier einer, der überwunden hat, die vergangenen Schicksale seiner Familie: vernichtende Schicksale von Menschen, deren Aufgabe es doch war, „das Leben wie ein schönes Gewand oder Schmuck-

stück zu tragen, das Haupt hoch zu halten und heiter zu sein“. Im Mittelpunkte dieser Schicksale aber steht Galeide. Wer ist Galeide? Eine, die es in dieser Endgiltigkeit noch nicht gab, die aber nicht mehr vergehen kann, seit sie hier einmal geschaffen wurde: ein Wesen, für uns noch ungreifbar und fast unbegreiflich, ganz Tiefe und ganz Oberfläche, halb zurückgetaucht in die bewusstlose Seligkeit elementaren Daseins und doch mit dem verborgenen Male des Leidens und der Unseligkeit auf der hohen Stirn; die „gute, kleine Galeide“ ist sie, weich und wonnig, allen um sie her bedürftig in der geheimnisvollen Süßigkeit ihres Wesens wie Luft und Licht, und dabei so wohlgleichmütig in der Unabänderlichkeit ihres um nichts bekümmerten Fürsichseins ruhend; sanft und liebevoll gegen Lebendiges und Unlebendiges, aber grausam und starr bis zur Härte in der gewaltsamen Ausschliesslichkeit ihres Erfassens und Ergreifens, da wo ihr „gedankenloses unersättliches Herz“ es ihr so eingiebt — ein Geschöpf, sich selbst und uns voller Rätsel und Widersprüche vielleicht, aber „ruhig und glühend wie das Leben selbst, als etwas Berechtigtes und Unumstössliches, das kein Widerspruch auflösen zu können scheint“.

Und doppelsinnig wie sie erscheint ihr Schicksal. In der Poesie unserer Zeit ist noch keine Liebe lebendig geworden von so glühend beherrschter Kraft und so hochaufgerichteter Schönheit, wie die von Ezard und Galeide, eine Liebe, welche überallhin, „geheimnisvoll stark“, ihr Dasein zu verkünden scheint, „wie der Duft einer Nachtblume, wenn es dunkelt, sich auszuhauen beginnt“. Und doch vergeht sie, unbegreiflich wie sie geworden ist. Diese zwei Menschen, hoch, stolz und prangend „im Schmucke des Lebens“, von Natur und Schicksal einander zugeführt, sie gehen sich ruhig vorüber, unwegsame Hindernisse zwischen sich legend, bis sie in plötzlich aufloderndem Verlangen, „einen Mantel von Glut um sich“, über alles hinweg die Arme nach einander ausstrecken, in so flammender und zugleich beherrschter Leidenschaft, dass sie erscheinen als wie „von Gott ergriffen“. Vor dieser Liebe aber, die sogleich, in all ihrer verboten-sündhaften Seligkeit, als etwas unabänderlich Gegebenes vor uns steht, müssen die Hindernisse sinken und die Opfer fallen, als geschähe das aus dem unbewussten Willen ihrer allgewaltigen Sicherheit heraus. Doch als sie sich endlich wieder frei gegenüberstehen, da wächst, ein grauenvoll-notwendiges Schicksalsrätsel, aus dem Herzen Galeides die giftig-süße Blüte einer neuen lockenden Begierde empor, welche ihre Liebe überwuchert, und es kommt über sie wie eine fürchterliche wonnevolle Verzauberung, gegen die sie nicht an kann. „Meine Liebe ist hin, die ich für ewig und einzig in meinem Leben hielt! Wie die Sonne vom Himmel gefallen.“ Und mit jammervollem Hohn fragt sie: „Aber was war denn nun diese Leidenschaft und dieses Schicksal?... Was war denn der Zweck von diesem gewaltigen Aufwand, den das Schicksal mit uns machte?“ Da es auf diese Frage keine Antwort für sie giebt zwischen Himmel und Erde, so kostet sie das ihr „ganzes herrliches, junges Leben, das unwiderbringliche“. Und Galeide stirbt, wie sie lebte: mit einem leichten, abgebrochenen Lachen sich jählings in den schwarzen Schlund werfend, der sich vor ihr aufgethan hat, nun wieder eins mit dem Geliebten „im heiligen Hause des Todes“. „Ich habe nie begreifen können, dass sie wirklich ganz fort sei von der Erde, dass sie nicht irgendwo noch zu finden sei tief im Berge oder auf einer Einöde auf den Höhen. Noch jetzt, wenn ich einsam über den Berghang gehe, am Rande des Waldes, so kommt es mir oft, als müsse sie plötzlich zwischen den Bäumen hervortreten mit ihrem leuchtenden Gesicht und mir ihre weichen, kräftigen Hände entgegenstrecken. Oder doch ihre Stimme müsse von irgendwoher Antwort geben, wenn ich sie bei Namen riefe: Galeide! Gute, kleine Galeide!“

Nicht so überwältigt von Leben, doch in bewussterer und kühnerer Zeichnung treten uns die Gestalten in den kleineren Erzählungen Ricarda Huchs entgegen: wahrhaft übermütigen Triumphliedern der „praugenden Lebenslust“, lockenden Preisliedern des „süssen, wankenden Erdenglücks, über das man den Himmel, aus dem es fließt, vergessen kann“. Wie eine schalkhafte Sonne leise lachenden Humors, aus Wolken tretend, leuchtet es auf die Menschen hier nieder, und die Abgründe unter ihren Füßen bleiben wie mit einer leichten Blumendecke überdeckt, über welche sie, vereinzelter und losgelöster aus dumpfen Zusammenhängen, so sorglos-sicher hinwegschreiten, als hielte eine Hand sie von oben. Die Gnade des Geistes ist über ihnen, ohne dass dieser in ihnen bewusst würde — des Geistes als des Erlösers aus dunklen Gewalten, die „aus Urgründen heraus den innersten Eingeweiden verflochten, dem Blute vermischt“ sind! Oder ist es immer nur der Geist der Dichterin selbst, der mit seiner feinen, feinen, wissenden Ironie sie über alle Abgründe leitet und sicher genug hinstellt, sodass die eifrigen Wogen menschlichen Wähnens und Trachtens so lächerlich ohnmächtig um sie schäumen und zischen können?

Da ist, im *Mondreigen von Schlaraffis*, das Märchen von der lichten Frau Sälde mit dem „hellen, seelenlosen Gelächter“, die, arglos und lebenstrunken wie ein Kind, doch nur an der Bosheit und — Dummheit der anderen zu Grunde geht, während ihr einziger Freund, der schwerfällig-scheue, verstohlen sie liebende Dominik, irgendwo in der Ferne so lange zah und blind um das Glück ringt, nach dem er nur die Hand hätte auszustrecken brauchen, bis es für ihn auf Erden nirgends mehr zu finden ist, und ihn der „gewaltsame Jammer“ anfasst, „dass er nur ein einziges Mal im Leben glücklich und dass das ein Traum gewesen war.“ Oder im *Armen Heinrich* die Fabel von dem Ritter und dem Mönche: auf einer Seite der Ritter, der in unbändigem Lebensdrang das Opfer schuldlosen Blutes annimmt, um seinen Leib vom Aussatz reinzuwaschen, und auf dies Opfer ein reiches, gesegnetes Leben gründet; und auf der andern Seite der Mönch, der gute, runde Bruder Baldrian, der in völliger philosophischer Ratlosigkeit ob solchen unerhörten Frevls sich dem Ritter und seinem Leben anschliesst, nur um den Plan in der Geschichte desselben zu studieren: in all seinen wechselnden Begebenheiten die „Anzettlungen der Vorsehung“ und die „feinen Schachzüge Gottes“ zur Vernichtung des Frevlers witternd und dabei doch den frohherzigen, tapferen Mann und Gefährten recht von Herzen lieb gewinnend. Des Ritters Leben aber krönt ein unvermuteter glücklicher Tod, just an der Schwelle des Alters und der Enttäuschungen, als er in unversiegliger Lebensbegier noch neuen Göttern und neuer Liebe entgegenzuziehen meint, und so schreibt der Mönch am Ende, in tiefe Melancholie über die „wunderliche Larve der Welt“ versenkt, die Geschichte des armen Heinrichs nieder, wie sie uns dann bekannt geworden ist, das ist so, „wie er sie an Stelle Gottes angeordnet haben würde: nämlich dass die Güte und Treue des holdseligen Kindes das Herz ihres Herrn erweichten und er ihr Opfer nicht annahm, worauf er zur Belohnung seiner Krankheit ledig wurde und das Liebheidi als seine Frau heimführte“. — Nichts Anmutigeres in der Kunst Ricarda Huchs, als die Gestalt dieses schuldlos sich opfernden Kindes, die uns anweht wie ein „Hauch von Lieblichkeit“, die Gestalt Liebheidlis mit den „scheuen, liebreichen Mienen“ und dem „sehn-süchtigen, schweifenden Blick“, die der Mönch noch oftmals in der Einsamkeit seiner stillen Klosterzelle vor sich zu sehen glaubt, ein Sternblumenkränzlein im leichten Haar, und ihm „süsstraunigen Dank lächelnd, dass er ihr Bildchen in einen wonnigen Garten der Poesie gestellt habe“.

Die frappierendste und kühnste Gestaltung Ricarda Huchs aber, nicht

nur in den Erzählungen, ist doch wohl Fra Celeste, die Erzählung von dem königlichen Mönch mit der grenzenlosen Gewalt über die Seelen der Menschen, in dessen Worten, wenn sie „wie ein hohes Freudengeläute aus der stillen, kühlen Kirche in die goldene Mittagsluft des Marktes hinausfluten“, das „allumfassende Herz Gottes selbst“ zu klopfen scheint, während er zugleich in der drängenden Kraft seiner Natur die Lust dieser Welt so inbrünstig in sich zu schlürfen weiss, dass ihm seine eignen Hymnen auf die Allmacht des Geistes, die andere zu höchsten Extasen fortreissen, wie leerer Schall entgegenklingen. Dass er sie aber dennoch singen muss, ist der eigentümliche Doppelsinn seines Wesens! Denn die heissbegehrten Dinge dieser Welt sättigen ihn nicht, der er auf ihnen allen die grauenvolle Spur von Gottes Finger erkennt: Vergänglichkeit! Und das Unvergängliche, das ihn entzündet, tröstet ihn nicht, da es nicht dauernd Leben gewinnen kann in diesem sieghaft blühenden „Kind der Erde“. Und so packt ihn oft wie eine „hungrige Wölfin“ die Krankheit seiner Seele, die unentrinnbare Melancholie seiner Einsamkeit, in welcher „Menschen und Gegenstände von ihm wegzurücken scheinen in die leere Unendlichkeit“ und nur die trostlose Erkenntnis bleibt, dass nichts einem eigen bleiben kann, nicht das Geringste: nicht einmal den Weg offen lassend, „der die Seele zur Seele führte“ als zu einem Besitz, der dauernd wäre.

Auf dieser unendlich schmalen Grenzlinie zwischen zwei Welten aber, auf welcher die Verzweiflung lauert, sehen wir Fra Celeste, in dem völlig glaubhaften Ueberschwang seines Wesens, blindsicher wie einen Triumphator dahinschreiten. Und nur als das eine Wesen, bei dessen Annäherung an sein Leben sein Herz „warm und voll“ wurde, dass „die schneidende kalte Einsamkeit von ihm wegging“, als die Geliebte, die wider göttliches und menschliches Recht sein eigen wurde, ihm durch den Tod genommen werden soll, da wirft es ihn nieder. Als man daher dieses Wesen, die zarte, lebenssehnstüchtige Aglaia, mit einem Dolch im Herzen auffindet und Fischer in derselben Nacht den vielbewunderten Mönch tot aus dem Meere ziehen, da ahnt es der Wissende wohl, dass Fra Celeste „seine Geliebte gleichsam als ein Eifersüchtiger umbrachte, der ein furchtbar übermächtiger Liebhaber nachschlich, der Tod.“ „Sollen deine erkünstelten Bilder eine Seele sättigen, die nach ihrer Liebe schreit?“ so fährt er den an, der ihn mit den Worten seiner herrlichen Predigt vom Tode und von der Unsterblichkeit zaghaft zu trösten versucht. — Es giebt nicht leicht etwas Köstlicheres, als die kühne und dabei kaum spürbare Ironie, mit welcher die Widersprüche im Reden und Thun dieses Mannes fast unvermittelt nebeneinander gestellt und in der lebendigen Fülle der Gestalt zugleich so völlig verschmolzen sind, dass sie nicht einmal bewusst zu werden brauchen, so lange man sich im Banne dieser Darstellungskunst befindet — einer Kunst, die wie in keckem Spiel oft nur aufzulösen scheint um der unbegrenzten Lust des Neubildens willen, zu welchem ihr die Macht gegeben ward.

In den letzten grösseren Werken Ricarda Huchs aber empfinden wir eine eigentümliche Wandlung. Es ist ein neues, schwer greifbares Moment hinzugekommen, das ihre Wirkung sichtlich beeinflusst, wie veränderte Sonnenbeleuchtung etwa die einer Landschaft: so in den Lebensskizzen: Aus der Triumphgasse und vor allem in ihrem grossen Roman: *Vitasömnum breve*.¹⁾ Liess die Dichterin bisher die Seele ihrer Geschöpfe in einer Art nachtwandlerischer Sicherheit, in einem Schlaf, über dem das Erwachen hing wie eine immer drohende Wolke, so ist es jetzt nicht anders, als habe die Seele

¹⁾ Dies jüngste Werk Ricarda Huchs erscheint soeben im Inselverlag; sowie gleichzeitig, bei Hässel, der zweite Band zu ihrer selten wertvollen Essaysammlung: *Die Blütezeit der Romantik, als Ausbreitung und Untergang der Romantik, welche jedoch beide ein Thema für sich bilden würden.*

in ihnen aus solchem Schlaf heraus die Augen aufgeschlagen und sich selber angesehen, und als sei etwas in ihr erstarrt unter diesem plötzlichen Blick. Wie in einem Schaudern vor zu grellem Licht erscheinen die Menschen hier, oder in taumelndem, trotzigem Ringen nach etwas Neuem, dem neuen Glück der Sehenden, nach Glück nur, ohne das sie nicht leben können. Gleichviel aber, ob sie dem dumpfen Schicksal jetzt wachend ins Angesicht sehen können oder Gewalt gewinnen über den lauernnden launischen Dämon in ihrem Innern, sie empfinden zugleich doch tiefschauernd, wie wenn „die Toten ihrer Herr“ würden, und aus ihrem Innern scheint mit den Worten eines Liedes aus *Vita somnium breve* der Klageschrei emporzutönen: „O Mutter Seele, die umarmt und tötet!“ Nie ist wohl das dunkle Werden von Kindern der Erde zu Kindern des Geistes in seiner ringenden Qual unmittelbarer und wissender dargestellt worden wie in dem letzten bedeutsamen Seelenerlebnis Michael Ungers am Schlusse von *Vita somnium breve*.

Und wie in dem Wesen der Ricarda Huchschen Kunst in dieser zweiten Phase, so empfinden wir eine Wandlung zuletzt auch in ihrem Stil — beides ganz offenbar in der Richtung wirksam, die man als ein ungehemmteres Vorwalten romantischen Geistes bezeichnen könnte. Das sonst stark zurückgedämmte lyrische Empfinden, das früher nur hier und da wie eine jahe Welle süßen Taumels hervorbrechen konnte, überflutet nun gleichmässiger die Gehaltenheit der epischen Darstellung, und die scharfe und doch gleichsam goldumrandete Plastik ihrer Gestalten verschwimmt mehr, wie in weichen, lichten Nebeldünsten, die ihre Schleier auch über die funkelnde Pracht der Sprache breiten. Die Ferne verschwindet: die strenge, fast hochmütige epische Ferne der ersten Bücher, von der aus Gewichtigstes und Entscheidendstes in so achtloser und ungewichtiger Plötzlichkeit vor uns treten konnte. Die Einzelheit und Einzigkeit der Gestalt wie der Begebenheit aber weicht zurück vor der Vielfältigkeit: in den Lebensskizzen aus der Triumphgasse ist es eine Schar von Gestalten, die in zerstreuten Momenten an uns vorüberzieht, jede mit blitzartiger Deutlichkeit auftauchend und wieder versinkend, und in *Vita somnium breve* ist die Begebenheit nichts anderes mehr, als das Leben selbst und sein unaufhaltsames Verrinnen, dessen einzelne Geschehnisse nur sind wie sein schwerer gleichförmiger Tropfenfall in das Meer der Ewigkeit.

Und dies ist wohl auch das wesentlich Bestimmende an der inneren Wandlung dieser Kunst: ihre Lösung, und die ihrer Gebilde, aus der Vereinzelung; ihre Lösung aus der Göttlichkeit der Vereinzelung, die an Schönheit nimmt, was sie an Wissen giebt und an Offenbarung der dunkeln Zusammenhänge alles Lebendigen! Nicht mehr geblendet und verblendet von der Einzelheit der Erscheinung kann solche Kunst mehr sehen, aber sie sieht vielleicht zu viel für ihr Wesen und ihre Bestimmung: die demantne Hülle der Schönheit unverletzt zu erhalten. Oder wird sie sodann der Bedingung nicht mehr gerecht, die Ricarda Huch selbst einmal im Lügenmärchen scherzhaft spielend aufstellt: dass man, um singen zu können, so dass allem Lebendigen die Seele aus dem Leibe gelockt würde, das Herz von sich thun müsse? An all dies kann man erinnert werden bei der Triumphgasse. Unter der schillernden Oberfläche, über welche sie in achtlos-festlicher Fahrt dahinglitt, entdeckt die Kunst der Dichterin hier eine andere Welt. Wie die weitoffnen Augen von Ertrunkenen beginnt es aus der Tiefe zu ihr hinaufzustarren, ihr eine neue Sehnsucht weckend, die sie wie ein Schwindel erfasst: sich hinabzustürzen zu den Gescheiterten. Durch das Thor der Verdammnis tritt sie ein in das ungeheure Land des Elends. Und eine keuchende Menschheit ist es, die sie an uns vorüberziehen lässt; elende Menschen, gepeitscht von Begierden, „von Arbeit gesteinigt“; gebeugte Gestalten, aus deren

trocknen, erschöpften Augen ein „niegesättigter Hunger nach Schlaf und Thränen“ schreit. Aber sie hat die Gabe nicht verloren, in Gold zu verwandeln, was sie nur anrührt: wie Gold läss sie die angeborene Königlichkeit der Seelen durch Schmutz und Verkommenheit, durch Laster und Gemeinheit schimmern — es ist nicht möglich, Menschen niedriger und grösser zu zeichnen! Als begleiteten ihre Seelen „nachtwandlerisch“ ihr jetziges Leben der Niedrigkeit, ihnen im Gewande des Elends, wie „unter dem Traumzwange längst vergangener Vergangenheit“, Geberden der Grossherzigkeit und Grösse eingebend. Und während die Dichterin zugiebt, dass der als Findelkind unter diese Menschen verschlagene Spross eines alten, edlen Geschlechtes, ein Mensch voll auserlesener Verfeinerung und zarter blutloser Schwäche, dessen Lieben nur noch sein kann wie das saugende „Sichanklammern eines Schattens an etwas Lebendiges“, seine Seele in einer erstarrenden Ahnung erloschen und schwer, ohne Wiederkehr, in die Finsternis des ewigen Nichts versinken fühlt, lässt sie sie aus dem grossen Blick des Neugeborenen, des vaterlosen Kindes einer Dirne, in sieghafter Unsterblichkeit hervorleuchten — aus einem Blick, der ihr noch voll zu sein scheint „von den Dingen der andern Welt“, aus welcher dieses Kind wiedergekehrt ist in das „wilde, schreckliche, wundervolle Land des Lebens.“ „Ich habe mir Entbehren und Darben gewählt“, scheint dieser Blick zu sprechen, „verschwiegene Marter und ruhmlose Kämpfe... Aus den allmächtigen Händen Gottes habe ich mir dies Los genommen und bin hier, es zu leiden“. Denn, heisst es an andrer Stelle, „wer weiss diese Geheimnisse? wer weiss, aus welchen unserer Thränen, aus welcher Arbeit, aus welchen Freuden uns das Kleid der Ewigkeit gemacht wird?“

Das Kleid der Ewigkeit, das wir tragen sollen, wenn dies Leben an uns vorübergerauscht ist wie ein „kurzer Traum“ — wir weben doch zumeist daran, indem wir „Geist schaffen“, Geist schaffen als die einzig lebendige und wie Lebendiges sich wieder fortpflanzende Schöpfung unserer Seele. Mit dieser Grundformel aus *Vita somnium breve* wird der Geist — das „Ziel der Natur“, wie Novalis es nennt —, dessen Ahnung in den Menschen des Ludolf Ursleu nur aufblitzte wie ein kurzes, fremdes Leuchten, hier zum stetig scheinenden Licht, das von den Schatten des Unbewussten nicht mehr verdunkelt werden kann. Doch wie ein herbstlich-kühles Licht ist es, das auf die Menschen dieses Buches niederscheint. Und wie ein Herbstgesang ist das Buch selbst, dem vergänglichem, traumhaft verrauschenden Leben gesungen aus dem „Garten der Erinnerung“ heraus, ein Herbstgesang, übertoll von der „trunkenen Süssigkeit der Neige“. Eine Fülle von Gestalten wird darin lebendig, viel köstliche reife Weisheit fällt uns daraus zu wie „ausgereifte Früchte von einem sommerlichen Baume“; aber es ist alles leicht und leise mit dem traumhaften Hauche ferner Erinnerung behaftet. Die Erinnerungen des Ludolf Ursleu sind gegenwärtig, die gegenwärtigen Begebenheiten in *Vita somnium breve* sind wie Erinnerungen. Und wie milder Herbstschein ruht es auch auf der Liebe, die hier gestaltet ist, der Liebe von Michael und Rose: von Michael mit dem „einfachen Herzen voll Kraft und Güte“ und dem ruhig-schönen Kampfesmut um die Krone des Lebens, und Rose, der „Stillen mit den Götteraugen“, mit den Augen voll unschuldiger Innigkeit, in welchen wie in einem „Zauberbrunnen das Schöne und Wunderbare der Welt sich spiegeln“ muss. „Ich möchte alles verschlingen, bis meine Seele voll wäre“ — so drückt die „kindliche Schwelgerei“ ihres Wesens sich aus; und doch ist sie vor allem die „stille, warme, ruhende Seele, um die herum alles Liebe, Spiel und Schönheit ist.“

Aber auch diese still-beseligte, milde, reife Liebe muss plötzlich und unvermutet vergehen! In Michaels Herzen sinkt sie am Ende betäubt in sich

zusammen — zwar auch vor etwas, wie vor dem Anhauche eines vergeltenden Schicksals; doch nicht mehr in seiner Untreue verfängt ihn dies, sondern in seiner Treue! Vor der nicht minder unaustilgbaren, nicht minder berechtigten Liebe zu seinem Kinde sinkt jene andere zu Boden: vor einer Liebe, die ihm doch „keinen Schwung, keinen Strahl, keine Seligkeit“ giebt, sondern die zehrend das Mark seines Lebens nimmt und — ihn schliesslich allein lässt! So bleibt ihm freilich nichts, als hinunterzusteigen in die Unterwelt seiner Seele, „hinunter in das Reich der Wiederkehr“, um Leben bei den Toten zu finden; dorthin, wo auch die Geliebte noch da ist und seiner wartet. Und als er sie dort gefunden hat bei den anderen Schatten, „die Ruhevolle, die Liebevolle, die Glückselige, die Reine“, als er der Vergänglichkeit sie abgerungen hat zu wahrhaft dauerndem Besitz, da überströmt ihn einen Augenblick lang berauschend das Bewusstsein der Allmacht, der Allgegenwart, der Unvergänglichkeit des Geistes: „Ich kann Tote erwecken“, ruft es in ihm. „Ich habe Leben für das Erstorbene, ich habe Feuer für das Erloschene. Ich habe Klänge in mir, die wie Posaunen über Gräber rufen!“ Aber noch lässt ihn der wilde Drang ins Leben nicht los: „Sollte denn das nun seine Heimat sein, das Schattengefühl, das Geisterreich? Ach, das duftige Land war weit, weit von dem ungeheuren brennenden Herzen der Erde, die ihn trug und mit stiller Majestät durch Sonnen und Sterne rollte...“ Noch ist er nicht heimisch an dem „ewigen Gestade“; doch wie alles dort je Erworbene ewig unverloren ist, so wird auch Michael es immer wieder finden, und in dem Rauschen der alten Pappeln vor seinem Hause, die ihm einstmals den mächtigen Rhythmus rauschten: „O Leben, o Schönheit!“, werden dem Einsamen fortan die „thränenlosen Weihgesänge“ ertönen.

Es ist immer ein Doppeltes in der Kunst Ricarda Huchs: ein Widerspruch und eine neue Einheit. Doch nur der Widerspruch lässt sich aufzeigen, die Einheit nicht; nur der Widerspruch kann von jedem empfunden werden, die Einheit nur von wenigen. Denn nur aus den letzten Gegensätzen ihres widerspruchsvollen, rätselhaften Lebens wächst die Einheit empor, die unfasslich wie ein Hauch des Zukünftigen von ihr zu uns dringt. Wir aber brauchen gewisslich keine Kunst, zu der wir, Sprosse für Sprosse, auf bequemer Stufenleiter gelangen könnten, sondern nur eine, die uns zwingt, uns tragen zu lassen von den schlaffgewordenen Flügeln der Seele „dahin, wo die Gedanken schweigen, dahin, wo Götter wohnen“.

Trinkerbehandlung und Delirium.

Von

Rudolf Wlassak.

(Wien.)

In dem Artikel, den Dr. Ignaz Zadek im vorigen Heft in dieser Zeitschrift veröffentlicht hat¹⁾, findet sich ein Irrtum, der aus einem später zu erwähnenden praktischen Grund nicht ohne Richtigstellung an dieser Stelle bleiben darf. Dr. Zadek schreibt nämlich auf Seite 810: „Das Delirium tremens dagegen, der Säuerwahnsinn, ist ein Zeichen chronischer (dauernder) Alkoholvergiftung, entsteht lediglich bei Gewohnheitstrinkern, und zwar in der Regel bei Entziehung des gewohnten Alkohols.“ Ferner: „Und dasjenige Mittel, um bei einem solchen Gewohnheitstrinker den Ausbruch des Wahnsinns allenfalls zu verhüten,

¹⁾ Ignaz Zadek: Auch ein Beitrag zur Alkoholfrage. Socialistische Monatshefte 1902, II. Bd., No. 10, pag. 809 ff.

besteht in der Darreichung genügend grosser Gaben von alkoholischen Getränken.“ Mit anderen Worten: Dr. Zadek steht auf dem Standpunkt, dass die plötzliche gänzliche Entziehung des Alkohols bei einem Trinker das Delirium hervorrufen könne, dass dieses in diesen Fällen eine sogenannte Abstinenzerscheinung sei.

Diese Anschauung hat lange Zeit mit dogmatischer Sicherheit in der Medicin geherrscht. Sie ist aber heute nahezu gänzlich aufgegeben, wie ein Blick in die neuere psychiatrische Litteratur über den Alkoholismus oder auch in ein Lehrbuch, etwa das Kraepelins, zeigt. Es waren Leiter von Trinkerheilstätten, die es wagten, die Stichhaltigkeit des Dogmas an der Hand der Erfahrung zu prüfen. Sie konnten zu ihrer Ueberraschung feststellen, dass man einem Alkoholiker, ohne einen Deliriumanfall hervorzurufen, den Alkohol plötzlich völlig entziehen kann. Keine gut geleitete Trinkerheilanstalt verfährt heute anders. Auch sehr viele Irrenanstalten in Deutschland, der Schweiz und Oesterreich haben die neue Methode angenommen. Die Erfahrung spricht überall zu gunsten derselben. Die Sache wurde weitläufig auf dem achten internationalen Congress gegen den Alkoholismus im April 1901 in Wien verhandelt. Ein Wiener Irrenarzt, Professor Wagner von Jauregg, trat für die alte Auffassung ein, ohne aber dafür mehr, als theoretische Erwägungen, anführen zu können. Es scheint nämlich festzustehen, dass das Delirium nicht eine einfache acute Steigerung der gewöhnlichen Giftwirkung des Alkohols ist, sondern als eine eigenartige Stoffwechselstörung unbekannter Natur aufgefasst werden muss, die — wiederum aus unbekannten Gelegenheitsursachen — in dem durch den chronischen Alkoholismus veränderten Körper auftritt. In der erwähnten Debatte, die wesentlich von dieser letzteren These ausging, wurde leider von beiden Seiten nicht reinlich die theoretische Frage über das Wesen des Deliriums von der praktischen über die Zweckmässigkeit der plötzlichen völligen Entziehung in der Trinkerbehandlung geschieden. Es ist sehr wohl möglich, dass es sogenannte Abstinenzerscheinungen giebt — ich persönlich halte dies sogar für sichergestellt —, dass aber das Delirium keine solche ist. Es ist weiterhin, wenn man das Delirium als eine auf der Basis des chronischen Alkoholismus entstehende secundäre Stoffwechselstörung auffasst, ganz verständlich, dass es in einer Minderzahl von Fällen auch nach Entziehung des Alkohols auftritt. Doch diese „Theorie“ hat uns hier nicht zu beschäftigen. Festgehalten soll nur werden, dass in der erwähnten Debatte die anwesenden Irrenärzte und Leiter von Trinkerheilstätten, die über hundertfältige, ja insgesamt wohl über tausendfältige Erfahrungen verfügen, sich mit einer einzigen Ausnahme zu gunsten der plötzlichen Entziehung aussprachen. Und auch diese Stimme (Professor Pick-Prag) konnte keine Erfahrungen, sondern nur theoretische Gründe zu gunsten der alten Anschauung anführen. In neuester Zeit ist die Frage von Dr. K. Bonhoefer in einer ausgezeichneten Monographie: Die acuten Geistesstörungen der Gewohnheitstrinker behandelt worden. Bonhoefer sagt da, dass er nach jahrelangen Beobachtungen auf der Breslauer psychiatrischen Klinik es bestätigt fand, „dass auch schwere Alkoholisten die plötzliche Entziehung ohne jede erhebliche Störung ertragen. Es hat sich weiterhin ergeben, dass das Delirium durch Zufuhr von Spirituosen in seinem Verlaufe nicht abgeändert wird.“ Erst als Gefängnisarzt sah er Delirien, bei denen die erzwungene Abstinenz vielleicht nach seiner Anschauung „gepaart mit besonderen Umständen“ als ursächliches Moment nicht ganz auszuschliessen war. Aber diese Fälle (2—3 % von der Gesamtheit der ins Gefängnis eingelieferten Trinker) verliefen aussergewöhnlich milde. Ausserdem muss es dahingestellt bleiben, ob der Widerspruch zwischen den Erfahrungen des Irrenhauses und des Gefängnisses sich nicht doch aus dem im letzteren Fall stärkeren „psychischen Trauma“, das den Eingelieferten traf, zu erklären ist.

Bonhoefer glaubt dies ausschliessen zu können. Man wird aber zugeben müssen, dass auch diese Erfahrungen praktisch zu gunsten der plötzlichen Entziehung sprechen, auch wenn man die theoretische Frage für nicht völlig erledigt halt.

Diese ganze Sache hat nun eine die Grenzen der ärztlichen Behandlung der Trinker in Heilanstalten und Gefängnissen weit überschreitende praktische Bedeutung. Nur um dieser letzteren willen erörtere ich sie hier. Ist nämlich die plötzliche Entziehung des Alkohols gefährlich, kann sie eventuell einen Deliriumanfall hervorrufen, dann ist die Trinkerheilung durch die Abstinenzorganisationen sofort unmöglich geworden. Eine langsame, allmähliche Entwöhnung setzt eine moralische Disciplin voraus, die das geschwächte Gehirn des Alkoholikers ohne zwangsmässige Beschränkung der Trinklegenheit niemals aufbringen kann. Diese allmähliche Entziehung könnte also — wenn sie nötig und zweckmässig wäre — nur in Anstalten durchgeführt werden. Nun ist heute jedermann, der sich mit diesen Dingen befasst hat, völlig überzeugt, dass ein Trinker nur durch dauernde und völlige Abstinenz geheilt werden kann. Andererseits ist die Trinkerheilung durch die Vereinsthätigkeit nicht nur eine höchst notwendige, sondern auch eine aussichtsreiche Sache. Gut geleitete Trinkerheilstätten für Unbemittelte giebt es heute nur sehr wenige, auch ist es psychologisch und vor allem ökonomisch meist sehr schwer, die Alkoholiker dahin zu bringen, sie aufzusuchen. Die Guttempler in Norddeutschland können auf Hunderte solcher geheilter Fälle hinweisen. Auch die junge Abstinenzbewegung der organisierten Arbeiterschaft in Wien kann solche Erfolge anführen. Erst von wenigen wurde dies öffentlich anerkannt. Im grossen Saal des neuen Wiener Arbeiterheims hielt der bekannte Schweizer Psychiater Professor Forel einen Propagandavortrag für die Abstinenz. In der anschliessenden Debatte sprach auch Genosse Dr. Victor Adler. Er konnte darauf hinweisen, dass es den Wiener Abstinenten in einer ganzen Anzahl von Fällen gelungen ist, Arbeiter, die durch der Alkohol an den Rand des Abgrunds gekommen, die aber vorher thätige, tüchtige Parteigenossen waren, zu heilen und so der socialdemokratischen Bewegung wiederzugeben. Mit dem Erstarken der Abstinenzbewegung werden diese Fälle natürlich immer zahlreicher werden.

Ich möchte durch diese Zeilen nicht das Missverständnis erwecken, dass die Abstinenzbewegung in der Trinkerheilung ihre Hauptaufgabe zu sehen hat. Im Gegenteil, ihre eigentlichste Aufgabe ist die Verhütung sowohl der schweren Trunksucht als auch der culturell noch weit gefährlicheren milden Alkoholversimpelung. Aber ich meine, dass die erstere Aufgabe auch nicht vernachlässigt werden darf, denn es ist sehr gut, das Entstehen eines Schadenfeuers zu verhüten, es ist aber auch sehr zweckmässig, wenn es brennt, die Feuerwehr zu holen. Wer das alte Vorurteil, das in Laienkreisen so zäh haftet, dass die plötzliche Alkoholentziehung gefährlich ist, stützt, der erschwert die freiwillige Arbeit der Trinkerheilung. Thut dies überdies ein Arzt in einer Zeitschrift, die für einen nichtärztlichen Leserkreis bestimmt ist, so muss mit besonderem Nachdruck festgestellt werden, dass diese Anschauung bereits überholt ist.

Rundschau.

Oeffentliches Leben:

Politik.

Der Reichstag hat am 14. October seine Sitzungen wieder aufgenommen und ist alsbald (am 16.) in die zweite Beratung des Zolltarifs eingetreten. Nicht nur auf seiten

der bürgerlichen Parteien, sondern auch auf seiten der Regierung besteht ein lebhaftes Interesse an einer raschen Entscheidung der Frage, ob zwischen der Regierung und einer Majorität eine Verständigung möglich ist. Nur unter dieser Voraussetzung hat überhaupt die Weiter-

beratung noch Sinn. Um nun diese gewünschte Klarheit zu schaffen, ist man sofort zur Beratung desjenigen Punctes übergegangen, an dem der ganze Tarif zu scheitern droht: man hat mit den Getreidezöllen begonnen, weil hier bekanntlich die Commissionsbeschlüsse von der Regierungsvorlage abweichen. Der Reichskanzler hat die weitschweifigen Debatten mit einer Rede eröffnet, in der er eine Erhöhung der Minimalzölle auf Getreide über die Regierungsvorlage hinaus als unannehmbar für die verbündeten Regierungen bezeichnete. Aus der Rede ging aber auch ausserdem hervor, dass die Regierung dem Schicksal der Zollvorlage im Reichstag ziemlich teilnahmslos gegenübersteht. Denn es giebt auch ohne die Vorlage noch Wege, um zu Handelsverträgen mit dem Auslande zu gelangen. Den Agrariern bemerkte der Kanzler, dass bei einer Ablehnung des Entwurfes sie ganz allein die Verantwortung trügen. Denn der Landwirtschaft zuliebe sei die Vorlage überhaupt ausgearbeitet worden; falle der Entwurf, so trügen die Agrarier selbst die Schuld, wenn die Landwirtschaft eine weitere staatliche Begünstigung nicht erfahre. Nach dieser Stellungnahme der verbündeten Regierungen trat man in die Beratung ein, für die selbst freilich kein Interesse mehr vorhanden ist. Alle Spannung concentrirte sich einzig und allein auf die Abstimmung, die zwar auch noch keine endgültige Entscheidung brachte, immerhin aber doch symptomatische Bedeutung für die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu der Hauptfrage des Zolltarifes hat. Sie fiel aus, wie erwartet. Nachdem die Anträge des Bundes der Landwirte gegen etwa 44 Stimmen abgelehnt waren, wurden die Vorschläge der Commission mit erheblicher Majorität angenommen. Die schutzzöllnerischen Parteien sind dadurch arg in die Enge getrieben, und die Bestrebungen für einen Ausgleich mit der Regierung sind noch viel lebhafter, seitdem eine Nachgiebigkeit der Regierung nicht mehr zu erwarten ist. Denn dass jetzt noch ein Unfall der Regierung erfolgen sollte, ist selbst für diejenigen nicht mehr anzunehmen, die dem agrarischen Herzen des Reichskanzlers alles und jedes Entgegenkommen zugetraut hatten. Da wird nun eben, da die Regierung selbst nichts mehr sich abhandeln lässt, die Regierungspartei umfallen müssen. Zwar, auch sie verlangt noch immer von der Regierung ein Einlenken und liess durch den Abg. Herold versichern, dass sie auf den Commissionsbeschlüssen unweigerlich bestehe, aber neben den Herold und Heim

diplomatisieren schon längst die Müller-Fulda und Spahn auf eine Verständigung mit der Regierung hin. Namentlich Herr Spahn, der nicht Diplomat genug, um sich nicht zu verraten, hat schon in der Commission, nun aber auch wieder im Plenum von „vorläufigen“ Beschlüssen geredet. Den endgültigen soll also nicht vorgegriffen werden; für diese behält sich das Centrum auch jetzt noch freie Hand. Es ist die alte Sache beim Centrum, zwischen der zweiten und dritten Lesung umzufallen: so war's bei Militair- und Flottenvorlagen, so wird's diesmal wohl auch bei dem Zolltarife sein. Nur wurden die Schwenkungen unter Windthorst immer klug und zur Stärkung der Centrumpartei, unter Lieber immerhin noch einigermaßen geschickt ausgeführt; bei der neuesten Action freilich fehlt jede glaubhafte Motivierung des Umfalls, nachdem man sich auf die Commissionsbeschlüsse festgebissen hat. Auch nützt diesmal der Unfall dem Centrum sicherlich nicht nach oben, wohl aber schadet er ihm bei den Wählern: in den Kreisen der Bauern und bei den Arbeitern. Beide Wählergruppen werden bei den nächsten Wahlen vom Centrum abrücken, sobald es der Regierungsvorlage zum Siege verhilft. Der Hinblick auf diese ungünstigen Wahlichancen ist in der Hauptsache bis jetzt noch immer das stärkste Gegengewicht gegen den Unfall. Ob es stark genug ist, um das Centrum zu bewegen, seiner agrarischen Richtung treu zu bleiben, steht bei dem grossen parteipolitischen Einfluss der Spahn, Müller-Fulda und Bachem dahin. Jedenfalls weiss aber das Centrum, dass ein Unfall um so ungünstiger auf die Wählermassen wirken muss, je kürzere Zeit er vor dem Wahltermine erfolgt.

*

Fast zu gleicher Zeit sind vor kurzem in Preussen zwei Beamte bürgerlicher Herkunft zu **Oberpräsidenten** berufen worden. Diese Thatsache giebt einem Teil der liberalen Presse Veranlassung, zu untersuchen, ob aus diesen Berufungen nicht eine veränderte Richtung der inneren Politik spreche. Man glaubt zu finden, dass die Beschwerden des liberalen Bürgertums über die Bevorzugung des Adels endlich einmal Beachtung gefunden haben. Die bürgerliche Herkunft der beiden Oberpräsidenten genügt allein schon, um den Liberalismus mit kühnen Hoffnungen auf ein baldiges Ende der Junkervorherrschaft zu erfüllen. Dabei übersieht man aber ganz, dass wie immer, so auch in dem vorliegenden Falle, die Männer bürgerlicher Herkunft von liberalen An-

schauungen nichts wissen wollen, sondern als Beamte sich möglichst eng den conservativ-bureaukratischen Anschauungen anschliessen. Wenn man gar glaubt, dass der neue Oberpräsident der Provinz Hannover dazu ausersehen sei, bei den Beamten und vornehmlich den Landräten auf eine bessere Stimmung für die Canalvorlage hinzuwirken, so ist das wieder eine Täuschung, denn der neue Oberpräsident steht der Canalvorlage nach seinen eigenen Aeusserungen sehr kühl gegenüber. Nein, alle diese Speculationen der liberalen Presse sind hinfällig, sobald man zusieht, wie fest die Junker noch im Sattel sitzen. Erst kürzlich ist im preussischen Ministerium des Innern der für die Ernennung der Beamten wichtigste Posten des Personalreferenten neu besetzt worden. Und wer wurde auf diesen Posten berufen? Ein adeliger „Canal-rebell“, Herr von Dallwitz. Solange die Ernennungsvorschläge von lauter adeligen Instanzen ausgehen, solange die Junker die Regierung brüskieren können, dafür noch Beförderungen erhalten und sogar Carriere machen, so lange ist aus der Besetzung hoher Verwaltungsämter durch Männer bürgerlicher Herkunft nichts weiter zu entnehmen, als dass auch die Junker bei der Besetzung von Stellen, die ein hohes Mass von Intelligenz und Arbeitsfähigkeit erfordern, den fehlenden Bedarf aus bürgerlichen Kreisen insoweit decken, als diese sich bestrebt zeigen, den gouvernementalen conservativen Anschauungen sich zu acclimatisieren.

*

Für die politischen Absichten der **Vereinigten Staaten** ist die Besetzung der Landenge von Panama von weittragender Bedeutung. Ein Angriffsversuch columbischer Aufständiger auf die Panamabahn war die Veranlassung, dass sowohl in Panama als in Colon americanische Kriegsschiffe zahlreiche Truppen mit Geschützen ausgeschifft haben, um die Bahn zu besetzen. Die Regierung von Columbia hat zwar gegen diesen Schritt der Americaner Einspruch erhoben, aber die Regierung der Vereinigten Staaten lässt sich dadurch nicht im geringsten beirren. Vom Golf von Mexico bis zum Stillen Ocean ist die ganze Bahnlinie durch dieses Vorgehen nunmehr im Besitz der Vereinigten Staaten.

Richard Calwer.

Wirtschaft.

Die Wetterwolke in den **Vereinigten Staaten**, von denen die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschaftskrisis in so hohem Masse abhängt, hat sich immer

drohender zusammengeballt. Auch die grossen Centralen des europäischen Geldumlaufs- und Leihcapitalmarktes griffen bereits zu Vorsichtsmassregeln, damit eine anstürmende allgemeinere Panik sie nicht unvorbereitet trifft.

Ende September setzte in New York eine beängstigende „Geldklemme“ ein — wie immer, wenn in den Transactionen nicht mehr alles stimmt, wenn der glatte Fluss der Geschäfte durch Misstrauen und abnorme Ereignisse unterbrochen ist. Die grossen Finanzconsortien, mit ihren Verschmelzungs- und Trustplänen, scheinen nun doch die Grenzen ihrer Kraft überschritten zu haben; gerade bei den Eisenbahncliquen gab das erste Zeichen der Schwäche den Anstoss zu einer grossen Börsenderoute. Die Banken wurden von den Maklern mit Darlehnsge suchen überlaufen, die Sätze für tägliches Geld stiegen bis auf 35 0/0, dem höchsten in diesem Jahre überhaupt gezahlten Satz. Der Schatzsecretair Shaw sprang zwar den bedrängten Banken bei, indem er der Sicherheitsstellung für die deponierten Regierungsgelder elastischere Grenzen zog und so die Notenausgabe erleichterte. Aber von einer Rückkehr zu leidlich normalen Verhältnissen ist noch lange keine Rede und wird vielleicht in absehbarer Zeit nie wieder die Rede sein.

*

Diese Beurteilung kam auch am 2. October in der englischen **Disconterhöhung** um ein volles Procent zum Ausdruck: von 3 0/0 (seit dem 6. Februar) auf 4 0/0. Die deutsche Reichsbank folgte am 4. October mit dem gleichen Schritte, um den heimischen Geldbestand zu schützen und nach Möglichkeit den Rückfluss von Guthaben im Auslande, nicht zum wenigsten in America, zu verstärken.

*

Der nunmehr beendete americanische **Kohlenbergwerksausstand** verschaffte vorübergehend der europäischen Kohlenproduction durch verstärkte Ausfuhr Luft, vor allem England, das den Rückgang des Exportes nach der Auferlegung des Kohlenexportzolls wieder einzuholen beginnt.

Die deutschen Kohlengrubenbesitzer speculieren in ähnlicher Weise auf den Fortgang des Strikes in Frankreich.

*

Für den **Reichsbankausweis** vom 30. September gilt abnormals die von uns schon mehrfach hervorgehobene Eigentümlichkeit: trotz der stillen Zeit zeigt die Anlage in Wechsell und Lombard einen

enorm hohen Stand. „Die Leitung der Reichsbank“, schreibt die Vossische Zeitung, „war sehr wohl darauf vorbereitet, dass der Quartalswechsel vom Ultimo September recht bedeutende Anforderungen an das Institut stellen würde, indes wurde sie doch durch die ausserordentliche Höhe derselben überrascht. Zum allgemeinen Erstaunen trat die Thatsache hervor, dass die Geldentnahmen bei der Bank nicht nur die Parallelziffern sämtlicher Vorjahre überschritten, sondern dass überhaupt nur einmal seit Bestehen der Bank, nämlich Ultimo December 1900, ein stärkerer Geldbegeh bei ihr Befriedigung gesucht hatte.“ Optimistische Beobachter wollen daraus

schliessen, dass trotz der Depression die wirtschaftliche Thätigkeit doch, stärker als vermutet, aufrechterhalten worden sei. Im allgemeinen scheint uns jedoch die entgegengesetzte Schlussfolgerung von neuem bestätigt: weil der normale Umschlag von Ware und Geld stockt, wird der Wechselcredit stärker angespannt, und weil die mehr locale Creditvermittlung — teils aus gesteigerter Vorsicht, teils wegen eigener verminderter Leistungsfähigkeit — versagt, so ist der Andrang zu der Reichscentrale um so ungestümer.

Wir geben, wie immer am Quartalsschluss, einige Ziffern aus der Wochenübersicht (vom 30. September) wieder:

Activa.		Abnahme resp. Zunahme gegen die Vorwoche	
1. Metallbestand (der Bestand an cursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Kilogramm fein zu 2784 Mk. berechnet	839 804 000 Mk.	—	126 466 000 Mk.
2. Bestand an Reichscassenscheinen	23 990 000 „	—	3 993 000 „
3. Bestand an Noten anderer Banken	10 560 000 „	+	3 233 000 „
4. Bestand an Wechseln	984 042 000 „	+	242 599 000 „
5. Bestand an Lombardforderungen	172 730 000 „	+	111 574 000 „
6. Bestand an Effecten	135 950 000 „	+	29 940 000 „
7. Bestand an sonstigen Activen	87 691 000 „	—	1 439 000 „
Passiva.			
8. das Grundcapital	150 000 000 Mk.	unverändert	
9. der Reservefonds	44 639 000 „	unverändert	
10. der Betrag der umlaufenden Noten	1 495 370 000 „	+	296 946 000 Mk.
11. die sonst täglich fälligen Verbindlichkeiten	539 202 000 „	—	43 293 000 „
12. die sonstigen Passiva	25 556 000 „	+	1 795 000 „

Bei den Abrechnungsstellen wurden im September 2 413 119 200 Mk. abgerechnet.

Die Veränderungen der Woche waren die folgenden:

	1902	1901	1900	1899
		(in 1000 Mk.)		
Metallbestand	— 126 466	— 111 185	— 105 639	— 115 174
Wechsel	+ 242 599	+ 133 377	+ 188 975	+ 209 050
Lombard	— 111 574	+ 63 375	+ 42 800	+ 44 978
Giroguthaben	— 43 293	— 169 562	— 86 344	— 107 214
Steuerpflichtige Noten (absolut)	151 016	108 608	292 527	371 233

*

In ein ganz neues Stadium ist die Frage des Schiffahrtstrusts getreten, und zwar durch das Eingreifen der englischen Regierung, die sonst gerne Passivität als die beste internationale Wirtschaftspolitik predigte. Selber hat sie sich eigentlich um ihre Predigten nie allzu viel gekümmert, aber dass sie, was die Europa-America-Fahrt anlangt, mit den directen Staatsubventionen beginnen würde, ist noch immer ein ungewöhnlicher Schritt. Mit der Cunard-Gesellschaft ist nämlich — nach Mitteilungen, die zuerst der englische Handelsminister Gerald Balfour in einer öffentlichen Rede vor der Sheffielder Messerschmiedegilde machte — seitens der englischen

Regierung vereinbart worden, dass sie in jeder Hinsicht eine englische Gesellschaft bleiben soll, mit einem englischen Aufsichtsrat, und dass ihre Actien nur an britische Unterthanen übergehen dürfen. Ihre Schiffe sollen von britischen Officieren geführt werden. Die Gesellschaft verpflichtet sich, zwei Schiffe von 24 bis 25 Knoten, also einen Knoten mehr als die schnellsten der anderen Flotten, bauen zu lassen, diese wie alle anderen Schiffe der Gesellschaft bleiben zur Verfügung der Admiralität, die sie jederzeit zu vertragsmässig festgesetzten Bedingungen ermiethen oder ankaufen kann. Dafür streckt ihr die Regierung nicht nur das Geld zum Bau dieser Schiffe, 30 bis 40 Millionen Mark, zu dem geringen Zins-

fuss von $2\frac{3}{4}$ 0' vor, sondern die Cunard-Linie erhält auch noch einen jährlichen Zuschuss von 3 Millionen Mark. — Die Ent-rüstung unserer deutschen subventionierten Rhedereien ist allerdings etwas gemacht, denn wenn sie ihre Subventionen auch nur für die Asien- und Australienfahrt beziehen, so ändert das am Wesen der Sache nichts und schliesslich gehen ja alle Zuschüsse in eine gemeinsame Casse und beeinflussen die Gesamtlage des Norddeutschen Lloyd sowohl wie der Hamburg-America-Linie. Aber mit einer Verstärkung der Subventionsströmung werden wir wahrscheinlich auch in Deutschland und in anderen Ländern, in erster Linie in Frankreich, rechnen müssen.

*

In der Statistik der deutschen Lebensversicherung, wie sie soeben von der Gothaer Gesellschaft (für 45 Gesellschaften) veröffentlicht wird, tritt der Umschlag der Wirtschaftsjunctur gleichfalls zu Tage, wenn natürlich auch nicht so direct, wie auf anderen Gebieten. In der Zahl der Versicherungen zeigte das Jahr 1900, das eigentliche Katastrophenjahr, die geringste Zunahme (3,49 0/0); 1901 mit 3,97 0/0 ist bereits wieder etwas günstiger, aber es steht noch immer beträchtlich unter den guten Jahren 1897, 1898, 1899. In der Zunahme der Versicherungssumme steht sogar 1901 noch unter 1900 und erst recht unter den vorangegangenen Jahren.

Abnorm hoch ist der Abgang durch Aufgabe und Verfall der Versicherung; dieser Abgang umfasste 1901 nicht weniger als 35 479 Policen über $154\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Hier kommen auch grosse Missstände im Privatversicherungswesen selber zum Ausdruck, und es wäre zu wünschen, dass das neue Reichsamt für Privatversicherungswesen bezw. der Reichsversicherungsbeirat für vollste statistische Klarstellung dieses noch etwas dunklen Gebietes sorgen wollte.

*

Kurze Chronik. Die Mannheimer Actiengesellschaft für chemische Industrie ist Ende September verkracht, und zwar unter Feststellung der tollsten Buchfälschungen seit 1894, also seit nicht weniger als acht Jahren, ohne dass die Aufsichtsräte in ihrer decorativen Ueberflüssigkeit etwas davon zu merken brauchten. Die Fabrik zahlte jährlich 6—8 0/0 Dividende, die offenbar ganz illusorisch waren. Das Actien-capital von $2\frac{1}{2}$ Mill. Mk. ist als verloren zu betrachten, doch sollen die Mitglieder des Aufsichtsrats haftbar gemacht

werden. Director Boehm ist verhaftet. — Die Helios-Elektricitäts-A.-G. will sich am 28. October „reconstruieren“. Das Jahr 1901-1902 hat, zuzüglich des vor-jährigen Verlustes von 4,9 Mill. Mk., mit einer Unterbilanz von 8,85 Mill. Mk. abgeschlossen, gegenüber einem Actien-capital von 20 Millionen.

Max Schippel.

Socialistische Bewegung.

Der schwedischen Socialdemokratie haben die Reichstagswahlen einen schönen Erfolg gebracht. Nicht nur wurde das Stockholmer Mandat des Genossen Branting mit 1560 gegen 954 Stimmen behauptet, sondern es wurden noch drei neue Mandate hinzuerobert: in Vesteros siegte Genosse Victor Larsson mit 459 gegen 442 Stimmen, in Ystad Genosse F. V. Thorsson mit 497 gegen 449 Stimmen, in Malmö Genosse N. Persson, Vorsitzender des Maurerverbandes, mit 2581 gegen 2207 Stimmen. Dabei ist das jetzige Wahlrecht sehr ungünstig für die Arbeiter; kommt erst die in Aussicht gestellte Wahlreform zu stande, dann ist für die Socialdemokratie ein noch viel stärkerer Zuwachs an Mandaten zu erwarten.

*

Kurze Chronik. Am 2. October feierte Reichstagsabgeordneter Genosse Meister, der Vorsitzende der Controlcommission der deutschen Socialdemokratie, seinen 60. Geburtstag. — Am gleichen Tage starb in New York Genosse Jakob Franz, einer der ältesten Vorkämpfer unserer Partei, der Redacteur des vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein herausgegebenen Blattes: Der Proletarier. — Der Vorwärts besitzt seit kurzem seine eigene Druckerei in Berlin SW., Linden St. 69; die Redaction und Expedition ist nach dort verlegt worden. — Auch die Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung hat vor kurzem ihr eigenes Heim bezogen. — In Mannheim behauptete bei den Gemeinderatswahlen in der dritten Steuerklasse die Socialdemokratie sämtliche zwanzig Mandate; in der zweiten Steuerklasse gewannen die verbündeten Socialisten und Demokraten acht Sitze, der Rest fiel den Liberalen zu, das Centrum fiel gänzlich durch. — Am 30. September verwarf das Reichsgericht die vom Genossen Heine namens der Redacteurs der Gazeta Robotnicza eingelegte Revision; das Beuthener Urtheil, welches den Genossen Morawski zu zwei Jahren, die Genossin Dr. Caspari-Golde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, bleibt somit in Kraft. — Am 8. September feierten die Genossen von

Wien die Eröffnung des Arbeiterheims Favoriten. Die Festrede hielt Victor Adler. — Vom 21. bis zum 24. September tagte in Issoudin der Sondercongress des Parti ouvrier français (Guesdisten). — Am 27. wurde in Commeny der gemeinsame Congress des Parti socialiste de France (Guesdisten, Blanquisten und verwandte Gruppen) eröffnet. — Die bisherigen Guesdisten von Caudry sind aus dem Parti ouvrier français ausgetreten, ebenso jene von Roanne. — Am 28. September trat in Zwolle der Parteitag der socialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands zusammen. Es wurde ein neues Parteistatut beschlossen, das auf eine Vereinheitlichung der Organisation abzielt. — In Mexiko erscheint seit kurzem ein socialdemokratisches Parteiblatt; es ist halb spanisch, halb englisch geschrieben und heisst: Hormiga de Oro. *Ladislau Gumpłowicz.*

Gewerkschaftsbewegung.

Mit dem Fortschreiten der Jahreszeit macht sich eine bedeutende **Verschlechterung der Wirtschaftslage** bemerkbar. Besonders in der Kohlen- und Eisenindustrie, deren Geschäftsgang immer ein guter Gradmesser zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage überhaupt ist, nimmt die Depression wieder zu. Auch in der Textilindustrie, die einige Zeit lang gut beschäftigt war, ist die Stockung jetzt eine allgemeine. In all diesen Industrien mehren sich mit jedem Tage die Betriebseinschränkungen, die Lohnreduktionen, die Arbeiterentlassungen. Einzig im Baugewerbe war bisher noch verhältnismässig günstige Beschäftigung, doch wirkt hier wieder die sich schon frühzeitig einstellende kältere Witterung sehr nachteilig auf den Arbeitsmarkt.

Es sind trübe Aussichten, die sich der deutschen Arbeiterschaft für den Winter eröffnen.

Diese Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage hat natürlich für die Gewerkschaftsbewegung grosse Nachteile im Gefolge. Mehr als in der ganzen letzten Zeit müssen sie sich in der Durchführung ihrer Aufgaben Zurückhaltung auferlegen, sind sie zur Abwehr von Uebergriffen des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft genötigt; andererseits werden die Unterstützungs- und Casseneinrichtungen der Gewerkschaften stärker in Anspruch genommen, was sich aus den Abrechnungen einiger grösserer Organisationen ergibt.

Soweit ein Ueberblick möglich ist, kann festgestellt werden, dass diese Ungunst der

wirtschaftlichen Verhältnisse einen weiteren Rückgang der Mitgliedsziffern der Gewerkschaften nicht herbeigeführt hat. Im Gegenteil: Verschiedene Organisationen, welche das vorige Jahr mit teilweise erheblichen Mitgliederverlusten abschlossen, beginnen sich wieder zu kräftigen.

Die **deutsche Strikebewegung** ist auch im letzten Monat sehr beschränkt geblieben. Es sind im wesentlichen nur Abwehrstriks, die im letzten Monat geführt worden sind und noch geführt werden. Alle diese Kämpfe anzuführen, ist uns im Rahmen dieser Rundschau nicht möglich. Von bemerkenswerten Kämpfen nennen wir nur die Abwehrkämpfe der Stahlformer in Güstrow, der Metallarbeiter in den Cöln-Lindenthaler Metallwerken, der Dreher in den Borsig-Werken, Berlin (dieser Strike ist trotz der Sympathieen weiter bürgerlicher Kreise verloren gegangen); ferner den Ausstand der Rollkutscher am Anhalter Bahnhof, Berlin, der Leistenvergolder, Berlin, die Aussperrung der Aluminiumschläger in Nürnberg, Fürth und Schwabach. Der Strike der Bauklempner in Berlin, wie der der Dresdener Feingoldschläger und der der Cigarrenarbeiterinnen in Eupen endeten mit einem vollen, der Strike der Berliner Bau glaser mit einem teilweisen Erfolg, der Strike der Tischler in Zeulenroda und die Bewegung der Klempner in Hamburg ohne Erfolg. Der grosse Kampf der Berliner Tischler um den Arbeitsnachweis ist noch nicht beendet.

An Strikeprovocationen des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft fehlt es natürlich nicht. Doch ist die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu verständig, um auf diese Provocationen einzugehen. Sie wählt sich zu ihren Lohnbewegungen die Zeit, die dafür den besten Erfolg verbürgt, und dann wird sie dem Unternehmertum für all die Provocationen und Brutalitäten in der schlechten Geschäftszeit reichlich quittieren.

Im Mittelpunkt der ausländischen **Strikebewegung** standen zwei grosse Kämpfe. Zunächst der der Kohlenarbeiter strike in Nordamerica, der insgesamt über fünf Monate währte und trotz grosser Kohlennot und mit grosser Erbitterung geführt wurde, auf seiten des Unternehmertums mit all den schönen Mitteln, die ihren Kämpfen der letzten 10 Jahre eine gewisse Berühmtheit verschafft haben. Ferner der Generalstrike der französischen Bergarbeiter, der zwecks Durchführung des

gesetzlichen Achtstundentages, eines gesetzlichen Minimallohnes und einer ausreichenden Unterstützung im Falle der Arbeitsunfähigkeit proclamiert worden ist.

Von sonstigen Bewegungen nennen wir nur noch den Weberstrike in Como, an dem ca. 7000 Arbeiter beteiligt waren und der mit einem teilweisen Erfolg beendet wurde, und den grossen Strassenbahnerstrike in Genf.

*

Ein ausserordentlicher Congress des schweizerischen Gewerkschaftsbundes fand am letzten Septembersonntag in Olten statt. Wichtigster Beratungsgegenstand desselben war die Frage der Reorganisation des Bundes im Sinne der Verlegung des Schwergewichts der Gewerkschaftsbewegung in die einzelnen Berufsverbände. Bereits auf der Ostertagung in Bern wurde ein dahingehender Beschluss gefasst, doch wurde derselbe von der Mehrzahl der Mitgliedschaften verworfen. Dieser Opposition wurde Rechnung getragen, dahingehend, dass für jene Gewerkschaften, welche den Bund mit Strikeunterstützung nicht in Anspruch nehmen, der Bundesbeitrag auf 10 Cts. für männliche, auf 5 Cts. für weibliche pro Monat ermässigt wurde, während er bisher 30, 20 und 10 Cts. betrug. Im übrigen wurde die Umwandlung der jetzt zweimal wöchentlich erscheinenden Arbeiterstimme in ein Wochenblatt und die Anstellung einer Secretairin beschlossen.

*

Ebenfalls von Interesse für uns sind mehrere französische Gewerkschaftscongresse, die in letzter Zeit stattfanden. So tagte in Montpellier der Delegiertentag der Confédération générale du travail, einer Vereinigung, die ihr Entstehen der Idee des Generalstrikes verdankt, und in Algier Mitte September der Congress der Fédération des bourses du travail, einer Vereinigung der französischen Arbeitsbörsen. Das Ergebnis dieser Tagungen war eine Verschmelzung beider Organisationen unter dem Namen Confédération générale du travail. Beide Organisationen sollen allerdings als autonome Sectionen weiter bestehen, die eine soll hauptsächlich Arbeitsnachweis und Fortbildungscurse pflegen, während die andere Section die übrigen gewerkschaftlichen Interessen, also Lohnfragen etc. vertritt, beide unterstützen aber einer gemeinsamen Leitung, an die 5 % der Einnahmen abzuführen ist.

*

Das meiste Interesse erfordert aber jedenfalls der diesjährige englische Gewerk-

schaftscongress, der in der ersten Septemberwoche in London tagte. Derselbe war von ganz besonderer Bedeutung, sollten durch ihn doch Massregeln getroffen werden gegen den Taff-Vale-Entscheid des Lordobergerichts, der das englische Gewerkschaftswesen zu bedrohen schien. Der Congress protestierte mit allem Nachdruck gegen die Urteile der Lords und der anderen Gerichtshöfe, die „den Arbeitern das Recht der Vereinigung rauben und ihre mit so vielen Opfern gesammelten Fonds in ernstester Weise gefährden“, und verlangte eine bessere Codifizierung des Gewerkschaftsrechts, dahingehend, dass man den Trades-Unions durch Gesetz in nicht misszuverstehender Weise sichert, was ihnen durch den Taff-Vale-Entscheid geraubt worden ist, ferner die Legalisierung des friedlichen Strikepostenstehens, die Rechtmässigkeit des Strikes, eine klare Erklärung des Begriffes der Verschwörung und eine klare Fassung der Arbeitergesetze.

Im Zusammenhang mit dieser Frage standen die Beratungen über die Schaffung einer selbständigen Arbeitervertretung im Parlament. In der lebhaften Debatte über diese Frage erwies sich, dass alle Gewerkschaften von der Notwendigkeit der politischen Action überzeugt sind. Dagegen zeigte sich ein grosser Meinungsunterschied darüber, ob die politische Action unabhängig von der liberalen Partei unternommen werden sollte. Das Comité für parlamentarische Arbeitervertretung wurde beauftragt, eine Conferenz derjenigen Körperschaften einzuberufen, die für die politische Action eintreten, um eine gemeinsame Grundlage zu schaffen für die politische Thätigkeit der Arbeiter.

Im übrigen befasste sich der Congress mit dem Cartellwesen, den Schiedsämtern, der Kinderarbeit u. a.

Man darf erwarten, dass mit diesem Congress eine Wendung des englischen Gewerkevereinswesens in fortschrittlichem Sinne eingeleitet worden ist.

*

Kurze Chronik. Die Berliner Gewerkschaftscommission und das Magdeburger Gewerkschaftscartell haben sich gegen facultative Einführung der Verhältnisswahlen bei den Gewerkeberechtigten ausgesprochen. — Das letztere Cartell hat beschlossen, im November eine Arbeitslosen-zählung vorzunehmen. — Das Frankfurter Gewerkschaftscartell hat beim Magistrat die Vornahme einer Arbeitslosen-zählung angeregt. Lehnt der Magistrat ab, will das Cartell selbst mit Unter-

stützung des Gewerberats die Zählung vornehmen. — Die Mitglieder des Dachdeckerverbandes lehnten in Urabstimmung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ab. — Die Vertreter der deutschen und dänischen Glasarbeiterorganisationen beschäftigten sich in einer gemeinsamen Konferenz in Berlin mit Massnahmen aus Anlass der Krisis in der Glasindustrie, dem Arbeitsnachweis und der Einwanderungsfrage. — Das Breslauer Gewerkschaftscartell beschloss die Gründung eines Genossenschaftsbarbieregeschäfts für gemassregelte Barbieri. — Der Handschuhmacherverband wählte sich durch Urabstimmung einen neuen Vorsitzenden. — Eine internationale Bergarbeiterkonferenz, an der die deutschen, österreichischen, belgischen, französischen und englischen Organisationen beteiligt waren, befasste sich mit der Frage der Begründung eines internationalen Bergarbeitersecretariats. — Das Crefelder Gewerkschaftscartell verpflichtete die ihm angeschlossenen Organisationen, in Zukunft mit den christlichen Gewerkschaften nicht mehr gemeinsame Agitationsversammlungen einzuberufen. — Die Sonderorganisation der Lithographen etc. und der Centralverband der Civilberufsmusiker hielten im Laufe des September ihre Verbandstage ab. — Die Gewerkschaft der Cigarrensortierer giebt seit kurzem ein eigenes Fachorgan heraus. — Der Verband der Verwaltungsbeamten in Ortscassen etc. hat auf seiner Generalversammlung den Anschluss an die Generalcommission abgelehnt. — Die Gründung des christlichen Reichsarbeitersecretariats, die auf dem christlichen Gewerkschaftscongress in München beschlossen worden war, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. — Unter den italienischen Gewerkschaften macht sich eine Bewegung auf grössere Centralisation bemerkbar.

Ernst Deinhardt.

Genossenschaftsbewegung.

Die Früchte der Kreuznacher Vergewaltigung beginnen zu reifen. Unter den Consumvereinen im Allgemeinen Verband regt es sich. In 6 von den 8 noch dort befindlichen Unterverbänden sind bereits ausserordentliche Verbandstage mit der Tagesordnung: Austritt aus dem Allgemeinen Verbands einberufen oder beantragt worden. Der grosse Verband süddeutscher Consumvereine und sein Director Barth-München ist mit gutem Beispiel vorgegangen und hat auf einem am 5. October in Stuttgart abgehaltenen

Verbandstag mit 50 gegen 7 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen die Ausscheidung beschlossen. Und dieses Ergebnis wird vorbedeutend sein. Auf dem am 12. October abgehaltenen ausserordentlichen Verbandstag der brandenburgischen Consumvereine zeigte es sich gleichfalls, dass 16 von 23 Delegierten sich auf die Seite der Ausgeschlossenen stellten, und nur einem Geschäftsordnungskniff des noch zum Allgemeinen Verband haltenden Verbandsdirectors gelang es, diesmal noch eine Abstimmung über die Lostrennung von demselben zu verhindern, die aber nun unfehlbar auf einem demnächst zu berufenden Verbandstag stattfinden wird. Und so wird es überall gehen. Die Empörung über die Misshandlung der Consumvereine seitens des Allgemeinen Verbandes ist zu gross; in den meisten, wenn nicht in allen Unterverbänden wird daher voraussichtlich die Majorität für den Austritt sein. So wird der Herr Verbandsanwalt bald die Freude haben, nur noch einige vereinzelte ihm treu gebliebene Consumvereine hinter seinen Fahnen hermarschieren zu sehen. Die demnächst einzuberufende constituierende Versammlung des Verbands deutscher Consum- und Productionsgenossenschaften aber wird ein wohl vorbereitetes Feld finden.

Eine weitere erfreuliche Wirkung der Kreuznacher Vorgänge documentiert sich in einem Artikel des Gewerkvereinsboten, des Organs der Düsseldorfer Gewerkvereine (Hirsch-Dunckerscher Richtung). Nach einer scharfen ironischen Kritik des Verhaltens Crügers heisst es dort am Schlusse: „Jetzt ist es Zeit, die dringend höchste Zeit, für die Gewerkvereiner, die christlichen Genossenschaftler Sonderbündeleiken fahren zu lassen, in die bestehenden Consumvereine einzutreten und dort das neutrale Arbeiterelement zu stärken. Wird dieser Augenblick verpasst, dann stehen innerhalb des Gewerkschaftswesens die Kämpfe in Aussicht, von der die Gewerkschaftsbewegung erst nach und nach sich emancipiert, die riesige Kräfte unnütz verschwendet hat.“ Und eine am 25. September in Düsseldorf abgehaltene Versammlung des dortigen Ortsverbandes deutscher Gewerkvereine nahm trotz Anwesenheit Dr. Hirschs, der seine ganze Autorität zu gunsten des Kreuznacher Beschlusses in die Wagschale warf, einstimmig eine Resolution an, die die „tiefste Enttüstung über den brutalen Ausschluss der 98 Consumvereine aus dem Allgemeinen Verband“ ausspricht.

Auch in bürgerlichen Kreisen hat man gegen das Vorgehen Dr. Crügers

Stellung genommen. Selbst ihm politisch nahestehende Männer, Theodor Barth in der Nation und Richard Roesicke in der Socialen Praxis, haben ihn desavouiert. Der am 3. und 4. October in Hannover abgehaltene nationalsociale Parteitag hat in einer Resolution „das dem Genossenschaftsgedanken, der politischen Neutralität, wie jeder Gerechtigkeit hohnsprechende Vorgehen des 43. Allgemeinen Genossenschaftstages aufschärfste missbilligt“. In der Gesellschaft für sociale Reform, die kürzlich in Cöln tagte, fielen von Lujo Brentano und anderen gleichfalls scharfe Worte der Entrüstung gegen Crüger, und wohl unter dem Eindrucke der Kreuznacher Gewalthat ist es gewesen, dass die Gesellschaft für ihre nächste Jahresversammlung die Behandlung der Consumgenossenschaftsfrage in Aussicht genommen hat.

So darf auch Herr Crüger sich der beruhigenden Gewissheit hingeben, ein Teil von jener Kraft zu sein, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Das soeben erschienene Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ist diesmal sehr reich an statistischem Material. Neben der allgemeinen Uebersicht enthält es specifierte Tabellen über die Rechnungsabschlüsse, Mitgliederbewegung, Einteilung der Mitglieder nach Berufsclassen, Gehälter und Verwaltungskosten, Reingewinnverteilung etc. der grossen Mehrheit der dem Verbands angeschlossenen Genossenschaften. Aus der Gesamtübersicht heben wir folgende Zahlen hervor: In Deutschland bestanden Ende 1901 21 127 Genossenschaften (darunter 1806 im Allgemeinen Verband organisierte). Es waren dies 12 779 (918) Credit-, 1683 (693) Consum-, 466 (93) Bau-, 303 (14) gewerbliche und 2819 (1) landwirtschaftliche Productiv-, 2663 (65) Rohstoff-, Werk- und Magazin- und 414 verschiedene Genossenschaften.

Die berichtenden 638 Consumvereine zählten 1901 630 785 Mitglieder, die sich zu 49 % aus Arbeitern, 10 1/2 % aus Handwerkern, 8 % aus unteren Beamten, staatlichen Arbeitern, 7 % aus Studierten, Künstlern und höheren Beamten, 3 1/2 % aus selbständigen und 3 1/2 % aus abhängigen Angehörigen der Landwirtschaft zusammensetzten. Grundbesitz hatten 287 Vereine im Werte von 17 1/2 Mill. Mk. 97 Genossenschaften betrieben eigene Production, darunter 81 Bäckereien. Hierzu kommen 7 Schlächtereien, 1 Wurstfabrik, 5 Destillationen, 1 Cigarrenfabrik, 3 Wäsche- und Confections-

nähereien, 1 Wäschefabrik, 1 Mühle und 5 sonstige Betriebe.

*

Kurze Chronik. Der Leipzig-Plagwitzer Consumverein hat ein vorzügliches Geschäftsjahr hinter sich. Der Umsatz erhöhte sich von 9 729 642 Mk. im Vorjahre auf 10 393 653 Mk., die Mitgliederzahl von 29 358 auf 31 159. Von dem Reingewinn wird eine Rückvergütung von 10 % verteilt. — Die sächsische Regierung hat eine Verordnung erlassen, wonach die facultative Umsatzsteuer der Gemeinden für Grossbetriebe im Detailhandel 2 % des Umsatzes nicht übersteigen darf. — Gründungen von Consumvereinen haben stattgefunden in: Schleswig, Arzberg, Büdelsdorf b. Rendsburg. — Der von dem Verbandsanwalt Carl Wrabetz veröffentlichte Jahresbericht des österreichischen allgemeinen Genossenschaftsverbandes constatiert ein Fortschreiten insbesondere der Consumgenossenschaften, deren Zahl jetzt 784 beträgt. Von diesen gehören 171 dem Verband an, 168 sandten Berichte ein. Dieselben hatten im letzten Jahre einen Gesamtsatz von 29 147 734 Kr. und einen Betriebsüberschuss von 1 850 409 Kr. Gerügt wird die grosse Höhe der Aussenstände dieser Vereine, die im Gesamtdurchschnitt 20 % des Geschäftscapitals betragen. Die Zahl der dem Verbands angeschlossenen Creditgenossenschaften beträgt 147, die Gesamtzahl der angeschlossenen Vereine 343. — In Newport wurde auf dem Grabe des grossen Menschenfreundes ein Denkmal für Robert Owen enthüllt. Der 86jährige G. Holyoake, der noch ein Schüler Owens gewesen, hielt die Gedenkrede. — Ende September fanden in Haag die Generalversammlung des niederländischen Genossenschaftsbundes und im Anschluss daran der 3. nationale Genossenschaftscongress Hollands statt. Der Bund, der heute 71 Genossenschaften mit ca. 31 000 Mitgliedern umfasst, hatte in seiner Handelsabteilung im verflossenen Jahre einen Umsatz von über 1 Million Gulden. Die Seifenfabrik des Bundes lieferte 1901—1902 592 000 Pfund Seife im Werte von 55 000 Gulden. Die Generalversammlung beschloss die Herausgabe eines eigenen Blattes; dagegen wurde die Errichtung einer Conservenfabrik und einer Genossenschaftsbank als verfrüht abgelehnt. Auf dem nationalen Congress berichtete Herr Kugerus über die Vorteile der Genossenschaftsmolkereien. Die Errichtung einer Ausbildungsschule für Directoren von Molkereien ist vom Bund ins Auge gefasst worden.

Gertrud David.

Socialpolitik.

Der Hamburger Congress des Centralverbandes deutscher Ortskrankencassen hat wichtige socialpolitische Beschlüsse gefasst. Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete die Debatte über die Arbeitslosenversicherung. Herr Professor Stieda erklärte in seinem Referat die Beschaffung der unentbehrlichen statistischen Grundlagen für eine Arbeitslosenversicherung für unmöglich. Bei der praktischen Durchführbarkeit der Arbeitslosenversicherung seien grosse Schwierigkeiten zu überwinden: Begriff der unverschuldeten Arbeitslosigkeit, Haltung bei Strikes, Vergütung nur für eine bestimmte Anzahl von Wochen im Jahr, Controle u. s. w. Die in St. Gallen und Bern unternommenen Versuche, eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu organisieren, befriedigten nicht. Sie bethätigten mehr Wohlthätigkeit als Versicherung. Die finanziellen Erfolge der stadtcölnischen Versicherungscasse gegen Arbeitslosigkeit beruhen auf bestimmten örtlichen Verhältnissen. Auch diese Casse ist keine eigentliche Versicherungsanstalt. Herr Professor Stieda führte sodann die Arbeitslosigkeit im wesentlichen auf drei Gruppen von Ursachen zurück: a) auf den Wechsel der Jahreszeiten. Für eine Versicherung in diesen Fällen müssten besondere Prämientarife aufgestellt werden. b) auf die täglichen Vorkommnisse im geschäftlichen Leben. Es ist sehr fraglich, ob man es bei ihr mit einer regelmässig in gleichem Umfange wiederkehrenden Erscheinung zu thun hat. Ein zweckmässig organisierter centraler, paritätischer Arbeitsnachweis wäre hier wirkungsvoller. c) auf allgemeine und specielle Krisen. An Regelmässigkeit der Wiederkehr in demselben Umfange ist nicht zu denken, mithin ist auch kein correcter Prämientarif aufstellbar. Sehr bemerkenswert ist in der Stiedaschen Resolution zur Arbeitslosenversicherungsfrage folgender Satz: Es ist nicht ausgeschlossen, dass in einer einzigen Reichsanstalt alle diese verschiedenen Risiken ausgeglichen gedacht werden könnten. Ein zuverlässiger Prämientarif würde sich aber selbst dann nicht aufstellen lassen. Das Reich als solches müsste das nicht zu umgehende Risiko auf sich nehmen. Zum Schluss empfahl Herr Professor Stieda eine an den öffentlichen Arbeitsnachweis anzulehnende, von der Commune ins Leben zu rufende Arbeitslosenversicherungscasse. Die zum Schluss angedeuteten Gedanken Stiedas nahm dann der Vorsitzende der Frankfurter

Ortskrankencasse, Herr Ed. Gräf, auf. Er forderte eine allgemeine, die versicherte Arbeiterschaft umspannende obligatorische Arbeitslosenversicherung. Er verknüpfte ferner, in die Fusstapfen Stiedas tretend, eng die Arbeitslosenversicherung mit der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung. Eine Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften und eine facultative communale Arbeitslosenversicherung genügten Herrn Gräf nicht. Er führte in seiner Rede und in der von ihm vorgeschlagenen Resolution ungefähr folgendes aus: Die Krankencassen hätten das Interesse, dass die Arbeitslosenversicherung sich als genügend in Bezug auf Höhe und Dauer der Unterstützung erwiesen, sonst würde eine Entlastung der Krankencassen nicht eintreten. Redner hält die Regelung der Arbeitsmarktverhältnisse für eine Hauptsache. Diese Regelung kann nur auf Grund einer genauen Kenntniss der Arbeitsmarktverhältnisse durchgeführt werden. Diese Arbeitsmarktverhältnisse können die Krankencassen durch ihre Mitgliederstatistik feststellen. Staat, Gemeinde und Unternehmer werden für die Arbeitsbeschaffung und die Regelung der Arbeit erst dann etwas thun, wenn sie zu den Beiträgen der Arbeitslosenversicherung beizutragen haben. Die Arbeitslosenversicherung kann erst dann die Krankencassen entlasten, wenn sie sich über alle versicherten Arbeiter erstreckt und wenn ihre Unterstützungen mindestens so hoch sind, als die Unterstützungen der Krankencassen. Die von Gräf entwickelten Gedanken schlugen dann in den bemerkenswertesten Sätzen der vom Hamburger Congress angenommenen Resolution nieder. Es heisst dort: Die Jahresversammlung erklärt: 1. dass statistische Grundlagen für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung geschaffen werden; 2. dass zur Entlastung der Krankencassen durch eine Arbeitslosenversicherung nur eine Eingliederung der gesamten versicherten Arbeiter in die Arbeitslosenversicherung beitragen kann; 3. dass die Arbeitslosenunterstützung mindestens die Höhe und Dauer der Krankenunterstützung erreichen müsse. Bei der Erlangung von statistischem Material ist von Reichs wegen unter Mitwirkung derjenigen Stellen, die bisher schon mit den Ermittlungen über die Lage des Arbeitsmarktes sich erfolgreich bethätigten, nach einheitlichem Gesichtspunkt zu verfahren. Die Unterstützung der Krankencassen, Gewerkschaften und sonstigen Corporationen der Personen aus Reichsmitteln und die Mitwirkung der Reichsbehörden bei den zu veranstaltenden Erhebungen ist unerlässlich.

Die Krankencassen sind schliesslich der Ansicht, dass die Arbeitsmarktverhältnisse erst dann geregelt werden, wenn die grössten Arbeitgeber, der Staat und die Gemeinde und die Unternehmer zu Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung herangezogen werden.

Der Hamburger Congress des Centralverbandes erörterte ferner eingehend die Wohnungsfrage. Der verdienstvolle Rentant Alb. Köhn, der eine Enquête über die Wohnungsverhältnisse der Mitglieder der Berliner kaufmännischen Ortskrankencasse veranstaltet hat, legte dem Congress folgende Resolution vor: Die Jahresversammlung ist mit dem Referenten Köhn der Ueberzeugung, dass die Krankencassen der Ausbreitung der Volkskrankheiten am zweckmässigsten durch eine Feststellung und Beseitigung der Wohnungsmisstände vorbeugen können. Die Aufstellung eines einheitlichen Schemas für die Constatierung der Wohnungsmisstände ist dringend angebracht. Die Misstände müssen von den Krankencassen zur Kenntnis der Behörden gebracht werden. Die Krankencassen haben ferner die Verpflichtung, der Wohnungspolitik der Landesversicherungsanstalten ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie haben dahin zu streben, dass Mitglieder in den Ausschuss und in den Vorstand dieser Anstalten gewählt werden, die ein tiefgehendes Verständnis für die Wohnungsfrage haben. Der Krankencassenverband ist ferner der Meinung, dass erst ein Reichswohnungsgesetz, das jetzt von Vertretern aller Parteien befürwortet wird, die Wohnungsmisstände beseitigen wird.

Das Referat über das Thema: Alkohol und Krankencassen erstattete Dr. Schenk. Herr Dr. Schenk betonte, dass dem Alkoholismus nur auf socialhygienischem und nicht auf moralischem Wege beizukommen sei. Die Krankencassen müssten durch die Verteilung populärer Broschüren gegen den Alkoholismus vorgehen. Sie hätten ferner eine Statistik über die durch Alkoholvergiftung herbeigeführten Erkrankungen aufzustellen. Sie wären sodann verpflichtet, die Schwerkranken den Trinkerheilstätten zu überweisen. Diese Trinkerheilstätten müssten mit Hilfe der Landesversicherungsanstalten ins Leben gerufen werden. Ueber die Fürsorge für Erholungsbedürftige trug Herr Dr. Chr. Klumker-Frankfurt a. M. ein sehr reichhaltiges Material in seinem Referate zusammen. Die verschiedenen bis jetzt ausgebildeten Formen dieser Fürsorge schilderte und kritisierte der sachkundige Referent mit grosser Gründlichkeit. Die Ausführungen des Herrn Dr. Klumker, die

ein klares, greifbares Bild der heutigen Reconvallescentenpflege in Deutschland geben, haben ein allgemeines Interesse. Wegen Raummangels werden wir auf diese Pflege später zurückkommen. Der Congress beschloss in einer Resolution Wendlandt-Magdeburg, dass der weitere Ausbau der Reconvallescentenpflege nur möglich wäre auf Grund einer Centralisation der Krankencasseneinrichtungen am Ort und die Gründung von Cassenverbänden über den Bezirk der Aufsichtsbehörde. Gegen den engherzigen, auf dem letzten Aerztetag documentierten Standesgeist der Aerzte zog folgende Resolution Alb. Köhn-Berlin zu Felde: „Die Jahresversammlung des Centralverbandes der Ortskrankencassen erblickt in den Beschlüssen des 3. deutschen Aerztetages, den Honorarbestimmungen bei den Krankencassen die staatliche Taxe zu Grunde zu legen und Personen mit Gesamteinkommen über 2000 Mk. von der Krankenversicherung auszuschliessen, den Ausfluss einseitiger Interessenpolitik.“ Der Verband erklärte ferner die Deutsche Krankencassenzeitung, Berlin, zu seinem Organ. Sehr bedeutenden socialpolitischen Wert haben die angenommenen Anträge des Verbandescongresses, das socialstatistische Material der Krankencassen einheitlich zu gestalten und es den bisherigen Stellen (so dem Arbeitsmarkt Dr. Jastrows) und dem statistischen Reichsamt zugänglich zu machen. In der Statistik der Krankencassen spiegeln sich die Gesundheitsverhältnisse der versicherten Arbeiter, die Lohnverhältnisse derselben und der Stand des Arbeitsmarktes wieder. Die Statistik der Krankencassen wird dereinst eine unerschöpfliche Fundgrube für den Socialpolitiker sein.

Paul Kampffmeyer.

Sociale Communalpolitik.

Der socialdemokratische Parteitag hat sich in München auch mit der Communalpolitik beschäftigt, wenn schon die Beratung nicht viel über das Referat des Unterzeichneten hinausgekommen ist. Wir sehen daher die Bedeutung dieses Vorganges vor allem darin, dass auch die Communalpolitik einmal Gegenstand der Verhandlungen des Parteitages gewesen ist und dass damit die Schranke niedrigerissen ist, welche dieses Gebiet bisher von dem Eingreifen der Gesamtpartei ausgeschlossen hat. Es ist nur logisch, dass sie auch dieses Gebiet in den Bereich ihrer Beratungen gezogen und sich entschlossen hat, allgemein gültige Grundlinien für die

communale Thätigkeit zu entwerfen. Dass es nicht zur eingehenderen Beratung und Beschlussfassung über die Resolution gekommen ist, können wir nicht für ein Unglück halten. Der Entwurf eines allgemein giltigen kommunalen Minimumprogramms setzt, falls es zu einem Resultate kommen soll, eine ganze Reihe von Vorarbeiten voraus, an denen es durchaus gefehlt hatte. Es wäre z. B. mindestens notwendig gewesen, die Resolution bereits längere Zeit vorher den Parteigenossen zur Beratung zu unterbreiten. Damit wäre eine Discussion in der Parteipresse gegeben gewesen, die die Beschlussfassung des Parteitages zweifellos beträchtlich erleichtert hätte. Bei dem Mangel an solchen Vorarbeiten war es das beste, was der Parteitag thun konnte, die Resolution des Referenten und die dazu eingelaufenen Anträge einer vom Parteivorstande einzuuberufenden Commission als Material zu überweisen. Wir können daran nur den Wunsch knüpfen, dass die Einberufung möglichst bald erfolgt und nicht auf die lange Bank geschoben wird. Die Zusammenstellung, die in der Communalen Praxis über die Parteiprogramme gemacht wurde, ebenso wie das Referat haben wohl zur Genüge gezeigt, dass in den Reihen der Partei nicht nur über nebensächliche Punkte, sondern über principielle Sätze der kommunalen Politik die tiefgehendsten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Soll die Bedeutung unserer kommunalen Action nicht Not leiden, so ist es unbedingt notwendig, zu einer Klärung und eventuell zu einer Einigung über diese Gegensätze zu kommen. Und das kann nicht früh genug geschehen.

*

Gleichzeitig mit dem Parteitag hielt der **Deutsche Verein für Öffentliche Gesundheitspflege** seine Jahresversammlung in München ab. Von den Referaten der Tagesordnung interessiert uns hier in erster Linie das des Geh. Medicinalrats Dr. Roth über die Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land in gesundheitlicher Beziehung und die Sanierung des Landes. Der Referent entwarf in dem ersten Teile seines Referates ein Bild von den unhygienischen Zuständen des Landes, dessen Wahrheit nicht bezweifelt werden kann, und schilderte die von ihnen den Städten drohenden Gefahren in lebhaften Farben. Mit der Entwicklung der städtischen Hygiene ist der Unterschied zwischen Stadt und Land in den letzten Jahrzehnten fortgesetzt gewachsen. Namentlich auf dem Gebiete der

Reinigung der Ortschaften ist das Land ganz ausserordentlich weit zurückgeblieben. In den für dasselbe giltigen Baupolizeionnungen fehlt es meistens an Bestimmungen über die Anlage von Brunnen, Aborten, Düngergruben etc. Infolgedessen begegnen wir überall einer weitgehenden Unreinlichkeit der Höfe, einer nicht geringeren Verunreinigung des Untergrundes, der Strassen, der Dorfbäche etc. und der dadurch verursachten Gefährdung der meist in unmittelbarer Nähe der Dünger- und Jauchegrubengelegenen Hofbrunnen. Centrale Wasserleitungen, die im Süden und Westen Deutschlands häufiger sind, fehlen gewöhnlich im Osten, wo noch heute zahlreiche Ortschaften auf stehende Gewässer und Teiche für ihren Wasserverbrauch angewiesen sind. Dem Milieu entsprechend ist der Reinlichkeitssinn bei den Dorfbewohnern im allgemeinen noch weniger entwickelt, als bei der städtischen Bevölkerung. Höchst unhygienisch sind die Häuser und Wohnungen. Es herrscht die grösste Sorglosigkeit sowohl bei der Auswahl des Bauplatzes, wie bei der Beschaffung des Baumaterials und der Bauausführung. Und dann die Wohnungsbenutzung! Menschen, kranke und gesunde, in kalten Zeiten auch das Feder- und Borstenvieh, drängen sich in den engen Räumen, die zugleich als Aufbewahrungsräume dienen müssen, zusammen. Die Engräumigkeit des Wohnens hat mit der Zunahme der Industrie, der Sachsengängerei und der Annahme ausländischer Arbeiter für die landwirtschaftlichen Betriebe und die damit verbundenen industriellen Nebetriebe bedeutend zugenommen. Gleichzeitig wurden damit neue Infectionsherde (Granulose, Typhus, Fleckfieber, Ruhr und Pocken) geschaffen. Auch die Ernährung der Landbewohner lässt sehr viel zu wünschen übrig. Ihre ganze Unzweckmässigkeit zeigt sich vor allem bei der Aufzucht der Kinder. Während die Städte in Preussen einen Rückgang der allgemeinen Sterbeziffer in den letzten 20 Jahren um 25 % aufzuweisen hatten, der in der Hauptsache eine Folge der Abnahme der Kinder- und Säuglingssterblichkeit ist, hat die Sterblichkeit des Landes nur um 12—15 % abgenommen. Darin kommen die unzweckmässigen Ernährungsverhältnisse und die mangelnde Pflege der Kinder auf dem Lande, sowie die durch die landwirtschaftliche Arbeit veranlasste grössere Zahl der Totgeburten direct zum Ausdruck. Auch die Sterblichkeit an gewissen Infectionskrankheiten gestaltet sich zu ungunsten des

Landes. Das gilt in erster Linie vom Typhus.

Infolge der stets reger werdenden Verkehrs- und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Stadt und Land wachsen auch die Gefahren, die von den unhygienischen Verhältnissen des letzteren der städtischen Bevölkerung drohen. Als Vermittler übertragbarer Krankheiten, speciell des Typhus, kommen ausser dem eigentlichen persönlichen Verkehr hauptsächlich die gemeinsamen Wasserläufe und der Verkehr in Nahrungs- und Genussmitteln in Betracht. Der Typhus wird meist vom Lande in die grossen Städte, aus denen er so gut wie verschwunden ist, verschleppt. Nach Schlüder konnte die Ursache des Typhus in 77,4 % der Fälle auf das Wasser, in 17 % auf die Milch und in 3,5 % auf andere Nahrungsmittel zurückgeführt werden. Die meisten Typhuserkrankungen der preussischen Armee fallen in die Manövermonate, während derer der Typhuskeim im Manövergelände d. h. auf dem Lande durch Vermittlung des Wassers, der Milch und sonstiger Nahrungsmittel aufgenommen wird. Die Verschleppung des Typhus durch Milch ist durch zahlreiche Untersuchungen bewiesen. Von sonstigen Nahrungsmitteln kommen als Infectionsträger Obst, Gemüse, Kartoffeln, Back- und insbesondere Fleischwaren in Frage.

Dass auch die Städte die Gesundheit des Landes gefährden können, insbesondere durch unzureichende Massnahmen der Stadtereinigung, kann nicht bestritten werden, doch sind im allgemeinen die Gefahren, die der städtischen Bevölkerung vom Lande drohen, viel grösser und zahlreicher.

An öffentlichen sanitären Einrichtungen existieren auf dem Lande nur die Armen- oder Gemeindehäuser, die in der Regel nur das notdürftigste Obdach gewähren. Eigentliche Kranken- und Siechenhäuser finden sich, von den Industriebezirken abgesehen, überwiegend nur im Westen und Süden Deutschlands. Die nächste und wichtigste Aufgabe wäre also die Ausbildung der ländlichen Hygiene. Zu diesem Zwecke empfiehlt der Referent: regelmässige Ortsbesichtigungen, soweit möglich in Gemeinschaft mit den Gesundheitscommissionen, Unterstützung der Gemeinden seitens des Staates mit sachverständigem Beirath und eventuell mit finanziellen Beihilfen auf dem Gebiet der Wasserversorgung und Entwässerung, Sicherstellung der wichtigsten Forderungen der Bau- und Wohnungs-, sowie der Wasserversorgungshygiene durch Gesetz und Verordnung, zur Verhütung der

Verbreitung ansteckender Krankheiten Bereitstellung schneller ärztlicher Hilfe, geeigneten Pflegepersonals, leicht erreichbarer Krankenunterkunftsräume, sowie von Desinfectionseinrichtungen und amtlichen Desinfectoren, sachgemässe Organisation der Krankenpflege, Ausdehnung der Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, eine scharfe Controle der Nahrungsmittel, insbesondere des Milch- und Fleischverkehrs, Pflege der Schulhygiene durch Anstellung von Schulärzten, Schaffung von Badegelegenheit. Als Voraussetzungen für die Durchführung dieser Massnahmen bezeichnet der Referent die Weckung des Verständnisses für die Aufgaben der Dorfhygiene, Aufnahme der wichtigsten Regeln der Gesundheitspflege und der ersten Hilfe in das Lehrprogramm der Gemeindeschulen und der höheren und niederen landwirtschaftlichen Schulen. So sachgemäss und gutgemeint alle diese Forderungen sind, so wenig ausreichend sind die Organe, deren Hilfe der Referent für die Durchführung derselben in Anspruch nehmen will. Es sind die überall schon vorhandenen Physiker und Medicinalräthe und die Gesundheitscommissionen, wie sie das preussische Gesetz von 1899 vorsieht. Es gehört wirklich die ganze Vertrauensseligkeit eines preussischen Medicinalrates dazu, um von diesen Organen die Ausbildung der ländlichen Hygiene zu erwarten. In Preussen, wie in allen deutschen Bundesstaaten, fehlt es in erster Linie an einem durchgreifenden Volksgesundheitsgesetz, wie es z. B. England in seinem Public Health Act besitzt. Es fehlt dann ferner an dem über den Gemeinden stehenden wirklichen Selbstverwaltungsorgan, dem die Ausführung eines solchen Gesundheitsgesetzes übertragen werden könnte. Die Entwicklung der ländlichen Hygiene setzt also eine tiefgreifende Umgestaltung der gesamten Organisation der inneren Verwaltung und zwar auf der Basis freier, mit weitgehenden Rechten ausgestatteter Selbstverwaltung voraus. Solange wir ein derartiges Gesetz nicht bekommen, werden auch die vollbezahlten und vollbeschäftigten Kreisärzte nur wenig an den ländlichen Zuständen zu ändern vermögen.

Das Bäckergewerbe vom hygienischen Standpunkte für den Beruf und die Consumenten behandelte ein Referat von Prof. Dr. Emmerich-München. Wir heben aus demselben nur hervor, dass der Referent eine radicale Abhilfe der excessiven Arbeitszeiten und der aller Hygiene hochnisprechenden Zustände in den Bäckereibetrieben nur von einer Centralisierung und Communi-

sierung des Bäckereigewerbes erwartet. Selbstverständlich erregten die Ausführungen des Referenten bei einem anwesenden Bäckermeister und dem bekannten Baumeister Hartwig-Dresden die lebhafteste Entzürstung.

*

Am 19. und 20. September fand in Colmar die 22. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit statt. Von besonderem Interesse waren die Verhandlungen über die Einrichtung von Notstandsarbeiten und ihre Erfolge. Es lagen der Versammlung zwei Referate vor, das eine des Dr. Hartmann-Barmen, das einen Ueberblick über die Thätigkeit von ca. 230 Gemeinden auf diesem Gebiete gab und die Erfahrungen, die sie dabei gemacht, zusammenfassend darstellte. Das andere des Dr. Schwander-Strassburg, das nach einem Ueberblick über die historische Entwicklung der Arbeitslosenfrage die Fragen untersuchte, ob es auf Grund unserer socialen Verhältnisse und unserer Wirtschaftsordnung berechtigt ist, eine bessere Form der Fürsorge für die Arbeitslosen, als sie die Armenpflege bietet, zu fordern, und in wie weit die Gemeinden dieser Forderung nachzukommen vermögen. Dr. Hartmann stellte folgende drei Leitsätze auf: 1. Es ist zu unterscheiden zwischen Notstandsarbeiten im engeren Sinne und der Verlegung an und für sich notwendiger öffentlicher Arbeiten in die arbeitsstillere Zeit (Arbeitsverschiebung). 2. Keine der beiden Veranstellungen ist eine Massregel der Armenverwaltung. Beide bedürfen einer planmässigeren Vorbereitung als bisher, in geschlossenen Bezirken thunlichst nach gemeinsamen Grundsätzen. 3. Zur gründlichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit können neben diesen Veranstellungen andere Massregeln, in erster Linie die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, nicht entbehrt werden. Die beiden ersten Leitsätze wurden einstimmig, der letzte nur mit ganz geringer Mehrheit angenommen.

Ueber die Beaufsichtigung der Zieh- und Haltekinder sprach Stadtrat Pütter-Halle. Er verlangte ihre Regelung auf dem Wege der Reichsgesetzgebung und ihre Uebertragung an die Gemeindevorstände unter ärztlicher Mitwirkung. Die Aufsicht über alle Ziehkinder einer Gemeinde soll einheitlich geregelt, die Aufsicht auch auf das Land ausgedehnt werden, um die Umgehung der städtischen Controle zu verhindern. Ausser diesen beiden Punkten stand noch die Armenfinanzstatistik, sowie die Verteilung

der Armenlasten und die Erweiterung des Handarbeitsunterrichts für Schwachsinnige etc. auf der Tagesordnung.

*

Kurze Chronik. In Stassfurt haben die Communalbehörden, um der Fleischteuerung zu begegnen, Schlachtungen in eigener Regie begonnen und erzielt, dass die Fleischpreise um 10, 15 und 20 Pf. billiger gegen die Preise der Fleischer gestellt werden konnten. — Die Frankfurter Gasgesellschaft und die Imperial Continental Gas Association in Frankfurt haben einen Vertrag abgeschlossen, durch den die Concurrenz zwischen den beiden Anstalten endgiltig aufgehoben und durch eine Betriebsfusion eine Geschäftsführung im gemeinsamen Interesse eingerichtet wird. — Der Nürnberger Magistrat hat eine Erhöhung der Preise für Gaskoch- und Heizapparate um 20 % beschlossen und ist damit einer Agitation des Vereins der Installateure sowie der an diesem Handel direct interessierten zum Teil den Gemeindecolliegen angehörigen Geschäftsleute, die dem Gaswerk den Handel mit solchen Apparaten überhaupt verboten wissen wollen, ein weites Stück entgegengekommen.

Hugo Lindemann.

Wissenschaft.

Socialwissenschaften.

Unter den wirklich ernst zu nehmenden bürgerlichen Socialpolitikern steht Jastrow an erster Stelle; der soeben erschienene I. Band seines Werkes: **Socialpolitik und Verwaltungswissenschaft** (Berlin, Georg Reimer) sichert ihm diesen Platz aufs neue. Es ist charakteristisch für Jastrow, dass er in der Einleitung den Satz entwickelt: Eine Socialpolitik als besonderes Ressort des Staatslebens giebt es nicht und kann es nicht geben. „Die Socialpolitik ist: die Politik aufgefasst unter socialen Gesichtspunkte; d. h. die Socialpolitik umfasst das Gesamtgebiet der Politik —“ (pag. 14). Für einen Socialdemokraten bietet dieser Standpunkt nichts Neues, für ihn kann, wie schon der Parteiname sagt, geradezu die Politik nur eine Socialpolitik sein; für einen bürgerlichen Denker bezeichnet es eine hohe Stufe der Erkenntnis, wenn er, wie Jastrow es weiterhin thut (pag. 42), neben einer socialen Verwaltungspolitik eine sociale Verfassungspolitik anerkennt. Eine eingehendere Würdigung des einleitenden ersten Buches wird erst angebracht sein, wenn das ganze Werk vorliegt. Als Probe seien hier nur einige Zeilen aus dem dritten Capitel: Die

Beziehungen von Socialpolitik und Verwaltungswissenschaft hergesetzt:

„So liegt denn eine zweite Einwirkung der Socialpolitik auf die Verwaltungswissenschaft darin, dass sie das Ideenleben der einzelnen sozialen Schichten in diese Wissenschaft einströmen lässt. Hierdurch treten die Parteien, die jene Vorstellungswelt zum Ausdruck bringen, in eine ganz andere Stellung zur Verwaltung des Staates. Je mehr eine Partei sich von der Rücksichtnahme auf das Bestehende löst, um, frei entfaltet, Zukunftspläne zum Ausdruck zu bringen, je rücksichtsloser und lauter ihre Sprache ertönt, desto leichter ist es, aus ihren Lebensäußerungen zu erkennen, nach welcher Richtung hin die Wünsche einer Bevölkerungsschicht liegen. Darauf beruht die Bedeutung einer radicalen Partei in neuerer Zeit.... So erklärt sich auch der ungeheure Einfluss, den die Socialdemokratie auf alle Socialpolitiker und Verwaltungsmänner unserer Zeit geübt hat.... Genau nach der entgegengesetzten Seite liegt der Einfluss, den die Verwaltungswissenschaft auf die Socialpolitik ausübt. Fasst man die Socialpolitik als Verwaltungspolitik, so muss sie alle charakteristischen Merkmale des Verwaltung mit ihr teilen. Unter den Aufgaben der Verwaltung stehen keine so hoch, wie die, das verwaltete Object in seinem Bestande zu erhalten.... Hierauf beruht der conservative Charakter jeder Verwaltungsthätigkeit... Er drängt sich jedem Verwaltungsmann und darum jedem Socialpolitiker auf, ohne Unterschied der Parteirichtung.“ (pag. 45—46.)

Wer dächte nicht bei den letzten Ausführungen an das Ministerium Millerands! Mag man die Schlussfolgerung ziehen, dass für die Socialdemokratie die Zeit noch nicht gekommen sei, um sich in leitender Stelle an der Verwaltung zu beteiligen, man wird Millerands Haltung, nachdem er einmal Minister geworden, verstehen. Die ersten Mandatare der Bourgeoisie während ihrer grossen Revolution, zu einer Zeit also, wo die Verwaltung wohl oder übel von ihr übernommen werden musste, haben die gleiche Erfahrung mit ihrem Leben bezahlt!—

Hat Jastrow im einleitenden ersten Buch in kurzen Umrissen gezeigt, wie sich die Darstellung der Socialpolitik auf der Grundlage der Verwaltungswissenschaft erheben müsse, so verschliesst er sich doch nicht der Erkenntnis, dass der gegenwärtige Stand der Wissenschaft einen solchen Aufbau in systematischer Geschlossenheit noch nicht zulässt. „Für ein solches Lehrgebäude der Socialpolitik und der Verwaltungswissen-

schaft zunächst einige Bausteine beizusteuern, ist der Zweck des vorliegenden Werkes.“ Mit diesen Worten werden wir zu dem zweiten Buch: Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis und zum dritten: Gewerbe-gerichte und Einigungsämter geführt.

Die beiden Monographien, jede für sich eine Musterleistung an Gründlichkeit und Sachlichkeit, ergänzen sich zu einer vollständigen Darlegung der Stellung des Arbeitsvertrags im öffentlichen Leben.

„Zukünftige Ausstrahlungen (auf andere Gebiete) vorzubereiten, sich vor dem Spott derer nicht zu fürchten, die Verwaltungsaufgaben erst dann sehen wollen, wenn sie drängend geworden sind, das soll der Theoretiker als seine Aufgabe betrachten. Hierbei möglichst die schon vorhandene Entwicklung berücksichtigen, die Erfahrungen sammeln, das Zukünftige an das Gewordene und Werden anknüpfen, das freilich ist auch die Aufgabe des Theoretikers, der auf der Praxis fussen und ihr dienen will.“ Dieser Doppelstellung zur Praxis ist Jastrow in volstem Mass gerecht geworden.

Die Methode, Preisregulierungen durch Einsperrung von Waren zu erzielen, gilt auf allen Märkten als abgethan — vereinzelte Vorkommnisse, wie der Kupfering 1897, sind geeignet, das Brutale der Methode und ihre Zweischneidigkeit hervortreten zu lassen. Nur auf dem Arbeitsmarkt steht die Sperrmethode noch in Blüte. Den Grund sieht Jastrow in der immer feiner durchgebildeten Berichterstattung auf dem Markt der Waren und Effecten, und dem Mangel einer solchen auf dem Arbeitsmarkt. „Je feiner und vollkommener der Meldeapparat wurde, je häufiger die Berichterstattung mit dem wahren Sachverhalt sich deckte und je bessere Schulung beide Teile in der Beherrschung des Materials und in der richtigen Urteilsbildung erlangten, desto häufiger musste auch der Fall eintreten, dass beide Teile in ihrem Urteil über die Marktlage zusammentrafen oder, wenn sie auseinander gingen, sich in verhältnismässig kurzer Zeit gegenseitig überzeugten.... Will man daher die gewaltigen Erschütterungen des gewerblichen Lebens, die durch Arbeitsconflicte in Gestalt von Strikes und Aussperrungen (sc. um Lohnfragen!) herbeigeführt werden, im Laufe der Zeit seltener machen, so hat man zu diesem Ziele denselben Weg vor sich, den der Warenmarkt der historischen Entwicklung nach bereits hinter sich hat: man muss versuchen, eine ebenso zuverlässige und ebenso rasche Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes zu stande zu bringen.“

Die Schilderung der dahin zielenden Bestrebungen in Deutschland giebt das vorliegende Werk in fast dramatischer Lebendigkeit — hat durch der Verfasser durch die Schaffung einer litterarischen Centralstelle für Arbeitsmarktberichte, durch die Veranstaltung einer ersten, glänzend gelungenen Probeberichterstattung der ihr angeschlossenen Arbeitsnachweise über den Status des Januar 1897, die bereits am 4. Februar 1897 gedruckt in den Händen der Leser war, durch Begründung und Leitung der Halbmonatsschrift: Der Arbeitsmarkt, die soeben den sechsten Jahrgang beginnt, durch Einführung und Bewährung neuer Methoden selbst in erster Reihe dazu beigetragen, dass Deutschland in der Berichterstattung über den Arbeitsmarkt auch die Länder übertreffe, die mit der Organisation einer solchen zeitlich vorangingen — das gilt selbst von England, dessen amtliche Labour Gazette seit Januar 1900 ihrem diesbezüglichen Teil nach deutschem Vorbild die Ueberschrift: State of the Labour Market gegeben hat.

In einer Reihe von Capiteln bespricht Jastrow die regelmässigen Schwankungen des Arbeitsmarktes und dessen charakteristische Züge, die Messungsmethode und die kritischen Bedenken gegen dieselbe; die nächsten Aufgaben der Arbeitsnachweistatistik; den Arbeitsnachweis in den einzelnen Gewerben, die Verfassung des öffentlichen Arbeitsnachweises in Deutschland sowie seine bisherigen Leistungen; die Verbände der Arbeitsnachweise — wichtige Fragen, wie die Parität, die Unentgeltlichkeit, die Stellung der Gewerkschaften werden erörtert; das Material wird in Tabellen übersichtlich dargestellt. Den Glanzpunkt aber bildet, alle früheren Capitel zusammen an Ausdehnung weit übertreffend, der Abschnitt: Die Eingliederung des Arbeitsnachweises in die öffentliche Verwaltung. Wir sehen den Arbeitsnachweis aus dem Ressort der Armerpflege hervorgehen, von dem er jetzt grundsätzlich getrennt sein muss; zwischen beiden bestehen nur noch die Beziehungen gleichberechtigter selbständiger Verwaltungszweige; engere Beziehungen, praktischer und theoretischer Natur, bestehen zum Gewerbegericht, dessen Vorsitzender zur Zeit häufig der keiner Partei angehörende Vorsitzende des Arbeitsnachweisausschusses ist und dessen Fungieren als Einigungsamt ebenfalls als Arbeitsvertragsvermittlung zu gelten hat. Klargestellt werden die Beziehungen zu sämtlichen Zweigen der Arbeiterversicherung, wobei die Fragen der Arbeitslosenfürsorge als Bestandteil der öffentlichen Verwaltung, der

Arbeitslosenunterstützung und -versicherung in Gewerkvereinen und Gewerkschaften, der Arbeitslosenzählung u. s. w. in eingehender Weise behandelt werden. Durch die Lehrlingsvermittlung, der in der Arbeitsnachweisverwaltung eine besondere Stellung angewiesen wird, ergeben sich Beziehungen zur Verwaltung von Erziehung und Unterricht; die Arbeitsbedingungen und Lohnclausel („Hinwirkung auf gleichmässige Vertragsbedingungen liegt im Interesse jedes Vermittlungsgeschäftes“ — „die Beziehungen von Einigungsamt und Arbeitsnachweis machen die Lohnclausel unter Umständen unabweislich“) interessieren die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten, die gewerbliche und Verkehrsverwaltung; innerhalb der Gewerbeverwaltung nimmt der Arbeitsnachweis seinen hervorragenden Platz ein, und zwar sowohl als Verwaltungsorgan, wie, trotz seiner Unentgeltlichkeit, als „Gewerbebetrieb“. Aber auch scheinbar entlegene Ressourcen stehen im Verhältnis gegenseitiger Einwirkung zur Arbeitsmarktsverwaltung: Auswärtiges, Krieg, Strafrechtspflege. Hier wird auf die deutsche Ausländerpolitik hingewiesen, die Chinesenfrage für America erörtert, für die grundsätzliche Stellung zur Ausländerfrage die nationale und die Arbeitsmarktf Frage als untrennbar behandelt. Für eine internationale Organisation des Arbeitsmarktes findet Jastrow einen Keim in Deutschland, wo die Arbeitsnachweisverbände die Grenzen der Bundestaaten zu überschreiten beginnen. „Es ist kein Zufall, dass der kühne Gedanke eines Weltpostvereins gerade von Deutschland ausging, das in seiner eigenen Postgeschichte ein Vorbild besass. Aehnlich ist es mit dem Welttelegraphenverein und den Anfängen eines Welteisenbahnvereins. Die staatliche Zersplitterung, die für Deutschland das Elend der Vielstaaterie bedeutete, hat für die Welt den Vorteil gehabt, dass hier für eine spätere staatenumfassende Verwaltung, wie in einem Mikrokosmos, die Formen ausgebildet wurden, die dann für die Welt im grossen vorbildlich geworden sind. Was jetzt in den Verbänden deutscher Arbeitsnachweise vor sich geht, ist ein neuer Keim zu einer ferneren derartigen Entwicklungsreihe.“

Von Beziehungen zum Heer und zur Marine, die, einmal aufgefunden, auf der Hand zu liegen scheinen, ein Schicksal selbst der grössten Entdeckungen, seien hier nur erwähnt: Reservistenentlassung und Arbeitsmarkt — Kriegsbeendigung und Arbeitsmarkt, Aufgaben der Demobilisierung. Sehr mannigfach sind die Beziehungen zur Strafrechtspflege. Eingehend wird behandelt der

Einfluss der Gefängnisarbeit auf den Arbeitsmarkt, die Arbeitsvermittlung für entlassene Strafgefangene, die Einwirkung des Arbeitsmarktes auf die Criminalität, die bisherige sachwidrige Behandlung von „Arbeitsscheu“ und „Landstreichen“ mit höchst interessanten Winken für die zukünftige Behandlung unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsmarktes. Auf der anderen Seite wird die Frage erörtert, ob der Arbeitsmarkt seinerseits den Schutz strafrechtlicher Bestimmungen in Anspruch nehmen soll; sie wird an der Hand einer Besprechung des anhaltischen Gesetzes gegen den Vertragsbruch der landwirtschaftlichen Arbeiter auf das entschiedenste verneint; dagegen wird in geistvoller Entwicklung gezeigt, wie sich bei zunehmender Organisation des Arbeitsmarktes eine eigene Marktdisciplin mit eigenem Recht und Gericht bilden und gesetzlich fixiert werden wird. „Tritt in ferner Zukunft mit der Vollendung der Organisation diese Gesetzgebung ein, dann wird die Frage der Bestrafung des Vertragsbruches noch einmal auftauchen, um aber sofort unter der Oberfläche der allgemeinen Organisationsfrage wieder zu verschwinden.“

Wie inmitten aller Fortschritte der Organisation des Warenmarktes der Arbeitsmarkt fast gänzlich unorganisiert blieb, „so hat auch in einem Rechtssystem, das einen wahren Wunderbau eines fein entwickelten Vertragsrechtes aufführte, der Arbeitsvertrag kaum eine irgendwie erhebliche Ausbildung erfahren.... Von etwa 500 Paragraphen, die das Bürgerliche Gesetzbuch seinem Obligationenrecht widmet, gehören nur 30 dem Dienstvertrag.... Aber das Berufsleben (der grossen Masse des Volkes) concentrirt sich fast ausschliesslich um den Arbeitsvertrag herum. Die grosse Mehrzahl der Bevölkerung in Deutschland stirbt, ohne dass sie in ihrem ganzen Leben für Berufszwecke jemals einen anderen, als einen Arbeitsvertrag, geschlossen hätte.“ So begründet sich die ausserordentliche wirtschaftliche Bedeutung des Gewerbegerichts im Gegensatz zu seinem bescheidenen Platz in einem System der Staats- und Gemeindeverwaltung. Wenn auch die Worte Jastrows: „In unserem öffentlichen Leben giebt es keine staatliche Einrichtung, an der die Arbeiterwelt mit solcher Liebe, jachwärmerischer Verehrung hängt, wie diese (Gewerbegericht)... Das Gewerbegerichtsgesetz ist die Magna Charta des deutschen Arbeiters“ eine mangelnde Erkenntnis der Gedankenwelt des überwiegenden Teils der deutschen Arbeiterschaft verrät, so wird das Segensreiche der Gewerbegerichtsgesetzgebung in

diesen Kreisen ganz gewiss nicht unterschätzt.

Auch eine hohe politische Bedeutung wird man der Institution zuerkennen, die für eine Behörde die Mitgliedschaft von Arbeitern verlangt, während man sonst im deutschen Vaterland die Arbeiterklasse „von den Landesparlamenten, wie vom Beamtentum, hauptsächlich auch von der communalen Selbstverwaltung, sowie von Schöffen- und Geschworenenbänken ausgeschlossen“ hat. Die deutsche Gewerbegerichtsgesetzgebung hat sich nach Jastrow bewährt, abgesehen von der Frage der Zuständigkeit, die in einem besonderen Abschnitt behandelt und im Abschnitt über die Zukunft der deutschen Gewerbegerichte“ durch eine tabellarische Uebersicht erläutert wird. Im Interesse der Weiterentwicklung der Gewerbegerichte verlangt Jastrow dringend den engsten Anschluss der neubegründeten kaufmännischen Gewerbegerichte, denen ein besonderes Capitel gewidmet ist; im Augenblick scheint ihm eine dahingehende Erweiterung der Gewerbegerichte nicht erreichbar; der Zielpunkt: auch der kaufmännischen Bewegung müsse zur Zeit die Verhinderung einer Neuschöpfung sein, „die der wünschenswerten Reform dauernd im Wege stehen und die Weiterentwicklung der Gewerbegerichte auf unabsehbare Zeit hin unterbinden würde“.

Dass auch hier das Thatensachenmaterial, vielfach in Tabellen geordnet, ein sehr zuverlässiges und vollständiges ist, ist bei der persönlichen Stellung des Verfassers zu den Gewerbegerichten selbstverständlich, — er ist einer der Herausgeber des seit 1896 als selbständige Monatsschrift erscheinenden Gewerbegerichts, ihm untersteht die 1900 ins Leben gerufene Archivverwaltung, von ihm sind die Statistiken von 1896 und 1900 in die Wege geleitet worden. Ein wahres Meisterstück vornehm-objectiver Kritik ist aber das Capitel Rechtsprechung; jeder Versuch einer kurzen Wiedergabe des Gedankenganges würde Jastrows Leistung unrecht thun; wir geben deshalb nur die Stichworte der Inhaltsübersicht: Klagen über Parteilichkeit — veranlasst durch ungenaue Berichte — und mangelnde Kenntnis der Gewerbeordnung auf Seite der Arbeitgeber — Socialdemokratische Beisitzer — Besprechung von Gewerbegerichtsmännern — Gesetzverletzende Urteile und ihre belehrende Wirkung (Berliner Lithographenstrike) — Tendenz in der Rechtsprechung — Die Zusammensetzung der Gewerbegerichte, das erste organische Mittel zur Beseitigung von Tendenzen — Zu-

nehmendes Vertrauen der Arbeitgeber zu den Gewerbegerichten.

Den Schluss des Bandes bildet die Besprechung der Gewerbegerichte als Einigungsämter in Deutschland und in internationaler Vergleichung. Von höchstem Interesse sind hierbei die Ausführungen über die Entscheidungsnorm: ob nach Recht, Billigkeit oder Machtverhältnis. Jastrow erkennt die englische Formulierung, die einzige Aufgabe des Einigungsamtes sei, die Entscheidung vorweg zu nehmen, die ein Kampf herbeiführen würde, nur bedingt an, dem deutschen Volkscharakter entspräche eine möglichst weitgehende Berücksichtigung von Recht und Billigkeit. Als Hauptzweck des Einigungsamtes stellt er das Zustandekommen eines Collectivarbeitsvertrages hin. Die Thätigkeit der Gewerbegerichte auf dem Gebiet der Gutachten und Anträge scheint Jastrow noch zu wenig entwickelt; neben den starken Mitteln, die heute beide Parteien je für sich haben, die Arbeitgeber an ihren gesetzlichen Vertretungen, die Arbeitnehmer in der Veranstaltung von Massendemonstrationen in Volksversammlungen, sollte das Initiativrecht des Gewerbegerichts, als völlig anders geartet, nicht vernachlässigt werden.

Es ist selbstverständlich unmöglich, im Rahmen einer Besprechung den reichen Inhalt des vorliegenden Werkes zu erschöpfen. Dazu kommt, dass an zahlreichen Stellen Perspektiven auf Gedankenreihen eröffnet werden, die jede für sich der näheren Ausführung würdig wären und jüngeren Gelehrten die Wege zu erfolgreicherem Arbeiten weisen. Wo die Könige bauen, haben die Kärner zu thun!

Wenn wir eines an dem Werk aussetzen haben, so ist es der Preis (10 Mk.), der, dem Brauch des deutschen Buchhandels entsprechend, doch den Leserkreis zu sehr einengt. Lässt sich der englische Brauch, neben der Hauptausgabe eine billige Peoples Edition zu veranstalten, nicht auch in Deutschland einbürgern? Wir halten es für wünschenswert, dass Mittel und Wege gefunden werden, einem Buch, wie dem vorliegenden, Eingang in alle Arbeiterkreise zu schaffen, die politisch und gewerkschaftlich thätig sind. Ist es doch vom Verfasser selbst in erster Linie mit für diese bestimmt.

Leo Arons.

Diversa.

Revue.

Zu den vielen Wochen- und Monatschriften, die in den letzten Jahren in Deutschland entstanden, zum Teil auch

schon wieder selig entschlafen sind, ist in letzter Zeit eine neue gekommen: Die **Politisch-Anthropologische Revue**. Ihr Ziel und ihre Aufgabe ist, wie sie selbst es in einem ihrer Prospekte formuliert, die folgerichtige Anwendung der natürlichen Entwicklungslehre im weitesten Sinne des Worts auf die organische, sociale und geistige Entwicklung der Völker. „Die Biologie, d. h. die Lehre von den allgemeinen Naturgesetzen des Lebens, und die Anthropologie, d. h. die naturwissenschaftliche Lehre vom Menschen und seinen Lebensbeziehungen, unterrichtet uns über seine angeborenen, ererbten und erworbenen Eigenschaften und Kräfte; und da wir in der politischen Verfassung einer Gesellschaft die unvermeidliche Bedingung sehen, unter der sich die natürlichen Fähigkeiten der menschlichen Gattung zur höchsten Blüte entfalten, so glauben wir mit dem Titel der Politisch-Anthropologischen Revue unsere wissenschaftlichen Absichten am klarsten ausdrücken zu können. Von diesen Grundgedanken aus will die Revue die Ursachen der organischen Entwicklung, Variation, Vererbung, Auslese im Kampf ums Dasein und die Gesetzmässigkeit ihrer Wirkungsweise sowohl im Tier- und Pflanzenreich als in Sonderheit beim Menschen beleuchten. Als Folgeerscheinungen sollen die Probleme der Politik, insbesondere der modernen Socialpolitik, der socialen und Rassenhygiene, der Criminalität u. s. w. und endlich auch des geistigen Lebens des Menschengeschlechts auf Grundlage der biologischen und anthropologischen Erkenntnisse untersucht werden.“ Als „Endziel“ schwebt der Zeitschrift die Bildung einer philosophischen Weltansicht vor, die „für lebende und handelnde Menschen bestimmt ist“.

Man sieht: das Programm der neuen Zeitschrift ist weit gespannt. Für uns Socialisten gewinnt diese noch obendrein dadurch an Interesse, dass einer der beiden Herausgeber, Dr. Ludwig Woltmann, selbst Socialist ist — die Leser der Socialistischen Monatshefte kennen ihn ja aus seinen in ihnen veröffentlichten Arbeiten.

Wie sollen also Socialisten sich ihr und ihrem Inhalt gegenüber stellen? Die Antwort darauf erscheint einfach genug: Es kommt ganz auf die Entwicklung an; die die neue Zeitschrift nehmen wird. Sie kann zwei Wege gehen. Den einen zeichnet sie selbst in ihrem schon genannten Prospect als denjenigen, den sie selber in Aussicht genommen: „Wir stellen uns weder in den Dienst irgend einer philosophischen Doctrin

noch politischen Partei.... Wir selbst können uns nur eine Aufgabe stellen: Förderung der objectiven Erkenntnis politisch-anthropologischer Wahrheiten und rückhaltlose Verbreitung derselben zum Fortschritt der Civilisation.“ Es ist klar: wird dieser Standpunct von der neuen Zeitschrift stricte inne gehalten, dann ist das denkbar beste Verhältnis zwischen ihr und der Gedanken- und Arbeitswelt des Socialismus möglich; eine gegenseitige geistige Befruchtung kann stattfinden, die beiden Teilen zur Förderung und zum Segen gereichen würde.

Es wäre das auch das allein Natürliche. Die Wurzel, aus der die neue Zeitschrift erwachsen ist, ist ja dieselbe, durch die auch der Socialismus, gerade in den Zeiten seiner entscheidenden theoretischen Entwicklung, viele seiner starken geistigen Kräfte gesogen hat: der Darwinismus. Und gerade je intensiver die neue Zeitschrift diesen zum Gegenstand ihrer Arbeit macht, desto grössere Förderung wird der Socialismus durch sie erhalten. Es unterliegt keinem Zweifel, dass letzterer dem Darwinismus gegenüber heute in ein gewisses Missverhältnis geraten ist, im Vergleich zu dem Stadium in seinen Anfangszeiten. Nicht als ob der Socialismus dem Darwinismus den Rücken gekehrt hätte. Im Gegenteil. Er ist ihm vielmehr so getreu gewesen, dass er noch heute ihn auf das festeste umklammert hält. Aber die Entwicklung der Socialdemokratie als der Repräsentantin des Socialismus hat es mit sich gebracht, dass sie in den letzten Jahrzehnten alle ihre hauptsächlichsten und besten Kräfte auf die praktisch politische und socialpolitische Arbeit werfen musste. Die geistige, rein wissenschaftliche Arbeit von Socialisten, soweit sie nicht praktischen Zwecken dienstbar gemacht wurde, soweit sie rein abstract und theoretisch ist, geriet dadurch einigermaßen ins Hintertreffen; und wo solche geleistet wurde, wurden ihre Resultate doch nicht in dem Masse, wie es früher war, popularisiert. So blieb auch das Verhältnis des Socialismus zum Darwinismus in den entscheidenden Dingen so wie vor Jahrzehnten: es ist der Darwinismus alten Stils, aus seiner ersten Epoche, der heute noch in der Masse der Socialisten allein gekannt und gemeint wird. Es geht aber mit der Darwinischen Theorie wie mit aller menschlichen Wissenschaft, die lebt, wie mit dem Socialismus selbst: sie ist in ewigem Fluss, in Umbildung und Fortentwicklung. Wenn die neue Zeitschrift den ganzen Inhalt dieses heutigen fortentwickelten Darwinismus in zuver-

lässigen Artikeln den Socialisten von heute vermittelt und ihnen die daraus sich ergebenden unabweisbaren Consequenzen theoretischer wie praktischer Natur zum klaren Bewusstsein bringt, dann würde diese sich um den Socialismus schon dadurch ein grosses und dauerndes Verdienst erwerben.

Insbesondere aber würden diese Consequenzen in einer Richtung von allergrösster Bedeutung werden. Ich habe im Laufe des vergangenen Sommers in den Socialistischen Monatsheften mehrfach, zum Teil ausführlich nachgewiesen, wie die alte traditionelle materialistische Weltanschauung, die sich hauptsächlich auf den Darwinismus gerade in seinem ersten Entwicklungsstadium zu berufen pflegt, gegenwärtig in die Brüche geht, und an seine Stelle sich eine monistische, aber durchaus naturwissenschaftlich begründete Weltanschauung zu schieben beginnt. Das Material für diese Verschiebung, die Kraft, dieselbe möglichst schnell und gründlich auch in den socialistischen Massen zu vollziehen, die Beweise für das Recht und die Pflicht einer solchen Umbildung der Weltanschauung — dies alles dem Socialismus gegenüber zu erbringen, würde dann als eine besondere Aufgabe der neuen Zeitschrift sich ergeben.

Aber die Förderungen und Dienste der neuen Zeitschrift würden sich nicht auf dies allgemeine, mehr wissenschaftliche Gebiet beschränken. Sie würden auch für allerhand praktische Arbeiten in betracht kommen: für eine gründliche Beschäftigung mit der gesamten modernen Socialpolitik, sowie der Schulreform vom Standpunct der Biologie und Anthropologie u. a. m. Es sind dies Aufgaben und Probleme, die ja schon mehr in das Thätigkeitsfeld der eigentlich politischen, speciell der socialistischen, Zeitschriften fallen. Es soll indessen anerkannt werden, dass in dieser Hinsicht schwerlich zu viel geleistet werden kann, dass wir also auch die Mitarbeit der Politisch-Anthropologischen Revue auf diesen Gebieten nur begreifen und auch eventuelle Auseinandersetzungen mit ihr nur als befruchtend ansehen können.

Für andere Gebiete der socialdemokratischen Gesinnung und Arbeit würde die neue Zeitschrift zwar vielleicht weniger neue Anregungen, als vielmehr nur wertvolle Bestätigungen erbringen. Als ein Beispiel unter vielen sei hier auf das Problem des Nationalismus und Internationalismus hingewiesen. Die ganze Anlage der neuen Zeitschrift lässt darauf schliessen, dass sie auf eine klare Herausarbeitung der eigenartigen

Charaktere der einzelnen Culturnationen und auf eine gleich klare Formulierung ihres gegenseitigen Verhältnisses hinarbeiten wird. Will sie dabei nicht in alte nationalistisch-chauvinistische Gedankengänge zurückfallen, was allem modernen wissenschaftlichen Standpunkt geradezu Hohn sprechen würde, so wird sie dabei zu theoretischen Ergebnissen kommen, zu denen das Verhalten der Socialdemokratie heute schon zum grossen Teil die praktische Anwendung und Ergänzung bietet.

Alle die gegebenen Darlegungen haben Giltigkeit und Berechtigung, freilich immer nur unter der anfangs gemachten Voraussetzung, dass die neue Zeitschrift hält, was sie versprochen: ein durchaus unparteiisches und unabhängiges Organ zu sein. Es ist aber sehr wohl möglich, dass sie dies Versprechen nicht hält, nicht einhalten kann. Die Gefahr dazu liegt ihr keineswegs so fern, als ihre Herausgeber selbst vielleicht meinen. Sie liegt schon in dem Programm. Es fällt auf, dass in demselben der Gedanke der „Rassenzucht“ als ein neuer wissenschaftlicher Standpunkt ausgesprochen wird. Ja, es scheint fast, als ob die Herausgeber selbst in diesem Standpunkt das schliessliche und Hauptergebnis der modernen Fortentwicklung des Darwinismus sowie seinen hauptsächlichlichen Inhalt zu sehen geneigt wären. Trifft dies aber auch nur teilweise zu, lassen sie sich infolge dessen fortreissen, dieses Problem in den Mittelpunkt ihrer Revue zu stellen, dann ist der Conflict mit dem Socialismus da.

Nun meinen wir auch als Socialisten nicht, dass die Rassenprobleme reine Phantasmagorien seien. Im Gegenteil, jeder denkende und mit der wissenschaftlichen Entwicklung gerade des Darwinismus fortschreitende Socialist wird sie als vorhanden zugeben. Und er wird ganz selbstverständlich auch die weitere Concession machen und machen müssen, dass ihre besonnene Erörterung zu praktischen Ergebnissen führt, die sehr wohl Modificationen auch socialistischer Gedankengänge ergeben. Jeder Socialist wird ohne weiteres zugestehen, dass überhaupt die biologischen und anthropologischen Kräfte nicht nur heute noch neben den ökonomischen und allgemein geistigen wirksam sind, sondern dass sie auch lange vor diesen letzteren allein wirksam waren, dass sie jahrtausendlang allein an den Lebensgrundlagen des heutigen Menschengeschlechts gebaut haben. Nur folgt der Socialist daraus nicht, dass sie deshalb auch heute wieder als allein ausschlaggebend zum theoretischen Mittelpunkt

politischen Handelns gemacht werden dürfen, ja nicht einmal, dass sie eine den ökonomischen gleichartige Bedeutung haben. Denn vor den Classengegensätzen verschwinden auch die Rassenunterschiede, sinken sie wenigstens zu Nebenerscheinungen herab. Wo immer daher Versuche auftauchen, solche Nebenerscheinungen zu Centralerscheinungen, zum Mittelpunkt neuer centraler politischer Theorien zu machen, müssen sie mit der zunächst freilich rein theoretischen, aber deshalb nicht ungefährlichen Gegnerschaft des Socialismus rechnen.

Wie die Dinge mit der neuen Politisch-Anthropologischen Revue liegen, besteht für diese aber in dem eben zur Erörterung stehenden Falle nicht nur die Gefahr eines theoretischen Zusammenstosses mit dem Socialismus, sondern auch eines sehr massiv praktischen. Es ist sehr wohl denkbar, dass schon in dem Falle eines stärkeren Hervorkehrens des Rassenstandpunkts in der neuen Zeitschrift sich Alldutsche, National-socials und das liberale wie conservative Arbeitgebertum auf ihn stürzen und ihn parteipolitisch ausbeuten werden: die Alldutschen mit ihrem kindlichen Glauben an die fast göttliche Art der germanischen Rasse im Vergleich zu der aller anderen; die National-socialen mit ihrer Ueberspannung des Begriffs des Nationalen; die Arbeitgeber mit ihrem schon heute genugsam aufgeblasenen Dünkel von sich als den besseren Menschen gegenüber den arbeitenden Classen als einer Menschenherde zweiten Grades. Und dass dies schon heute keine müssige Combination ist, darauf lässt ebenso der Jubel schliessen, mit dem die neue Zeitschrift auch in bürgerlichen Kreisen auffälligerweise begrüsst worden ist, wie ferner im besondern eine Besprechung derselben in der national-socialen Zeit, die sofort die neue Revue als eigentlich national-socialer Gesinnung abzustempeln versucht. In dem Augenblick aber, wo sich so politische Parteien und Parteichen der neuen Revue bemächtigen würden, würde diese nicht nur den theoretischen Socialismus, sondern auch die Massen, die diesen hegen, gegen sich haben müssen.

Die neue Revue wird sich also in ihrem eigenen Interesse hüten müssen, diesen Standpunkt der Rassenzucht mit dem viel grösseren geistigen Inhalt des fortentwickelten Darwinismus zu identificieren und sich etwa auf ihn allein festzulegen. Hoffen wir, dass die Herausgeber sowie diejenigen Mitarbeiter der Zeitschrift, die sich zum Socialismus bekennen, sie vor dieser Gefahr bewahren werden.

Paul Göhre.